

Stiftungen
Netzwerke
Teilhabe
Altersbilder
Erfahrung
Pflege
Bürgerengagement
Zusammenhalt
Partner
Menschen
Zukunft
Strategie
Kommune
Lebensqualität
demografischer Wandel
Corporate Citizenship
Infrastruktur
Politik
Partizipation
Bürgergesellschaft

Dokumentation des 2. Zukunftssymposiums

Bürgerengagement von Senioren

Perspektiven einer Gesellschaft
des langen Lebens

Köln, 24.–25. Juni 2010



Inhalt

Vorwort	3
Grußwort	
Dietmar Meister	4
Leben in einer Gesellschaft des langen Lebens	
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Ursula Lehr	6
Engagement der Senioren – eine unbegrenzte Ressource der Zivilgesellschaft? Einsichten aus dem aktuellen Freiwilligensurvey	
Dr. Thomas Gensicke	10
Eine Strategie für bürgerschaftliches Engagement von Seniorinnen und Senioren – Stolpersteine, Herausforderungen und Perspektiven	
Brigitte Manke, Loring Sittler	12
Diedersdorfer Impulse	12
Abendlicher Ausklang	14
Stiftungen als Ausdruck und Förderer bürgerschaftlichen Engagements	
Jürgen Chr. Regge	15
Altern als Chance und Herausforderung für die Bürgergesellschaft	
Prof. Dr. Andreas Kruse	17
Forum 1	
Möglichkeiten und Grenzen gemeinschaftlicher Wohnprojekte	28
Forum 2	
Häusliche Pflege: Nachbarschaftsprojekte zur Verbesserung der Lebensqualität	30
Forum 3	
Partizipation von Senioren im Gemeinwesen am Beispiel des Community Organizing	32
Forum 4	
Senioren-Kompetenzen für mehr Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt	34
Forum 5	
Bürgerengagement im Übergang in die nachberufliche Lebensphase	36
Forum 6	
Erfahrung nutzen – Engagementprojekte in die Fläche bringen	38
Ergebnisse der Foren	40
Abschlussplenum	42
Anhang	
Referentinnen und Referenten	44
Teilnehmerinnen und Teilnehmer	49
Porträts der Veranstalter	56
Bundesverband Deutscher Stiftungen	57
Impressum	58

Vorwort

Bislang wird der demografische Wandel in der Öffentlichkeit vornehmlich unter negativen Vorzeichen diskutiert. Es geht um hohe Kosten im Gesundheitswesen oder die Belastungen für die Rentenkassen. Vernachlässigt wird bei dieser einseitigen Sicht jedoch die Tatsache, dass die demografische Entwicklung neben den zahlreichen Schwierigkeiten auch Chancen birgt.

So stellen Senioren die am stärksten wachsende Gruppe engagierter Bürger – wie die Ergebnisse des 3. Freiwilligensurvey belegen. Ältere Menschen setzen sich zunehmend für die Gesellschaft ein – und verbessern damit auch ihre eigene Lebensqualität. Die Zeichen stehen also günstig für den quantitativen Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen.

Wie aber können Senioren in ihrem Engagement noch systematischer unterstützt werden? Welche Potenziale entstehen durch den steigenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung? Was bringt ihr Engagement der Gesellschaft und was den Engagierten selbst?

Mit diesen Fragen befassten sich 150 Verantwortungsträger aus Wissenschaft, Poli-

tik und Unternehmen sowie Stiftungen, Vereinen und Verbänden beim 2. Zukunftssymposium „Bürgerengagement von Senioren – Perspektiven einer Gesellschaft des langen Lebens“. Auf Einladung des Generali Zukunftsfonds und des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen diskutierten sie am 24. und 25. Juni 2010 in Köln gemeinsam die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements von Senioren in Zeiten des demografischen Wandels und erarbeiteten Empfehlungen für eine entsprechende Engagementförderung.

Als Diskussionsgrundlage dienten die sogenannten „Diedersdorfer Impulse“, die auf die wichtigsten Stellschrauben für eine strategische Förderung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen durch politische Institutionen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen verweisen. Erarbeitet wurden diese beim 5. Forum Bürgergesellschaft „Eckpunkte einer Engagementstrategie für Ältere“ der Stiftung Bürger für Bürger im April 2010. Im Anschluss an das Zukunftssymposium sollen sie in den Nationalen Engagementplan der Bundesregierung einfließen. Bisher wurde das Thema bürgerschaftliches Engagement und demografischer Wandel hier nur am Rande diskutiert.



Prof. Dr. Hans Fleisch
Generalsekretär
Bundesverband Deutscher
Stiftungen



Roland Krüger
Leiter
Generali Zukunftsfonds



Loring Sittler
Leiter
Generali Zukunftsfonds

Grußwort

Dietmar Meister

Sprecher des Vorstands, Generali Deutschland Holding AG

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

als Gastgeber des 2. Zukunftssymposiums „Bürgerengagement von Senioren“ heiße ich Sie in unserer Konzernzentrale, dem Domini-um, herzlich willkommen. Es freut mich, nicht nur viele Teilnehmer vom 1. Zukunftssymposium begrüßen zu dürfen, sondern auch weitere neue hochkarätige Fachleute und Gäste. Unser Hauptsitz ist in den letzten 12 Monaten zu einer Stätte der Begegnung und des Austauschs geworden – nicht nur für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Generali Deutschland Gruppe. Als Teil der Gesellschaft suchen wir den Dialog mit der Politik, Engagierten aus allen Bereichen und auch anderen Unternehmen. Um ein paar Veranstaltungen konkret zu benennen: Im März dieses Jahres haben wir mit dem Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung einen gemeinsamen Kongress zum Thema „Urbane Landschaften: Wohnen“ durchgeführt, das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement war schon mehrfach mit Arbeitsgruppen hier im Haus, für die Stiftung ProAlter haben wir im Oktober 2009 die feierliche Preisverleihung des Wettbewerbs „Das hilfreiche Alter hilfreicher machen“ durchgeführt.

Wer einen Dialog führen will, muss sein Gegenüber kennen. Gestatten Sie mir daher, unsere Gruppe kurz vorzustellen. (Bei denen, die das schon einmal gehört haben, bitte ich um Verständnis.)

Die Aachener Feuerversicherungsgesellschaft als Keimzelle unserer heutigen Gruppe wurde bereits 1824 gegründet und nahm 1825 das operative Geschäft auf. Heute ist die Generali Deutschland Gruppe die zweitgrößte Erstversicherungsgruppe auf dem deutschen Markt. Wir verwalten Kapitalanlagen von mehr als 85 Milliarden Euro und haben rund 15.000 fest angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ganz Deutschland. Geführt wird diese Gruppe von der Generali Deutschland Holding AG. Daher auch der

Name Generali Deutschland Gruppe für den gesamten Konzern. Unsere Gruppe ist eine reine Erstversicherungsgruppe mit einer Spezialisierung auf Privat- und Gewerbekunden. Noch bekannter als unser Name sind unsere zahlreichen, am Markt operierenden Marken: AachenMünchener, Generali Versicherungen, CosmosDirekt, Central Krankenversicherung, Advocard, Deutsche Bausparkasse Badenia und Dialog.

Die Generali Deutschland ist schon lange gesellschaftlich engagiert. David Hanse-mann, der Gründer der Aachener Feuerversicherung, hat bereits 1825 einen gemeinnützigen Fonds eingerichtet und damit Waisenhäuser und sozialen Wohnungsbau gefördert und sich für eine soziale Politik eingesetzt. Nach 183 Jahren haben wir den gemeinnützigen Fonds im vergangenen Jahr in Generali Zukunftsfonds umbenannt und inhaltlich neu ausgerichtet.

Gesellschaftliche Verantwortung für uns als Unternehmen ist also nicht neu, sondern Tradition. Wir setzen diese Tradition fort und entwickeln sie weiter, aber nicht beliebig, sondern in einem ganzheitlichen, strategisch ausgerichteten Konzept. Gerade in Zeiten der Krise wollen wir durch die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung das Vertrauen in unser Unternehmen, aber auch in unser Wirtschaftssystem insgesamt stärken.

Die Ziele unseres gesellschaftlichen Engagements leiten sich aus dem Leitmotiv unseres Unternehmens ab: Wir schaffen Sicherheit, Lebensqualität und Freiräume. Das gilt für unser Geschäftsmodell wie für unser gesellschaftliches Engagement. Wirkliche Lebensqualität beruht aber vor allem auf guten zwischenmenschlichen Beziehungen, braucht Sinnerfüllung und kann nur in einer funktionierenden, intakten Gesellschaft erlebt werden.

All dies sehen wir durch den demografischen Wandel gefährdet: Schon heute sind gewaltige soziale Probleme erkennbar, zu



„Wirkliche Lebensqualität beruht aber vor allem auf guten zwischenmenschlichen Beziehungen, braucht Sinnerfüllung und kann nur in einer funktionierenden, intakten Gesellschaft erlebt werden.“

denen niemand – zumindest nicht mit den herkömmlichen Mitteln des Sozialstaates – eine befriedigende Lösung anbieten kann. Die viel beschworenen Herausforderungen sind, um nur drei beispielhaft zu nennen: Überalterung, Pflegenotstand, Entvölkerung. Heute haben wir noch die Chance zu gestalten: Eine Chance für mehr Selbstverantwortung, eine Chance für mehr Bürgerbeteiligung und eine Chance für bürgerschaftliches Engagement. Und es besteht zumindest die Möglichkeit, ein bisher weitgehend ungenutztes gesellschaftliches Potenzial zu heben und zu einer guten Gesellschaft beizutragen. Das Programm dafür trägt den Titel „Bürger unternehmen Zukunft“.

Als Unternehmer wissen wir, dass wir unsere Kräfte fokussieren müssen, um am Markt erfolgreich zu sein. Das gilt auch für unser gesellschaftliches Engagement. Wir haben uns daher aus dem großen Kuchen des allgemeinen bürgerschaftlichen Engagements ein kleines, aber besonders qualifiziertes Tortenstück als Handlungsfeld herausgenommen: das Engagement der Älteren (50plus), das wir systematisch durchleuchten und strategisch stärken wollen. Der Fokussierung auf das Engagement der Älteren dient auch das heute beginnende 2. Zukunftssymposium. Es findet statt im Vorfeld der Entscheidung der Bundesregierung zu einer sogenannten „Nationalen Engagementstrategie“ und wir hoffen, dass wir hier Erkenntnisse bekommen, die wir als Anregungen an die Bundesregierung in diese Strategie einbringen können. Der Zeitpunkt ist gerade richtig – und der Fokus auf diese wichtige Zielgrup-

pe wurde vom Nationalen Forum für Engagement und Partizipation, das der Bundesregierung offizielle Empfehlungen der Zivilgesellschaft übermittelt hat, bisher nicht gesetzt.

Neben konkreten Projekten und Themen ist uns gerade der Erfahrungsaustausch zwischen den bürgerschaftlich Engagierten besonders wichtig. Mit diesem Symposium wollen wir daher ein weiteres, auch öffentlich deutlich wahrnehmbares Signal geben: ein Signal der Ermutigung zu bürgerschaftlichem Engagement, ein Signal, das verdeutlicht, welches ungeheure Potenzial noch in den Bürgern steckt.

Und wir alle müssen dafür eng zusammenarbeiten. Daher danke ich an dieser Stelle schon jetzt allen Mitwirkenden recht herzlich. Mein besonderer Dank gilt Ihnen, Frau Professor Lehr, dass Sie sich die Zeit genommen haben, zu uns zu sprechen. Besonders bedanken möchte ich mich aber auch beim Bundesverband Deutscher Stiftungen, insbesondere bei dem Generalsekretär Dr. Hans Fleisch und seinem Team, und natürlich auch bei den Mitarbeitern dieses Hauses, ohne die diese Tagung nicht zustande gekommen wäre. Und bei den zahlreichen Referenten und Moderatoren, die durch ihre Mitwirkung dem Ganzen den inhaltlichen Anspruch verleihen, zu neuen Erkenntnissen zu kommen. Und natürlich bei Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie durch Ihre Teilnahme dokumentieren, wie wichtig das Thema für uns alle ist.

Vielen Dank, dass Sie gekommen sind. Machen Sie aus der Tagung ein lohnendes, ein zukunftsweisendes Ereignis!

„Heute haben wir noch die Chance zu gestalten: Eine Chance für mehr Selbstverantwortung, eine Chance für mehr Bürgerbeteiligung und eine Chance für bürgerschaftliches Engagement.“

Leben in einer Gesellschaft des langen Lebens

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Ursula Lehr
 Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg

Wir leben in einer alternden Welt – oder besser: in einer Gesellschaft des langen Lebens. Wir erreichen heute ein höheres Lebensalter als Generationen vor uns und sind dabei gesünder, selbstständiger und kompetenter. Diese zunehmende Langlebigkeit sollten wir als Gewinn betrachten – aber auch als Herausforderung für jeden Einzelnen und die Gesellschaft.

Unsere älter werdende Gesellschaft verpflichtet uns, alles zu tun, um möglichst gesund und kompetent ein hohes Lebensalter zu erreichen. Es gilt, dem Leben nicht nur Jahre zu geben, sondern den Jahren Leben zu geben. Es gilt, das Alter so zu gestalten, dass aus den gewonnenen Jahren „erfüllte“ Jahre werden.

Hier ist jeder Einzelne gefordert. „Älter werden – aktiv bleiben“, das sei die Devise von Jugend an, denn Altern ist ein lebenslanger Prozess. Wissenschaftlich ist erwiesen: „Funktionen, die nicht gebraucht werden, verkümmern.“ Die volkstümliche Feststellung „was rastet, das rostet“ ist durch viele Untersuchungen im Bereich der Medizin, der Psychologie, der Sportwissenschaft bestätigt worden. Gesundheit ist keineswegs ein Gut, das uns in jungen Jahren gegeben wurde und das mit der Zeit mehr und mehr abnimmt, sondern Gesundheit muss jeden Tag neu erkämpft werden.

Der 60-, 65-Jährige ist heutzutage meistens noch recht fit. Das „Defizit-Modell“ des Alterns hat die Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten mit Nachdruck zurückgewiesen und aufgezeigt, dass sich Alternsprozesse beeinflussen lassen, dass körperliche, geistige und soziale Aktivität zu einem „gesunden und kompetenten Altern“ beitragen. Wissenschaftliche Erkenntnisse weisen interindividuell unterschiedliche Verlaufsformen intra-individuellen Alterns nach und stellen alle Altersnormen infrage. Von daher gesehen sind alle Altersgrenzen (und manche informelle, unausgesprochene und offizielle, zum Bei-

spiel Schöffentätigkeit – gibt es auch noch im Ehrenamt) problematisch und zurückzuweisen. Es gibt Alternsformen und keine Altersnormen!

Aktivitäten im körperlichen Bereich, im kognitiven und im sozialen Bereich sind notwendig. Wir müssen „bewegt altern“, um „fit für 100“ zu sein. Wir müssen aber auch „lernend altern und Altern lernen“. Lebenslanges Lernen ist heutzutage geradezu zur Existenznotwendigkeit geworden. Und wir sollten um soziale Kontakte bemüht sein. Lebensqualität wird dort erlebt, wo der Mensch noch eine Aufgabe hat. Wer keine Aufgabe hat, gibt sich auf.

Aber die meisten älteren Menschen haben Aufgaben – sei es im familiären Bereich, sei es im gesellschaftlichen Bereich. Etwa ein Drittel der älteren Bevölkerung ist ehrenamtlich engagiert. Doch festzustellen ist, dass Engagement und Engagementbereitschaft weniger vom Lebensalter als von der momentanen Lebenssituation abhängig sind. Außerdem wird auch ein biografischer Faktor wirksam: Diejenigen Männer und Frauen, die sich bereits in der Jugendzeit und/oder im jüngeren Erwachsenenalter ehrenamtlich engagierten, sind viel eher bereit, auch im Alter ehrenamtlich tätig zu werden.

Im Allgemeinen kann man davon ausgehen, dass nach Beendigung des Berufslebens und nach Erfüllung der familiären Pflichten, wenn die Kinder aus dem Elternhaus gezogen sind, hinreichend freie Zeit bleibt, sich karitativen oder gesellschaftlichen Aufgaben zuzuwenden. Vor einigen Jahrzehnten, als die Berufstätigkeit der Frau und Mutter noch nicht so verbreitet war, erfolgte die Übernahme gesamtgesellschaftlicher Aufgaben oft in einem früheren Lebensalter, wenn die Kinder zwar noch zu Hause wohnten, aber nicht mehr so viel Zuwendung und Zeit brauchten. Bevorzugt wurden Tätigkeiten im kirchlich-sozialen Bereich übernommen. Doch diese Rollenbilder treffen heute nur noch auf we-

„Die Lebenserfahrung, die Kompetenz, das Wissen und die Zeit, die Älteren (meistens) zur Verfügung steht, sind als Chance und Motor für gesellschaftliche Veränderungen zu begreifen.“

nige zu: Die Doppelrolle Beruf und Familie reduziert die zur Verfügung stehende freie Zeit sehr, wobei die „Familienpflichten“ sich sowohl auf die Kinder, manchmal auch auf die Enkel beziehen – oftmals aber auch Verpflichtungen gegenüber den eigenen alten (pflege- oder hilfsbedürftigen) Eltern sind.

Andererseits sind heutzutage sehr häufig die Wohnorte von erwachsenen Kindern und deren Eltern so weit voneinander entfernt, dass hier eine ständige tatkräftige Hilfe oft nicht möglich ist. Und außerdem sollte man berücksichtigen, dass immer weniger Frauen Kinder haben, etwa ein Drittel kinderlos bleibt – also vielleicht schon in jüngeren Jahren über freie Zeit verfügen.

Wenn man heute aus dem Berufsleben ausscheidet, hat man im Durchschnitt noch ein Viertel seines Lebens vor sich, oft sogar noch ein Drittel – 20, manchmal 30 weitere Jahre – bei größtenteils weit besserer Gesundheit, als dies bei Gleichaltrigen früherer Generationen der Fall war. Manch einer erlebt es als eine innere Verpflichtung der Gesellschaft und den nachfolgenden Generationen gegenüber, „sich noch irgendwie nützlich“ zu machen. Für viele Männer und Frauen zählt es aus Erkundungsdrang zu ihrer Lebensplanung, nach dem Berufsende „etwas anderes zu tun, ihre Erfahrungen weiterzugeben und auch selbst etwas Neues zu erleben“ – wenn sie das Richtige finden. Nicht von ungefähr haben der Senior Experten Service, aber auch verschiedene Gruppen von „Alt hilft Jung“ einen solchen Zulauf. Hier werden beruflich erworbene Kenntnisse auf ehrenamtlicher Basis weitergegeben. Solange der eigene Lebensunterhalt gesichert ist, scheint die Bereitschaft zum Engagement für andere groß.

Anders ist es, wenn die Rente als zu knapp erlebt wird bzw. zu knapp ist. Hier findet man zunehmend Abwehrhaltungen: „Warum soll ich jetzt im Alter das umsonst machen, wofür ich vorher bezahlt wurde?“ Eine ähnliche Einstellung dürfte auch mit ein Grund dafür sein, warum man Arbeitslose nur sehr begrenzt für bürgerschaftliches Engagement begeistern kann.

Andere Menschen wiederum wollen nach dem Berufsende „etwas ganz anderes“ machen, vor allem dann, wenn sie weniger zufrieden auf ihre Berufstätigkeit zurückblicken können. Oft gönnt man sich nach der Beendigung des Arbeitslebens erst einmal Zeit für Hobbys und persönliche Interessen, merkt aber sehr bald, dass diese einen nicht ausfüllen und sucht nach einer Aufgabe. Hier kommt es darauf an, die richtigen Ideen zu

finden, die richtigen Angebote zu erhalten.

Ein weiterer Zeitpunkt für eine innere Offenheit zur Engagementübernahme ergibt sich nach Erkenntnissen der Bonner Gerontologischen Längsschnittstudie nach Partnerverlust, nach Verwitwung. Es wird nicht nur eine neue Aufgabe, die oft Lebenssinn gibt, übernommen, sondern auch die Möglichkeit gesehen, wieder mit anderen Menschen zusammenzukommen: Hier kann man dem Engagement eine therapeutische Funktion zuschreiben.

Im Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – ältere Menschen in den Kommunen“ setzen sich die kommunalen Spitzenorganisationen zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Organisationen aus dem bürgerschaftlichen Engagement dafür ein, ältere Menschen im Gemeinwesen stärker zu beteiligen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e. V. übernahm 2007 die Federführung dieser Gemeinschaftsinitiative. In sechs Workshops wurde das Memorandum erarbeitet.

Darauf baut das Förderprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) „Aktiv im Alter“ auf, durch das seit dem Jahr 2008 150 Kommunen und Landkreise mit jeweils 10.000 Euro gefördert wurden. Die wissenschaftliche Begleitung dieses Programms hat das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) in Freiburg übernommen. (ausführlicher Bericht von Silke Marzluff und Thomas Klie: Ältere Menschen in Kommunen – Förderung von Beteiligung und Engagement durch das Programm „Aktiv im Alter“. In: DZA (Hg.): Informationsdienst Altersfragen, 37/2 2010, S. 19–23). Am Anfang einer jeden Förderung steht eine genaue Bedarfserhebung vor Ort, in deren Planung Ältere bereits mit einbezogen werden. Dann gilt es, mögliche Kooperationspartner zu finden und miteinander zu vernetzen. Allein bei den 50 Standorten der ersten Welle wurden 543 Projekte entwickelt, von denen 293 umgesetzt werden.

Auch außerhalb dieses Programms gab es schon vorher viele Einzelinitiativen von Senioren bzw. Seniorenverbänden. Durch diese vielseitigen Aktivitäten ändert sich auch das Altersbild in der Gesellschaft: Anstatt Ältere als Risikofaktoren für die zukünftige Lebensqualität in den Kommunen zu betrachten, werden sie als wertvolle Ressource geschätzt, die das Zusammenleben aller bereichert. Die Lebenserfahrung, die Kompetenz, das Wissen und die Zeit, die Älteren (meistens) zur Verfügung steht, sind als Chance

„Unsere Gesellschaft des langen Lebens braucht heute das bürgerschaftliche Engagement – nicht als Ersatzleistung für verschiedene Dienste, sondern als Ergänzungsleistung!“

und Motor für gesellschaftliche Veränderungen zu begreifen.

Deutlich wird: Unsere Gesellschaft des langen Lebens braucht heute das bürgerschaftliche Engagement – nicht als Ersatzleistung für verschiedene Dienste, sondern als Ergänzungsleistung! Aber auch der Mensch – und nicht nur der ältere – benötigt eine Aufgabe und das Gefühl, gebraucht zu werden. Ehrenamtliches Engagement braucht auch eine „berufsbegleitende“ Weiterbildung, braucht vor allem gegenseitige Aussprache, begleitendes „counseling“, Erfahrungsaustausch, gegenseitige Ermutigung. Diese Begleitung wird von den meisten Seniorinnen und Senioren als Bereicherung, als Gewinn, erlebt – und auch als Möglichkeit, mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen.

In den über 100 BAGSO-Verbänden mit mehr als 13 Millionen Mitgliedern über 50 Jahre gibt es zahlreiche Formen des Engagements, die – nach den in der Satzung genannten Zielen – in acht Aufgabenfelder aufgliedert sind. Diese überschneiden sich weitgehend mit den im Freiwilligensurvey aufgeführten Engagementbereichen, enthalten aber auch einige für das Engagement älterer Menschen spezifische Rubriken wie die Weitergabe von Wissen und den Einsatz für lebenslanges Lernen.

1. Soziales Engagement
2. Engagement für ehemalige Kollegen
3. Engagement im Bereich Kultur und Geselligkeit
4. Engagement für Gesundheit und Fitness
5. Engagement in Kirche und Gemeinde
6. Politisches Engagement
7. Weitergabe von Wissen und Erfahrungen an Jüngere
8. Engagement für lebenslanges Lernen

Wie kann man heutzutage Bürgerinnen und Bürger für ein ehrenamtliches Engagement gewinnen, wie kann man eine stärkere Engagementbereitschaft wecken? Was könnte einen Menschen motivieren, mitzumachen? Eigentlich muss die Frage viel differenzierter gestellt werden: Was könnte welche Persönlichkeit in welcher Lebenssituation motivieren, welche Aufgaben in welchem Umfang zu übernehmen? Und ebenso: Was sind die Hemmnisse, die bei dieser oder jener Persönlichkeit dagegenstehen.

Es kommt also darauf an, die – individuell sehr unterschiedlichen – möglichen Motivationen zu ergründen und zu stärken und die jeweils erlebten Barrieren

erst einmal zu erfassen und dann – so weit es geht – auszuräumen.

Es gilt, die positiven Seiten eines bürgerschaftlichen Engagements aufzuzeigen, deutlich zu machen, wie sehr ein Einsatz für andere auch das eigene Leben bereichern, in mancher Hinsicht Erfüllung bringen kann, Kompetenzen erhalten und steigern kann.

Barrieren, die ältere Menschen an der Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten hindern, sind vielseitig und sollten in jedem Einzelfall sorgfältig ergründet werden.

Einmal mögen es Zeitprobleme sein („Ich hab so viel anderes zu tun.“). Dazu zählen – durchaus berechtigte – Freizeitaktivitäten, aber auch ein Gebrauchtwerden im familiären Bereich bei Kindern, Enkeln und vielleicht auch noch den eigenen alten Eltern. Manch einer hat Volkshochschul- oder auch Sport- bzw. Gymnastikkurse belegt oder ist gar Mitglied in einem Sportverein (was von älteren Menschen allerdings oft nicht als bürgerschaftliches Engagement erlebt wird).

Weiterhin fanden wir „eine Scheu, sich zeitlich festzulegen“, jeden Donnerstag oder Freitag von 15.00 bis 17.00 Uhr zur Verfügung zu stehen. Nach dem Ende der Berufstätigkeit fühlt man sich endlich frei, zeitlich ungebunden, und möchte das ausnutzen. Bietet man bei ehrenamtlichen Tätigkeiten mehr Flexibilität, dann sind Menschen, die sich engagieren wollen, eher dazu bereit. Ein Beispiel: Zwei oder drei Seniorinnen oder Senioren verpflichten sich für Montag, Mittwoch und Freitag von 15.00 bis 18.00 Uhr einen bestimmten Dienst zu übernehmen und machen dann untereinander aus, wer wann zuständig ist. So können sie sich gegenseitig vertreten.

Weiterhin fanden wir eine Angst vor Überforderung oder auch Vereinnahmung; die Befürchtung „einmal engagiert – immer engagiert“.

Eine weitere Schwierigkeit kann der eigene schwankende Gesundheitszustand sein bzw. bestimmte gesundheitliche Probleme, mit denen man selbst mehr oder minder zu kämpfen hat. Wenngleich Einzelbeobachtungen zeigen, dass mit der Übernahme einer als sinnvoll erlebten Tätigkeit manche gesundheitlichen Probleme verschwinden bzw. nicht mehr so stark belastend erlebt werden.

Ein weiterer Grund kann in einem negativen Selbstbild liegen; man traut sich die Tätigkeit nicht zu, glaubt nicht, dass man eine bestimmte Aufgabe übernehmen und gut bewältigen kann und möchte sich nicht blamieren.

Eine gewisse Scheu vor der angekündigten „Schulung“ oder Vorbereitung konnten wir bei manchen Personen (mit negativen Lern- und Schulerfahrungen) auch feststellen.



„Es gilt, Barrieren zu ergründen und auszuräumen und Motivationen zu stärken.“

Außerdem stellten wir in früheren Untersuchungen bei Männern und Frauen, die kurz vor dem Berufsende standen, eine Abneigung fest, speziell „irgendetwas mit Alten“ zu tun (es sei denn, sie waren schon als 30-, 40- oder 50-Jährige ehrenamtlich in der Altenarbeit tätig). „Ich suche mir etwas, vielleicht bei der Lebenshilfe für das behinderte Kind, bei der Bahnhofsmision oder irgendwo – aber nicht bei Alten: Alt werde ich selbst früh genug.“ Hieraus spricht eine Angst vor dem eigenen Altwerden, mit dem man nicht konfrontiert werden will.

Es gibt aber auch Barrieren, die nicht beim Einzelnen liegen:

Das können gewisse Verwaltungsvorschriften sein (Versicherungsschutz – zum Beispiel bei dem Angebot von Senioren, Pflegeheimbewohner im Rollstuhl spazieren zu fahren). Teilweise sind hier Möglichkeiten geschaffen worden, aber nicht, wenn man als Privatperson diese Tätigkeit übernimmt.

Die Angst, eine ehrenamtliche Tätigkeit würde zum Stellenabbau beitragen (Beispiel: Bibliotheksarbeit in Stadtbibliothek, die dazu führte, dass eine Planstelle ganz gestrichen wurde, oder dass das ohnehin zu knappe Pflegepersonal noch weiter reduziert wird).

Die Rivalität zwischen „Professionellen“ und Ehrenamtlichen.

Dann wirkt auch immer noch – direkt oder indirekt – das negative Altersbild (einen 65-Jährigen wählt man ab im Kirchenvorstand; Telefondienste kann man jenseits der 60 nicht mehr aufnehmen, eine Schöpfungstätigkeit nicht mehr nach dem 68. Lebensjahr und nach dem 70sten nicht mehr ausführen usw.).

Sicher spielt auch die Erreichbarkeit des Einsatzortes eine Rolle, vor allem, wenn man mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht direkt zum Ziel gelangen kann. Lange Fußwege schrecken Ältere oft ab, Treppensteigen ebenso.

Auch die im Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit entstehenden Kosten („Ich muss sparen, ich kann mir ein Ehrenamt

nicht leisten.“) wirken sich für manch einen als Hindernis aus.

Eine weitere Barriere ergibt sich aus der Bezeichnung „Freiwilligendienste“. Dieses Wort assoziieren viele Senioren mit „Kriegsdienst“, „Reichsarbeitsdienst“, „Pflichtjahr“, „Kriegsdienstverpflichtung für Mütter mit Kindern über 10 Jahre“. Man denkt spontan auch an den „freiwilligen Aufräumdienst“ statt Schulunterricht als Mittelstufenschüler in Köln nach Fliegerangriffen, bei dem man eingesetzt war, Leichen wegzuräumen – oder auch an „freiwillige Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen“. Außerdem wird sich an „Gastarbeiter in der Landwirtschaft aus dem besetzten Polen und Frankreich in den letzten Kriegsjahren“ erinnert, die angeblich auch freiwillige Dienste leisteten, aber nicht mit Deutschen reden und auch nicht mit ihnen an einem Tisch essen durften. – Es ist erstaunlich, welche negativen Assoziationen die Bezeichnung „Freiwilligendienst“ bei jenen hervorruft, die die Kriegs- und Nachkriegszeit noch erlebt haben.

Weitere persönlich erlebte Barrieren können nur in persönlichen Einzelgesprächen erfasst – und dann vielleicht ausgeräumt werden.

Es gilt, Barrieren zu ergründen und auszuräumen und Motivationen zu stärken:

Den Seniorinnen und Senioren kommt es darauf an, sich dort einzusetzen, wo es für die Gesellschaft sinnvoll erscheint, wo sie wirklich gebraucht werden. Sie wollen und benötigen keine Beschäftigungstherapie und keine Scheinmitbestimmung als „Spielwiese für Senioren“. Sie wollen auch nicht „zu Diensten eingeteilt“, fremdbestimmt werden. Sie wollen mitwirken und mitentscheiden. Zu fordern ist die Einbindung älterer Menschen in kommunale Entscheidungsprozesse. Seniorinnen und Senioren, die sich zur Verfügung stellen, die eventuell sogar noch eine Schulung mitmachen, und dann nicht gebraucht werden, ziehen sich frustriert zurück und schaden der ganzen Engagementbewegung.

„Sie wollen auch nicht „zu Diensten eingeteilt“, fremdbestimmt werden. Sie wollen mitwirken und mitentscheiden. Zu fordern ist die Einbindung älterer Menschen in kommunale Entscheidungsprozesse.“

Engagement der Senioren – eine unbegrenzte Ressource der Zivilgesellschaft? Einsichten aus dem aktuellen Freiwilligensurvey

Zusammenfassung des Redebeitrags von Dr. Thomas Gensicke
TNS Infratest Sozialforschung GmbH

Nach den vorliegenden Ergebnissen des dritten Freiwilligensurveys sind 71 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren über ihre privaten und beruflichen Verpflichtungen hinaus in Gruppen, Vereinen oder Verbänden sowie Organisationen und öffentlichen Einrichtungen aktiv beteiligt. 36 Prozent haben darüber hinaus freiwillig und unentgeltlich (oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung) längerfristig Arbeiten, Aufgaben oder Funktionen übernommen – sie sind freiwillig engagiert. Beide Eckwerte, die öffentliche Beteiligung und das freiwillige Engagement, haben zwischen 1999 und 2009 insgesamt zugenommen, allerdings vor allem in der Periode zwischen 1999 und 2004. Das Engagement findet vor allem in Vereinen und Verbänden, in öffentlichen Einrichtungen und den Kirchen statt, aber auch in kleinen Gruppen, Projekten und Initiativen.

Der Freiwilligensurvey ist ein öffentliches Informationssystem, das umfassende und detaillierte Informationen zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland zur Verfügung stellt. Die repräsentative Erhebung wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 1999, 2004 und 2009 jeweils durch TNS Infratest Sozialforschung München durchgeführt. Im Jahr 2009 wurden deutschlandweit 20.000 Personen telefonisch befragt.

Versucht man die Entwicklung der Zivilgesellschaft im Jahrzehnt von 1999 bis 2009 zu bewerten, so sollte eine Vielzahl gesellschaftlicher Faktoren berücksichtigt werden, wie zum Beispiel der zunehmende Leistungsdruck auf die Bürger, hervorgerufen durch soziale Reformen und eine gestiegene Beanspruchung durch den Arbeitsmarkt, weiterhin die zunehmende Auswirkung des demografischen Wandels. Stressfaktoren der sozialen Entwicklung kumulierten in der Lebenslage der jungen Generation, während die ältere Generation davon bisher weniger betroffen war. So stagnierte in dieser Periode das Engagement der nachwachsenden jungen Leute, was im Zusammenhang

damit, dass es immer weniger von ihnen gibt (demografischer Wandel), negative Folgen für die Zivilgesellschaft hatte.

Die erfreulichste Entwicklung des freiwilligen Engagements gab es von 1999 bis 2009 bei den älteren Menschen. Im Alter von 60 bis 69 Jahren liegt das Engagement inzwischen sogar bei überdurchschnittlichen 37 Prozent (Durchschnittlich engagieren sich 36 Prozent der Bundesbürger ab 14 Jahren.). Seit der Erhebung im Jahr 1999 ist das Engagement dieser Altersgruppe um 6 Prozentpunkte angestiegen. In der Altersgruppe der über 70-Jährigen gab es in der gleichen Periode ein Plus von 5 Prozentpunkten auf 25 Prozent. Das Engagement der Älteren schiebt sich somit immer weiter über den Ruhestandsbeginn hinaus. Die Grenze dieser positiven Entwicklung liegt hauptsächlich in einem Fitnessgefälle, das den gesundheitlichen Barrieren des höheren Alters geschuldet ist.

Welche Auswirkungen hat jedoch eine höhere Engagementquote älterer Menschen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels? Werden künftige Rentnergenerationen sich in Bereichen engagieren, in denen zuvor junge Menschen dominierten und deren Mangel ausgleichen? Der Freiwilligensurvey zeigt, dass sich Ältere überdurchschnittlich im sozialen Bereich einbringen, für lokales Bürgerengagement, im Gesundheitsbereich sowie für Umwelt- und Tierschutz. Für Kirche und Religion engagieren sich Ältere in gleichem Maße wie andere Bevölkerungsgruppen. In einigen Bereichen wie Sport, Freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste und in der Kinder- und Jugendarbeit setzen sich hingegen Jüngere überdurchschnittlich ein. Die ungleiche Verteilung des Engagements nach Bereichen und Alter ist von großer Bedeutung für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements. Bestimmte Engagementbereiche wie Feuerwehr und Rettungsdienste, die eine bestimmte Fitness erfordern, sind auf Engagierte in jüngeren und mittleren Jahren angewiesen. Das Engage-



„Die erfreulichste Entwicklung des freiwilligen Engagements gab es von 1999 bis 2009 bei den älteren Menschen.“

gement, das hier ausgeübt wird, kann nur sehr bedingt durch Ältere kompensiert werden. Das bedeutet, dass es bereits zu Verschiebungen und Ungleichgewichten in bestimmten Engagementbereichen kommt, da Ältere immer stärker präsent sind und Jüngere fehlen. Diese Entwicklung wird sich verstärken. Insgesamt mildert das zunehmende Engagement der Älteren die Wirkungen des demografischen Wandels auf die Zivilgesellschaft zwar ab, dies darf aber nicht über zunehmende Nachwuchsprobleme hinwegtäuschen.

Interessant ist auch die Tatsache, dass das Engagement älterer Menschen nicht nur zunimmt, sondern sich immer weiter in Richtung der älteren Jahrgänge verschiebt. Bis zur Altersgrenze von ca. 75 Jahren sind die Älteren heute noch recht aktiv. Menschen reduzieren im Alterwerden ihre öffentliche Aktivität und ihr Engagement nicht mehr in dem Maße wie früher. Vor allem diese Entwicklung erklärt die Zunahme in den letzten 10 Jahren. Das deutet darauf hin, dass sich ein anderes Altersbild, ein anderes Aktivitätsbild des Alters durchsetzt. Erst ab der Altersgrenze von 75 Jahren zeigen sich objektive Grenzen des Engagements. Dennoch engagieren sich zunehmend auch Ältere über dieser Altersgrenze, wenn sie sich noch dazu in der Lage sehen.

Wie entwickelt sich das Engagement nachfolgender Jahrgänge, die in absehbarer Zeit ins Seniorenalter kommen? Hier sehen wir teilweise Rückgänge und das deutet darauf hin, dass der große Aufschwung, der zwischen 1999 und 2009 in der Gruppe der Senioren stattfand, sich in Zukunft nicht mehr in dieser Weise fortsetzen wird. Bürgerengagement ist kein Selbstläufer und wenn wir in Zukunft noch mehr Engagement bei den Älteren haben wollen, müssen wir das aktiv fördern. Auffällig ist, dass die Gruppen, die ihr Engagement reduziert haben, sich in einer eher ungünstigen wirtschaftlichen Lage befinden. Sie haben nicht mehr so kontinuierliche Erwerbsbiografien wie die Älteren, hatten längere Ausbildungszeiten und waren (oder sind) vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen. Schon jetzt verschlechtert sich die durchschnittliche Versorgungslage der Neu-Rentner, von denen immer noch viele früher in Rente gehen. Diese Lebenslage der älteren mittleren Jahrgänge, also der zukünftigen Senioren, hat Auswirkungen auf das Engagement und erfordert eine aktive Engagementförderung.

Eine große Aufgabe besteht darin, das Engagement der Älteren stärker in die Öffent-

lichkeit zu bringen und zu würdigen, vor allem auch in Zusammenhang mit einem modernen Altersbild. Genauso wichtig ist es aber, das Engagement der Älteren „auf Augenhöhe“ zu fördern und zu unterstützen. Ältere Menschen sind oft in öffentlichen Institutionen und Einrichtungen engagiert und haben vermehrt mit Hauptamtlichen zu tun. Der Freiwilligensurvey zeigt einen erhöhten Anerkennungs- und Unterstützungsbedarf der älteren Engagierten seitens des Personals auf. Die Älteren sehen sich nicht als „soziale Ressource“, als „Objekte“ einer Engagementförderung, sondern als aktive und selbstständige Subjekte des Engagements; sie wollen sich einbringen, wollen ernst genommen werden und etwas bewegen. Dazu gehören auch Weiterbildungsmöglichkeiten.

Wenn das Engagement der Älteren weiter steigen soll, können wir uns nicht darauf verlassen, dass eine höhere Engagementquote aufgrund der steigenden Lebenserwartung und eines besseren Gesundheitsstandes der älteren Generation automatisch erreicht wird. Die starke Zunahme, die der aktuelle Freiwilligensurvey für die Gruppe der über 60-Jährigen erfasst hat, wird sich so vermutlich nicht fortsetzen. Die Älteren können zudem, wie wir gesehen haben, nicht alle Engagementbereiche bedienen. In den Bereichen, in denen durch den demografischen Wandel Jüngere fehlen, wird die Engagementquote zurückgehen, wenn nicht andere Zielgruppen, zum Beispiel Frauen oder Migranten, stärker dafür gewonnen werden können.

Eine wichtige Frage ist ferner, welche Auswirkungen es auf die Zivilgesellschaft hat, wenn zukünftige Rentnergenerationen im Vergleich zu heutigen Rentnergenerationen schlechter versorgt sind. Es müssen daraus nicht zwingend negative Effekte hervorgehen, soweit im Rahmen der Engagementförderung ausgleichende Faktoren geschaffen werden. Die finanzielle Situation der zukünftigen Rentnergenerationen ist jedoch eine kritische Variable, die es zu beachten gilt. Ein gewisser Ausgleich scheint eine zunehmende Erwerbstätigkeit älterer Menschen zu sein. Das kann, muss aber nicht das Potenzial für Engagement verknappen. Wichtig ist, dass die Stimmung der älteren Menschen weiterhin von einem positiven Ausblick auf die Zukunft bestimmt wird und sie ein soziales Umfeld wahrnehmen, in dem sie ihre Kraft gern der Gesellschaft zur Verfügung stellen.

„Die starke Zunahme, die der aktuelle Freiwilligensurvey für die Gruppe der über 60-Jährigen erfasst hat, wird sich so vermutlich nicht fortsetzen. Die Älteren können zudem, wie wir gesehen haben, nicht alle Engagementbereiche bedienen.“

„Eine wichtige Frage ist ferner, welche Auswirkungen es auf die Zivilgesellschaft hat, wenn zukünftige Rentnergenerationen im Vergleich zu heutigen Rentnergenerationen schlechter versorgt sind.“

Eine Strategie für bürgerschaftliches Engagement von Seniorinnen und Senioren – Stolpersteine, Herausforderungen und Perspektiven

Brigitte Manke, Geschäftsführerin der Thüringer Ehrenamtsstiftung, und Loring Sittler, Leiter des Generali Zukunftsfonds, stellten die Diskussionsgrundlage für das 2. Zukunftssymposium vor – die „Diedersdorfer Impulse“. Das Papier war Ergebnis des 5. Forums Bürgergesellschaft „Eckpunkte einer Engagementstrategie für Ältere“ der Stiftung Bürger für Bürger am 23. und 24. April 2010 in Diedersdorf bei Berlin.

Diedersdorfer Impulse

I.

Bürgerschaftliches Engagement ist für eine vitale Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unabdingbar. Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren, gestalten ihr Gemeinwesen aktiv mit, bauen ihr soziales Netzwerk aus, steigern ihr psychosoziales Wohlbefinden und tragen etwas zu ihrer eigenen Gesunderhaltung bei. Die großen Herausforderungen, denen wir uns in Politik und Gesellschaft gegenübersehen – sei es Integration, demografischer Wandel, Reform des Bildungswesens oder Umbau des Sozialstaats – kann der Staat nur zusammen mit einer aktiven und engagierten Bürgergesellschaft erfolgreich bewältigen. Lösungen müssen gemeinsam von Staat, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Wissenschaft und Wirtschaft entwickelt und umgesetzt werden.

II.

Die künftige Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in einer alternden Gesellschaft wird immer mehr davon abhängen, ob es gelingt, das Engagementpotenzial älterer Menschen noch stärker zu verwirklichen. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird in den kommenden Jahrzehnten sowohl absolut als auch relativ ansteigen. Die bisherigen drei Erhebungswellen des Freiwilligenurveys belegen eindrucksvoll, dass sich die Beteiligung der Gruppe der „jungen Al-

ten“ am bürgerschaftlichen Engagement im letzten Jahrzehnt deutlich erhöht hat. Hier kommen sowohl die veränderten Bedingungen des Alterns als auch generationsspezifische Erfahrungen der „Post-1968er-Generation“ in Westdeutschland und der Bürgerbewegung in Ostdeutschland zum Tragen. So verweist die gerontologische Forschung darauf, dass die jüngeren Rentnergenerationen über einen vergleichsweise guten Gesundheitszustand verfügen, materiell relativ gut abgesichert sind und somit eine verlängerte Phase des „dritten Lebensalters“ gestalten dürfen. Für den quantitativen Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen waren die gesellschaftlichen Bedingungen vermutlich noch nie so günstig wie zurzeit.

III.

Trotz dieser günstigen Bedingungen beteiligen sich längst nicht alle älteren Menschen am bürgerschaftlichen Engagement. Dies liegt zum Teil an fehlendem Interesse bzw. einem anderen Lebensentwurf oder hinderlichen individuellen Bedingungen, zum Teil aber auch an fehlenden Informationen, Gelegenheiten zum Einstieg in das Engagement und widrigen Rahmenbedingungen. Nach wie vor sind Praktiken der Altersdiskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft keineswegs verschwunden. Auch ist es – trotz der durchaus intensiven und lang anhaltenden Bemühungen – bis heute nicht gelungen, ein neues Leitbild des „aktiven“ und „produktiven“ Alters zu etablieren. Damit stoßen ältere Menschen, die sich in ihrem sozialen Umfeld und darüber hinaus beteiligen und praktisch mitwirken wollen, immer noch auf Widerstände, Barrieren und Unverständnis. Es ist deshalb eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges, die Rahmenbedingungen für das Engagement älterer Menschen zu verbessern und mögliche Hindernisse abzubauen.



IV.

Zentrale Eckpunkte einer Strategie für das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen sollten sein:

1. Der wesentliche Teil des bürgerschaftlichen Engagements findet vor Ort bzw. in den kommunalen Gebietskörperschaften statt. Es ist daher zentral, die Rahmenbedingungen für Engagement auf Quartiers- und kommunaler Ebene auch unter Bedingungen prekärer Finanzausstattung der Kommunen sicherzustellen. Dabei geht es sowohl um die Beteiligung älterer Menschen an der Gestaltung kommunaler Daseinsvorsorge als auch um ihre Beteiligung an Entscheidungen, die sie im kommunalen Nahraum unmittelbar betreffen. Ältere Menschen sollten mit ihrem Erfahrungswissen und ihren Ressourcen sowohl als Initiatoren als auch als Mitwirkende in lokalen Projekten und Initiativen gewonnen und als Entscheidungsträger unterstützt werden. So kann insbesondere in den Bereichen Integration, Bildung sowie häusliche Pflege und Betreuung eine nachhaltige Verbesserung erreicht werden.
2. Die Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements sowie die Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur im Zusammenwirken von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft realisiert werden kann. Erfahrungsaustausch, wechselseitige Lernprozesse sowie die Entwicklung gemeinsamer Vorhaben setzen geeignete Formen und Rahmenbedingungen voraus. Für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements allgemein sowie speziell für das Engagement älterer Menschen ist es unabdingbar, dass Bund, Länder und Kommunen bei der Entwicklung förderlicher Rahmenbedingungen enger zusammenarbeiten und ihre Programme und Vorhaben besser aufeinander abstimmen. Auch die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Institutionen, Wirtschaftsunternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte weiterentwickelt werden. „Projektruinen“, die sich aus ungeklärten Folgefinanzierungsregelungen ergeben, müssen zukünftig vermieden werden. Insbesondere trisektorale Netzwerke auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene sollten durch aktives Mitgestalten von Akteuren aus allen gesellschaftlichen Bereichen bei der Erfüllung ihres Auftrages aktiv unterstützt werden. So könn-

te eine neue Beteiligungs- und Anerkennungskultur geschaffen werden, die ihrerseits Motor wäre für eine weitere Integration und Teilhabe älterer Menschen.

3. Um vielfältiges bürgerschaftliches Engagement Älterer zu fördern, müssen die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Infrastruktur und für die Stabilisierung von Engagement und Partizipation älterer Menschen weiterentwickelt werden. Es ist zu prüfen, inwiefern ein bundeseinheitliches nachhaltiges Förderinstrument geschaffen oder aber als Bestandteil des im Koalitionsvertrag vorgesehenen Gesetzes für bürgerschaftliches Engagement entwickelt werden kann. Dabei sollten insbesondere die bewährten Plattformen sowie vorhandene Strukturen für Beratung, Vernetzung und Koordinierung institutionell gefördert werden. Angesichts des gesellschaftlichen Nutzens von bürgerschaftlichem Engagement, ist die öffentliche Förderung von Engagement-Infrastruktur eine wichtige Aufgabe.
4. Die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement Älterer zu verbessern, ist Aufgabe aller engagementbindenden Organisationen. Öffentliche Institutionen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen sollten ihre Strukturen stärker für bürgerschaftliches Engagement Älterer öffnen. Dies umfasst neben Beteiligungsangeboten insbesondere eine entsprechende Qualifizierung für Engagierte und Hauptamtliche.
5. In den letzten Jahren sind im Bereich des Seniorenengagements und der Selbsthilfe unterschiedliche Verbände, Arbeitsgemeinschaften und Netzwerke entstanden. Um eine wirksame Interessenvertretung und Verbesserung der Unterstützung älterer Menschen in ihrem Engagement zu erreichen, sind diesen Netzwerken und zivilgesellschaftlichen Akteuren eine engere Zusammenarbeit in der Praxis und vermehrte gemeinsame Aktivitäten zu empfehlen. Dabei wäre auch zu prüfen, inwieweit die Zusammenarbeit mit anderen Infrastruktursäulen intensiviert werden könnte.
6. Das staatliche Zuwendungsrecht ist so wirksam wie möglich anzuwenden und zu entbürokratisieren, um die eigenständige Aufgabenerfüllung der jeweiligen Zuwen-



dungsempfänger zu erleichtern. Es sind aber auch innovative Finanzierungswege zum Beispiel über Stiftungen (auch Bundesstiftung) zu gehen.

7. Die wissenschaftliche Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement insgesamt sowie zum Engagement älterer Menschen muss verstärkt gefördert werden. Dies gilt sowohl für die Grundlagenforschung als auch für die angewandte Forschung sowie die Ressortforschung von Bundes- und Landesministerien. Ein näher zu bestimmender Anteil der bereitstehenden Forschungsmittel im Rahmen der Ressortforschung sollte für bürgerschaftliches Engage-

ment reserviert sein. Dabei sollte eine unabhängige Evaluation der Wirkungen sichergestellt werden.

- a. Es bedarf einer besseren Koordination und Vernetzung vorhandener Forschungsvorhaben und -aufträge. Entsprechende Service- und Vernetzungsstellen sollten in geeigneter Form entwickelt und angeboten werden.
- b. Die Erhebung amtlicher statistischer Daten zum bürgerschaftlichen Engagement auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene ist sicherzustellen (zum Beispiel mittels des Mikrozensus). Dabei ist auf eine nach Altersstufen differenzierte Erfassung des Engagements zu achten.

Abendlicher Ausklang

Eine etwas andere Sicht auf den demografischen Wandel präsentierte der Kabarettist Philipp Weber im Anschluss an die Reden und entließ die Teilnehmer zugleich in den Abend.



Kabarettist Philipp Weber bei
Stiftungs-TV ansehen
(<http://www.stiftungs-tv.de/?vid=2785>)

Stiftungen als Ausdruck und Förderer bürgerschaftlichen Engagements

Jürgen Chr. Regge

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands,
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen darf ich Sie herzlich zum zweiten Tag des Zukunftssymposiums „Bürgerengagement von Senioren – Perspektiven einer Gesellschaft des langen Lebens“ begrüßen.

Zu Recht wird immer wieder betont: Bürgerschaftliches Engagement ist für eine vitale Demokratie und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unabdingbar, es ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und es stärkt den Zusammenhalt.

Auch spricht sich vermehrt herum, dass solches Tun gleichzeitig die individuelle Lebensqualität der Engagierten steigert: Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren, gestalten nicht „nur“ das Gemeinwesen aktiv mit, sondern bauen ihr eigenes soziales Netzwerk aus, steigern ihr psychosoziales Wohlbefinden und tragen damit auch zu ihrer eigenen Gesunderhaltung bei.

Unsere „Gesellschaft altert“, heißt es. Das ist ein irreführender Begriff. Richtiger wäre zu sagen:

- a. Es gibt weniger junge Menschen,
- b. die Menschen leben länger und
- c. bleiben dabei länger jung und fit.

Bei solcher Formulierung würde klar, wo das Problem und wo die Chance liegt: a. (weniger Kinder) ist das Problem, das unter anderem auch zu einer Änderung der Altersstruktur führt. b. und c. (längeres Leben mit lang anhaltender Fitness) sind eine Chance – eine Chance auch für den Bereich bürgerschaftliches Engagement.

Die künftige Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft wird immer mehr davon abhängen, ob es gelingt, das Engagementpotenzial älterer Menschen noch stärker zu verwirklichen. Dies gelingt am besten, wenn Akteure aus allen Sektoren – Vertreter des Staates, aus Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisa-

tionen, aus Wissenschaft und Forschung sowie den Medien – gemeinsam Lösungen entwickeln und diese umsetzen.

„Kooperation auf Augenhöhe“ ist hier das Stichwort, das für ein gemeinsames Vorgehen von so großer Bedeutung ist.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle, dem Generali Zukunftsfonds für die gute Zusammenarbeit und das Vertrauen, dass Sie dem Bundesverband Deutscher Stiftungen als Kooperationspartner entgegenbringen, herzlich zu danken. Ein besonders hervorzuhebendes Beispiel, bei dem die Kooperation unterschiedlichster Partner auf Augenhöhe hervorragend funktioniert, ist auch die Kampagne „Geben gibt.“. Der Generali Zukunftsfonds ist gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Hauptförderer des Projekts. Initiiert und gestaltet wird die deutschlandweite Kampagne vom „Bündnis für Engagement“, einem einmaligen Schulterschluss von gemeinnützigen Dachverbänden, bundesweiten Netzwerken und unterstützenden Partnern des Dritten Sektors.

Auch viele Prominente engagieren sich für das Projekt: Der Fußballprofi Cacau zum Beispiel, der in den letzten zwei Wochen zwar vor allem daran gearbeitet hat, dass die Deutsche Nationalmannschaft Weltmeister wird, sich sonst aber aktiv in der Stiftung Deutsche Kindersuchthilfe engagiert. „Ich bin Gott und meinen Freunden so dankbar für mein Leben, und wenn ich dann auch mal eine Freude bereiten kann, ist das einfach nur Ausdruck meiner Dankbarkeit“, bringt er seine Motivation auf den Punkt.

Nach dem Motto „Tu, was du kannst, mit dem, was du hast, genau da, wo du bist.“ (Theodor Roosevelt), ist jeder – egal ob alt oder jung – mit seinen Kenntnissen und seinem Engagement gefragt. Gerade der Erfahrungsreichtum und die vielfältigen Kenntnisse älterer Menschen dürfen nach dem aktiven Berufsleben nicht einfach so verpuffen, son-



„Engagementförderung gelingt am besten, wenn alle Akteure (...) gemeinsam Lösungen entwickeln und diese umsetzen.“

den sollten zum Beispiel jüngerer Generationen leitend oder entlastend zur Seite stehen.

Welchen Beitrag leisten Stiftungen, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern?

Stiftungen sind zunächst einmal selbst Orte, an denen bürgerschaftliches Engagement zum Tragen kommt: Der Stifter selbst ist durch den Stiftungsakt bürgerschaftlich auf besonders nachhaltige Weise engagiert, oft auch danach als sogenannter aktiver Stifter. Freiwillig Tätige bereichern und ermöglichen zahlreiche Stiftungsaktivitäten; viele Aktivitäten von Stiftungen können gar nicht ohne freiwillig Engagierte durchgeführt werden.

In deutschen Stiftungen sind zudem die Gremien regelmäßig ehrenamtlich besetzt, wobei die Zahl der Gremienmitglieder im europäischen Vergleich eher klein ist.

Eine Besonderheit bilden Bürgerstiftungen, die durch das auch zahlenmäßig große Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort entstehen und arbeiten. Hier sind insbesondere auch viele Ältere für ihr Umfeld aktiv, zugleich bilden Bürgerstiftungen eine zunehmend bedeutsame Engagement-Infrastruktur. Dass sich dieses Feld in Deutschland dynamischer entwickelt als anderswo, liegt daran, dass Stiftungen es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Bürgerstiftungsbewegung im Zusammenwirken mit ihrem Bundesverband zu stärken. Mit der „Initiative Bürgerstiftungen“ ist das Engagementförderungsprojekt mit der vermutlich größten Hebelwirkung entstanden.

Das Beispiel zeigt: Stiftungen unterstützen bürgerschaftliches Engagement auch außerhalb der eigenen Organisation. Aus einer aktuellen Studie des Bundesverbandes Deutscher

Stiftungen geht hervor, dass 60 Prozent der befragten Stiftungen nach eigenen Angaben bürgerschaftliches Engagement fördern. Dies tun sie innerhalb unterschiedlicher Satzungszwecke wie Soziales, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur oder Umweltschutz. Engagementförderung gestaltet sich demnach auch für Stiftungen als Querschnittsaufgabe.

Zu den am häufigsten genutzten Maßnahmen der Engagementförderung zählen die Mobilisierung und Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement. Stiftungen verfolgen meist das übergeordnete Ziel, mehr Menschen an bürgerschaftliches Engagement heranzuführen. Seit Neuestem – dies gilt auch für „meine“ Stiftung – kommt vermehrt die Forschungsförderung auf diesem Gebiet hinzu.

Wir haben gestern die Vorträge von Frau Professor Lehr und Herrn Dr. Gensicke gehört, Herr Sittler und Frau Manke haben zudem die Diedersdorfer Impulse vorgestellt. Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben somit einen guten Einstieg in das Thema „Bürgerengagement von Senioren“ erhalten und können nach dem Vortrag von Herrn Professor Kruse – den ich hiermit ganz herzlich begrüße und als nächsten Redner ankündige – in die eigene Denkarbeit in den Foren einsteigen.

Dafür möchte ich Ihnen noch folgende Worte des amerikanischen Schriftstellers Truman Capote auf den Weg geben: „Heute ist die Utopie vom Vormittag die Wirklichkeit vom Nachmittag.“

In diesem Sinne, Herr Professor Kruse, Sie haben das Wort.

„Dass sich dieses Feld in Deutschland dynamischer entwickelt als anderswo, liegt daran, dass Stiftungen es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Bürgerstiftungsbewegung im Zusammenwirken mit ihrem Bundesverband zu stärken.“

„60 Prozent der befragten Stiftungen fördern nach eigenen Angaben bürgerschaftliches Engagement.“



Altern als Chance und Herausforderung für die Bürgergesellschaft

Prof. Dr. Andreas Kruse

Institut für Gerontologie, Ruprecht-Karls-Universität Gießen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie freundlich begrüßen und mich bedanken für die ehrenvolle Einladung, zu Ihnen sprechen zu dürfen, und zugleich um Nachsicht für manches zu bitten. Also: Ich hatte noch bis gestern Abend um 20 Uhr eine Kieferoperation, und die Folgen der Operation sind dreifach: Zum einen bemerken Sie diese an einer veränderten Sprache, zum anderen an meinem Äußeren, nämlich dem geschwollenen Gesicht. Hier lässt sich sozusagen ein aktueller Gestaltwandel beobachten. Zum dritten führen die Nachwirkungen einer umfassenden Anästhesie gegebenenfalls zu leichteren kognitiven Einbußen, die Sie mir bitte nachsehen möchten; ich vertraue Ihnen. Zugleich freue ich mich sehr, heute bei Ihnen sein und vortragen zu dürfen.

Mein Vortrag wird sich in vier Schritte untergliedern.

Der erste Schritt: Ich möchte zwei Begriffe ins Zentrum stellen, die mir für eine Neubetrachtung des Alters – vor allem im Kontext des zivilgesellschaftlichen Engagements – als wesentlich erscheinen: der Begriff der coram-Struktur und der Begriff der Selbstaktualisierung.

Der zweite Schritt: In diesem geht es darum, über Altern nachzudenken, weil ja das Thema lautet, dass wir die Chancen, genauso aber auch die Herausforderungen des Alterns für das bürgerschaftliche Engagement in das Zentrum der Überlegungen stellen sollen.

In einem dritten Schritt will ich den Versuch unternehmen, das Engagement älterer Menschen ebenso wie die Lebensphase Altern und Alter aus der Perspektive des öffentlichen Raums zu betrachten. Hier sollen Überlegungen angestellt werden, die auf Solon zurückgehen, auf seine Eunomie-Elegie. Hier sollen weiterhin Überlegungen angestellt werden, die auf Aristoteles zurückgehen, der in seiner Politeia so schön heraus-

gearbeitet hat, dass die Menschen *zoa politica* sind, in den öffentlichen Raum streben und das Motiv zeigen, den öffentlichen Raum mitzugestalten. Und dies ist ein zentrales Merkmal des Menschen nicht nur in den frühen Lebensjahren, sondern über die gesamte Lebensspanne. Wobei wir natürlich zu bedenken haben, dass vor allem im hohen Lebensalter zu dieser öffentlichen Gestaltung des öffentlichen Raums mehr und mehr der Aspekt des Angewiesenseins auf Hilfe anderer Menschen, der Aspekt der erhöhten Verletzlichkeit hinzutritt. Wir werden uns in diesem dritten Schritt mit Hannah Arendt befassen, die gerade den öffentlichen Raum und die Möglichkeit der Gestaltung des öffentlichen Raums als Grundlage für Gebürtlichkeit und Initiative betrachtete, wir werden auf Richard Sennett zu sprechen kommen mit seiner grundlegenden Betrachtung des Respekts und dann schließlich Überlegungen darüber anstellen, was wir unter einer Caring Community, also einer sorgenden, fürsorglichen Gesellschaft, verstehen. Damit ist der dritte Schritt zusammengefasst.

Der vierte Schritt: Ich will schließlich den Versuch unternehmen, einige Aussagen zu folgender Frage zu treffen: „Wie können wir infrastrukturelle Rahmenbedingungen schaffen, die zum bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen motivieren bzw. vermehrt Impulse für dieses geben?“ Diese Aussagen werden uns zu Überlegungen führen, die mit den Altersbildern in unserer Gesellschaft zu tun haben. Und mit dem Begriff der Altersbilder in unserer Gesellschaft ist auch das Thema angesprochen, das uns im Sechsten Altenbericht der Bundesregierung, den wir vor drei Wochen übergeben haben, besonders beschäftigt hat.

Nun also der erste Schritt: Ich beginne mit dem Begriff der coram-Struktur, der später durch den Begriff der Selbstaktualisierung ergänzt werden soll. Wir gehen in Heidelberg von der grundlegenden Annahme aus,



„Wie können wir infrastrukturelle Rahmenbedingungen schaffen, die zum bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen motivieren bzw. vermehrt Impulse für dieses geben?“

dass der Mensch in drei Verantwortungsbe-zügen steht – und umschreiben diese Verant-wortungsbezüge mit dem Begriff der co-ram-Struktur. Der Begriff coram stammt aus der lateinischen Sprache und lässt sich über-setzen mit „vor den Augen“. Wir müssen uns vorstellen, dass die Römer – anders als die Griechen – eine Großmacht waren bzw. sich als eine solche begriffen haben; aus diesem Grunde haben sie der Öffentlichkeit beson-dere Bedeutung beigemessen. Öffentlichkeit aber im Sinne von: vor der Welt. Von daher ist nicht überraschend, dass aus der lateini-schen Philosophie der Begriff coram stammt, den wir übersetzen können mit „vor den Au-gen“. Sie kennen den Begriff coram in der Ver-bindung coram publico, und dies heißt „vor den Augen der Welt“. Mir erscheint dieser coram-Begriff als bedeutsam. Aber wir wol-len nicht nur den Aspekt „vor den Augen der Welt“ akzentuieren, sondern auch den As-pekt „vor den eigenen Augen“, also „vor sich selbst“ – das Individuum vor sich selbst.

Wir gehen davon aus, dass sich die co-ram-Struktur aus drei Dimensionen zusam-mensetzt. Die erste: Ich trage Verantwortung vor mir selbst bzw. Verantwortung für mich selbst. Die zweite: Ich trage Verantwortung vor der Gemeinschaft bzw. für die Gemein-schaft. Und schließlich drittens: Ich trage Ver-antwortung vor bzw. für die Schöpfung.

Uns erscheint es nun als wesentlich, auch den Alternsprozess bzw. auch ältere Men-schen in diese coram-Struktur hineinzustel-len. Das heißt: Auch ältere Menschen werden aus der Perspektive betrachtet, inwiefern sie Verantwortung für sich selbst oder vor sich selbst übernehmen. Vor mir selbst würde be-deuten: Ich mache mich selbst zum Gegen-stand der Reflexion und der Auseinanderset-zung. Für mich selbst: Ich bemühe mich dar-um, die Kriterien eines guten Lebens, die für mich persönlich zentral sind und die nicht in einem Konflikt mit den Kriterien des gu-ten Lebens eines anderen Menschen ste-hen, zu verwirklichen. Das wäre der Aspekt der Selbstverantwortung, an den wir – ich möchte das in Parenthese sagen – beispie-lsweise appellieren, wenn wir es mit Patientin-nen und Patienten in der neurologischen Re-habilitation zu tun haben, wenn wir also sa-gen: „Sie haben auch eine Verantwortung vor bzw. für sich selbst. Aus diesem Grunde ist es so bedeutsam, dass Sie sich aktiv, engagiert an der Rehabilitation beteiligen.“

Die zweite Dimension der coram-Struk-tur bildet die Mitverantwortung, und zwar in dem Sinne, dass wir sagen: Mitverantwortung für Gemeinschaft bzw. Verantwortung

vor der Gemeinschaft. Auf Luther geht die schöne Formulierung zurück: „Ein Christen-mensch ist ein freier Mensch und nieman-dem untertan.“ Und dann folgt gleich die Kehre: „Ein Christenmensch ist Knecht aller Ding und jedermann untertan.“ Das ist eine anschauliche Formulierung, die hier getrof-fen wird. Auf der einen Seite wird deutlich gemacht, dass wir unsere Autonomie, un-sere Selbstverantwortung nie abgeben dür-fen, dass uns diese niemand nehmen darf. „Alterius non sit, qui suus esse potest“, hat dies einmal Paracelsus – auf die Fabeln des Aesop Bezug nehmend – umschrieben: „Ei-nem anderen gehöre nicht, wer sich selbst gehören kann.“ Aber dann die luthersche Kehre: Wir sind Knecht aller Ding und jede-rmann untertan. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden: Wir stehen in der Mitver-antwortung. So betrachten wir auch das Al-ter, nämlich vor dem Hintergrund der Über-legung: Inwiefern hat Alter Verantwortung für Gesellschaft bzw. vor Gesellschaft? Das heißt, dass wir auch ältere Menschen mit Ansprüchen konfrontieren sollen und an sie appellieren, sich für die Gemeinschaft, die Gesellschaft einzusetzen.

Damit ist übrigens ein Punkt angespro-chen, den wir in empirischen Untersuchun-gen zum Thema Alter immer wieder beob-achten, dass Ältere nämlich sagen: Das Pro-blematischste an den Veränderungen in den sozialen Rollen, Funktionen, Positionen ist, wenn du den Eindruck gewinnst, dass es der Gesellschaft gleichgültig ist, was du tust. Gleichgültig, das bedeutet Zweifaches: Auf der einen Seite kommt die Gesellschaft gar nicht mehr mit Anforderungen auf dich zu. Und zum Zweiten nimmt die Gesellschaft nicht zur Kenntnis, ob du etwas für sie tust oder nicht. Aus der Perspektive des Alters oder älterer Menschen sind beide Aspekte wichtig. Ich verstehe sie als Mitglied des öf-fentlichen Raums: aus diesem Grunde trage ich bestimmte Erwartungen an sie heran, ap-pelliere an sie. Die Erwartung, dass ich eben sage: Auch sie verstehen sich als Teil von Ge-sellschaft oder Gemeinschaft. Appell: Wir ap-pellieren an sie, sich für die Gesellschaft ein-zusetzen. Um es noch einmal zu sagen: Das Problematische aus der Perspektive älterer Menschen, wenn es um soziale Rollen, Positi-onen und Funktionen geht, ist, den Eindruck zu gewinnen: Wenn du aus dem Erwerbsle-ben ausgetreten bist, hat die Gesellschaft kein Interesse mehr an dir. Sie artikuliert kei-ne Erwartungen an dich, sie appelliert auch nicht an dich.

„Wir stehen in der Mit-verantwortung. So betrachten wir auch das Alter, nämlich vor dem Hintergrund der Überlegung: Inwiefern hat Alter Verantwortung für Gesellschaft bzw. vor Gesellschaft?“

„Ältere (...) sagen: Das Problematischste an den Veränderungen in den sozialen Rollen, Funktionen, Positionen ist, wenn du den Eindruck gewinnst, dass es der Gesellschaft gleichgültig ist, was du tust.“

Aus diesem Grunde betrachten wir diesen Mitverantwortungsaspekt, also Verantwortung für Gesellschaft bzw. für Gemeinschaft, als eine große Aufgabe nicht nur des älteren Menschen, sondern auch unserer Gesellschaft, unserer Kultur und der Politik. Wie adressieren wir Alter? Wie gehen wir auf ältere Menschen zu? Welche Bilder des Alters – das wird dann im vierten Teil des Vortrags wichtig werden –, aber auch welche Bilder der Verantwortung älterer Menschen in unserer Gesellschaft kommunizieren wir im öffentlichen Raum? Und hier lautet mein Appell, dass wir ganz anders in der Öffentlichkeit über das Alter mit seinen Möglichkeiten, aber auch in seinen Grenzen sprechen müssen, wenn wir ältere Menschen vermehrt gewinnen, motivieren wollen für bürgerschaftliches Engagement.

Die dritte Verantwortungsdimension, dies ist jene der Verantwortung vor der Schöpfung bzw. für die Schöpfung. Wir interpretieren das beispielsweise in folgender Weise: dass ältere Menschen durchaus Verantwortung für die mittlere Generation übernehmen können, um diese zu motivieren und zu befähigen, sich für neues Leben zu entscheiden. Wenn wir uns heute das Leben einer werdenden Familie anschauen oder eines Paares, das vor der Frage steht, ob es eine Familie gründen soll oder nicht, dann müssen wir uns vermehrt vor Augen führen, dass sich Menschen sagen: Ist eigentlich die Familie, die wir gründen möchten, finanziell ausreichend gesichert? Gelingt es uns, Familie und Beruf in einer Weise zusammenzuführen, dass wir unseren Kindern das Versprechen geben können, ein ausreichend gesichertes, behütetes Leben in Kindheit und Jugend zu führen? Dies ist eine Thematik, die sehr intensiv im Siebten Familienbericht der Bundesregierung adressiert wurde. In diesem findet sich beispielsweise die Aussage: „Kinder sind im ersten Lebensjahrzehnt nicht in dem Maße gesichert wie die ältere Generation.“

Hier kommt nicht nur eine intensive politische Auseinandersetzung ins Spiel, sondern auch die Frage, inwiefern die ältere Generation mit dazu beitragen kann, dass sich die mittlere Generation dafür entscheidet, eine Familie zu gründen. Beispielsweise kann die ältere Generation finanzielle Ressourcen, aber auch zeitliche Ressourcen bereitstellen; zudem sind kognitive, emotionale und soziale Ressourcen zu nennen. Und wir glauben, dass diese Verantwortung der älteren Menschen für die nachfolgenden Generationen eine Grundlage dafür bildet, dass sich die Generationenfolge fortsetzen kann. Und

die Fortsetzung der Generationenfolge ist für uns ein Synonym für Verantwortung für bzw. vor der Schöpfung.

Sie sehen also, es ist durchaus angemessen, wenn wir sagen, wir stellen das Alter in eine coram-Struktur, in eine Verantwortungsstruktur. Dies ist natürlich normativ. Aber wenn wir über das bürgerschaftliche Engagement sprechen, nehmen wir natürlich immer auch normative Setzungen vor, da wir davon ausgehen, dass Menschen, die sich für das Gemeinwohl engagieren, zur Verwirklichung von grundlegenden Werten beitragen und das Humane in unserer Gesellschaft fördern, stärken. Wenn wir über bürgerschaftliches Engagement sprechen, haben wir einen bestimmten Entwurf von Gesellschaft im Auge und Entwürfe von Gesellschaft führen uns immer in das Zentrum ethischer Fragen und damit zu normativen Setzungen. Wir glauben, dass es gut ist, dass wir das Altern und das Alter nicht nur empirisch betrachten, sondern – wenn wir von einem kulturellen Entwurf des Alterns und Alters sprechen –, dass es auch gut ist, Altern und Alter auch normativ, aus ethischer Sicht, zu betrachten.

Vom Normativen nun im zweiten Schritt, zum Empirischen. Können wir eigentlich empirische Belege dafür anführen, dass es angemessen ist, zu sagen, ältere Menschen sind in hohem Maße qualifiziert für das bürgerschaftliche Engagement und deren eigene Lebensqualität wird durch dieses Engagement gefördert? Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, meine Damen und Herren, müssen wir aber neben dem coram-Begriff den Selbstaktualisierungsbegriff einführen. Wir sprechen von Selbstaktualisierung in folgender Weise: Die Psyche strebt, solange sie ist, danach, sich auszudrücken, sich mitzuteilen, sich weiter zu differenzieren bzw. zu entwickeln. In der Psychologie bzw. in der Psychopathologie, Letztere ist eine Disziplin der Psychiatrie, ist der Begriff der Selbstaktualisierung seit den 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts aktuell, als nämlich Goldstein ein wichtiges Buch geschrieben hat über die Biologie und Psychologie der Selbstaktualisierung und dargelegt hat, dass der Organismus bzw. die Person auf allen Ebenen – das ist sehr wichtig – die grundlegende Tendenz zur Selbstaktualisierung zeigt: eben nicht nur auf der kognitiven, also intellektuellen Ebene, sondern auch auf der emotionalen, der empfindungsbezogenen, der sozialen und der alltagspraktischen Ebene.

Um dies noch einmal zu pointieren: In allen Phasen unseres Lebens, solange überhaupt Psychisches existiert, beobachten wir

„Wie adressieren wir Alter? Wie gehen wir auf ältere Menschen zu? Welche Bilder des Alters (...), aber auch welche Bilder der Verantwortung älterer Menschen in unserer Gesellschaft kommunizieren wir im öffentlichen Raum?“

„Wenn wir über bürgerschaftliches Engagement sprechen, haben wir einen bestimmten Entwurf von Gesellschaft im Auge und Entwürfe von Gesellschaft führen uns immer in das Zentrum ethischer Fragen und damit zu normativen Setzungen.“

ein grundlegendes Motiv, uns auszudrücken, uns mitzuteilen, uns zu differenzieren, uns zu entwickeln. Wir beobachten das – wenn ich dies in Parenthese sagen darf – auch bei Demenzerkrankten. Damit ist ja ein Forschungsgebiet unseres Instituts angesprochen: die Demenzerkrankung. Sie glauben nicht, wie auch bei Menschen, bei denen ein starker kognitiver Abbau eingetreten ist, dass eine Selbstaktualisierung sichtbar wird, wenn Sie zum Beispiel ein Musikstück einspielen, dass sie immer gerne gemocht haben. Wenn Sie eine Nahrung reichen, die sie immer gerne gemocht haben, wenn Sie diese mit Menschen zusammenbringen, die sie mögen, oder wenn Sie ihnen die Möglichkeit geben, jene Aktivitäten auszuführen, die sie früher gerne ausgeführt haben. Oder wenn Sie ihnen das Gefühl geben, dass sie auch etwas für andere tun können. Das beschreibt aus unserer Sicht die Tendenz zur Selbstaktualisierung, das heißt, dass ich mich mitteile, dass ich mich ausdrücke, dass ich mich differenziere, dass ich mich entwickle. Und diese Tendenz zur Selbstaktualisierung beobachten Sie eben nicht nur in der kognitiven Dimension. Alle anderen Dimensionen der Person sind hier ebenfalls von großer Bedeutung.

Dies ist mir deswegen so wichtig, weil wir – das ist eine Selbstkritik – in der Altersforschung nicht selten dazu neigen, ältere Menschen primär aus zwei Perspektiven zu betrachten: ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit und ihrer kognitiven Leistungsfähigkeit. Natürlich bildet der Körper, natürlich bildet der Geist einen zentralen Bereich unserer Selbstaktualisierung – aber dies sind nicht die einzigen Bereiche. Es ist genauso wichtig, dass wir auf die Emotion, dass wir auf die Empfindungswelt, dass wir auf den sozialen, dass wir auf den alltagspraktischen Bereich blicken und fragen: Inwiefern kommt hier eine Selbstaktualisierung zum Ausdruck?

Ich will Ihnen dies an einem Befund zeigen, der Ihnen sofort deutlich macht, welche Relevanz das für bürgerschaftliches Engagement hat. Herr Kollege Rott aus unserem Institut, der wichtige Studien über Höchstbetagte durchführt, also über 90-, 95-, 100-Jährige, hat einmal in einem Untersuchungsabschnitt folgende Frage gestellt: „Wie glücklich fühlen sich eigentlich 90-, 95-, 100-Jährige und Ältere?“ „Lachen Sie eigentlich noch so viel wie früher?“ „Haben Sie den Eindruck, subjektive Lebensqualität in dem Maße zu verwirklichen wie früher?“ Die zentrale Hypothese lautete: Sie tun dies nicht, da sie mit multiplen körperlichen Einschränkungen konfrontiert sind. Diese Hypothese aber

wurde falsifiziert. Es gibt immer wieder Phasen, und zwar werden diese im Mikrolängsschnitt sichtbar, also wenn man sich die Lebenssituation und emotionale Befindlichkeit von Tag zu Tag anschaut. Es gibt immer wieder Tage, in denen diese höchstbetagten Menschen sagen: „Wir fühlen uns so glücklich wie früher. Wir lachen so viel wie früher.“ Kollege Rott stellte die Frage: Woher kommt dies? Und vor allen Dingen: Was passiert an jenen Tagen, an denen die höchstbetagten Menschen sagen: „Heute fühlen wir uns eher depressiv und niedergedrückt!“ Und dann kam irgendwann das Zauberwort! „Und die Welt hebt an zu singen, triffst du nur das Zauberwort.“ Die stammt von dem Heidelberger Schriftsteller Eichendorff: „Schläft ein Lied in allen Dingen, die da träumen fort und fort, und die Welt hebt an zu singen, triffst du nur das Zauberwort.“ Für den Wissenschaftler bedeutet dies das Gleiche wie das altgriechische Heureka. Rott hat nämlich Folgendes herausgefunden: Die 95- oder 100-Jährigen waren an jenen Tagen in einer deutlich besseren Stimmung, sie waren sehr viel aktiver, auch innerlich in positiver Weise gespannter, wenn sie die Gewissheit hatten, dass sie nachmittags Besuch bekämen. Dies finde ich einen bemerkenswerten Befund. Und dieser konnte repliziert werden. Und als Rott dies gut abgebildet hat, hat er im Sinne einer kommunikativen Validierung die hochbetagten Menschen direkt gefragt: „Ist es wirklich so, dass Besuche“, nicht Besuche von anstrengenden Leuten, sondern Besuche von geschätzten, emotional nahestehenden Leuten, „Ihre Stimmung fördern?“ Und es wurde grundsätzlich bejaht – zum Beispiel mit folgenden Worten: „Sie glauben nicht, wie schön es ist, wenn Sie die Erfahrung machen, dass Sie noch Teil des Ganzen sind, bzw. wenn Sie erwarten können, dass jemand zu Ihnen kommt und das Gespräch mit Ihnen sucht. Umgekehrt ist es belastend, fast unerträglich, wenn Sie den Eindruck haben, es kommt niemand mehr.“

Diese ist eine beeindruckende Form der Selbstaktualisierung im sozialen Bereich, im emotionalen Bereich. Und Sie erkennen daran, dass wir in dem bürgerschaftlichen Engagement, in der Erfahrung, Teil des Ganzen zu sein und Mitverantwortung für das Ganze übernehmen zu können, eine bemerkenswerte Form der Selbstaktualisierung erkennen. Der Entwicklungspsychologe würde zu Ihnen sagen: Wenn hier ein bedeutendes Potenzial zur Selbstaktualisierung liegt, dann müssen Sie, um zu einem guten Altern beizutragen, Möglichkeiten schaffen, sich als Teil

„Wie glücklich fühlen sich eigentlich 90-, 95-, 100-Jährige und Ältere?“ „Lachen Sie eigentlich noch so viel wie früher?“

„Sie glauben nicht, wie schön es ist, wenn Sie die Erfahrung machen, dass Sie noch Teil des Ganzen sind, bzw. wenn Sie erwarten können, dass jemand zu Ihnen kommt und das Gespräch mit Ihnen sucht. Umgekehrt ist es belastend, fast unerträglich, wenn Sie den Eindruck haben, es kommt niemand mehr.“

des öffentlichen Raums zu begreifen, der Mitverantwortung in demselben übernimmt.

Nun also zur Empirie. Wenn wir über die empirischen Aspekte von Altern und Altersprechen, die relevant sind für die Thematik, so sind vier Aspekte genauer zu betrachten. Der erste: Betrachten wir Altern körperlich und neuronal, so sind wir speziell im hohen und höchsten Alter eher mit Einschränkungen der Leistungskapazität konfrontiert. Diese zunehmenden Einschränkungen der Leistungskapazität im körperlichen und neuronalen Bereich bemerken wir vielfach lange Zeit nicht. Ich sage allerdings an dieser Stelle immer auch: Tun wir nicht so, als gäbe es kein Altern. Wir beobachten beispielsweise bei 50- oder 55-Jährigen nicht selten erhebliche Rückgänge in der Leistungskapazität des kardiovaskulären Systems – auf der einen Seite bedingt durch Krankheiten, auf der anderen Seite bedingt durch den Alterungsprozess, wobei ersteren hier ein deutlich höheres Gewicht zuzuordnen ist. Aber: Wenn wir von Krankheiten frei sind, können wir diese Veränderungen im Alterungsprozess sehr gut kompensieren. Noch besser lässt sich dies im neuropsychologischen Bereich zeigen. Schon Ende des dritten Lebensjahrzehnts erkennen wir signifikante Veränderungen, und zwar im Sinne einer Reduktion unserer maximalen kognitiven Leistungskapazität. Und trotz alledem merken wir mit 45, 50 oder 55 Jahren vielleicht noch wenig davon. Wir verfügen eben über sehr gute Möglichkeiten zur Kompensation – durch differenzierte Wissenssysteme, durch effektive Handlungsstrategien; empirische Befunde aus der Arbeitswelt zeigen dies in überzeugender Weise.

Aber es ist bedeutsam, dass wir solche Veränderungen differenziert erfassen und beschreiben – uns und dabei auf die Variabilität innerhalb der Person wie auch zwischen Personen zu konzentrieren. Ältere Menschen unterscheiden sich erheblich in ihrer körperlichen und kognitiven Leistungskapazität. Dabei ist zu bedenken, dass im höchsten Lebensalter, im vierten Lebensalter, ungefähr ab dem 85. Lebensjahr, diese körperlichen und kognitiven Veränderungen zum Teil erheblich sind. Wir müssen das höchste Lebensalter auch – aber nicht nur – unter dem Aspekt der Verletzlichkeit betrachten. Egal, welche Untersuchungen wir durchführen, wenn an diesen 85-, 90-, 95-jährige Menschen teilnehmen, bekommen wir vielfach zu hören, der eigentliche Alterungsprozess beginnt mit 84, 85, 86, 87 Jahren. Da treten zum Teil massive Veränderungen ein – und zudem gehäuft.

Ich trage dies deswegen vor, weil wir uns immer Folgendes vor Augen führen müssen: Wir können das bürgerschaftliche Engagement vor allem höchstbetagter Menschen nicht losgelöst betrachten von der erhöhten Verletzlichkeit im Alter. Wobei die erhöhte Verletzlichkeit im Alter keinesfalls die Möglichkeit zum bürgerschaftlichen Engagement ausschließt und auch nicht die Bedeutung dieses Engagements für den einzelnen Menschen relativiert.

Ich will Ihnen, um diesen ersten der vier empirischen Aspekte zu unterstreichen, ein Beispiel geben für eine sehr spezifische Form des bürgerschaftlichen Engagements, hinter der auch der Aspekt der Generativität steht. Generativität heißt in der Terminologie von Erik Homburger-Erikson: Wir spüren Verantwortung für die nachfolgenden Generationen, wir versuchen, Verantwortung für diese Generationen zu verwirklichen. Meine Frau und ich sitzen einem hochbetagten Ehepaar gegenüber, die Frau 92 Jahre alt, der Mann 94. Wir saßen uns, denn wir waren zwar bekannt, aber nicht befreundet. Wir hatten uns darauf verständigt, an manchen Sonntagen miteinander zum Mittagessen zu gehen. Es dauerte dann sehr lange, bis wir gemeinsam mit diesem Ehepaar im Restaurant angekommen waren; beide wurden von uns geführt, gestützt. Es dauerte noch länger, bis das Ehepaar Platz genommen hatte. Vor allem dauerte das Studium der Speisekarte sehr lange; das Gespräch fiel immer reichlich laut aus, da vor allem der Ehemann sehr schlecht hörte. Manche anderen Gäste werden sich sicherlich gewundert haben – sollen sie ruhig, dachten wir bei uns. Aber nicht nur dies: Sie werden auch gedacht haben, dass es sich bei uns schon um eine etwas eigentümliche Runde handle. Sie haben aber eben nicht mitbekommen, was sich in dem Gespräch vollzog. Nachfolgend nun ein Auszug aus einem dieser Gespräche. Die 92-jährige Frau begann dieses mit folgenden Worten: „Ich habe den Eindruck, dass der Tod in mir eine große Rolle spielt, dass das Sterben mittlerweile stärker ist als das Leben. Und wenn ich mich mittags hinlege und dann wieder aufstehe, dann habe ich das Gefühl, der Tod war so stark, dass du dich wundern musst, dass du überhaupt wieder aufgewacht bist. Und Sie glauben nicht“, so sagte sie zu uns, „welchen Respekt ich davor habe, was da auf mich zukommt, wenn ich beispielsweise dem Großen Gott gegenüberstehe und Rechtfertigung abgebe darüber, was ich getan, aber auch darüber, was ich unterlassen habe.“ Daraufhin äußerte der Mann: „Wir werden gemeinsam



„Wir können das bürgerschaftliche Engagement vor allem höchstbetagter Menschen nicht losgelöst betrachten von der erhöhten Verletzlichkeit im Alter.“

sterben. Wenn der eine von uns stirbt, dann folgt der andere sofort nach, wir sterben gemeinsam und gemeinsam vor Gottes Angesicht.“ Daraufhin antwortete die Frau: „Nein, wir sind uns nicht geschenkt, wir sind uns doch nur geliehen. Jeder muss alleine vor den Großen Gott treten.“

Meine Frau – und jetzt kommen wir gleich zu dem Aspekt der Generativität – meine Frau und ich, wir waren doch berührt von diesen beiden, ja, wir staunten, und die nahmen dies auch so wahr. Daraufhin meinte die Frau: „Das scheint Sie doch sehr zu interessieren, was wir Ihnen sagen.“ Und wir antworteten: „Es interessiert uns nicht nur, nein, das berührt uns sehr.“ Und jetzt kommt's. Daraufhin meinten beide: „Wir wollen Du zueinander sagen. Ab jetzt sind Sie für uns so etwas wie Kinder.“ Meine Frau und ich haben uns nachher gesagt: Wir haben im vergangenen Jahr nicht häufig eine solch intensive Kommunikation mit einem anderen Ehepaar erlebt.

Es zeigt Ihnen, wie auch im Zustand einer hohen Verletzlichkeit – das ist mir wichtig – wie auch im Zustand einer hohen Verletzlichkeit der Mensch Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen kann, wie sich auch im Zustand einer hohen Verletzlichkeit der Aspekt der Generativität verwirklichen kann. Unter der Voraussetzung freilich, dass die Gemeinschaft oder Gesellschaft den Menschen nicht nur von seiner Verletzlichkeit her begreift, sondern versteht, dass sich auch in der Verletzlichkeit ein hohes Maß an emotionaler, intellektueller, sozialer und alltagspraktischer Kompetenz verwirklichen kann.

Für mich ist der genannte empirische Befund deswegen so wichtig, weil ich vermeiden will, dass wir das Vermögen zum bürgerschaftlichen Engagement grundsätzlich an hoher körperlicher und kognitiver Kompetenz festmachen, so, als sei der 90-Jährige der Gleiche wie der 40-Jährige. Wenn wir auf diese Weise das hohe und höchste Alter adressieren, begehen wir einen Fehler, da dann bestimmte Gruppen älterer Menschen sagen: „Das ist nicht der rechte Platz für mich!“ Weil die Verletzlichkeit, ich will es noch pointierter ausdrücken: weil die Ordnung des Todes, die doch immer in unserem Leben ist, ausgeblendet wird.

Nun zum zweiten empirischen Befund, der vor allen Dingen auf Frau Lehr und Hans Thomae in Bonn, auf die Berliner Altersstudie um das Ehepaar Baltes, und auf Frau Staudinger in Bremen zurückgeht. Der zweite empirische Befund, der hier thematisiert werden soll, betrifft die Widerstandsfähigkeit bzw.

Resilienz älterer Menschen – dieses psychologische Merkmal ist für das Verständnis des bürgerschaftlichen Engagements wichtig. Unter Resilienz, Widerstandsfähigkeit, wird die Fähigkeit oder das Vermögen des Menschen verstanden, in belastenden, kritischen Situationen eine tragfähige Lebensperspektive aufrechtzuerhalten bzw. wieder herzustellen. Kollege Schmitt und ich haben beispielsweise, wenn ich dies in Klammern anmerken darf, in Studien zu den Spätfolgen des Holocaust auch bemerkenswerte Formen der psychischen Widerstandsfähigkeit bzw. Resilienz ermitteln können. Oder wenn Sie sich die Arbeiten von Aaron Antonovsky zum sense of coherence – zu übersetzen mit Kohärenzgefühl, Kohärenzsinn – anschauen: auch in diesen wird deutlich, dass Menschen selbst in den größten Krisen- und Belastungssituationen eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit zeigen. Herr Kollege Heuft aus Münster, Herr Kollege Radebold aus Kassel (beide sind Nestoren der Psychosomatik des Alters) und ich haben einmal in einem Modell zur Gerontopsychosomatik postuliert, dass im Alter eine Entwicklungsnotwendigkeit gegeben sei. Das heißt, wir müssen uns im Kern psychisch und geistig weiterentwickeln, wenn wir die Anforderungen im hohen und höchsten Alter bewältigen, verarbeiten wollen. Wenn wir uns nicht weiterentwickeln würden, so würde es uns schwerfallen, mit den doch zum Teil bemerkenswerten Einschränkungen, Belastungen und Krisen im Alter zurechtzukommen.

Aber wenn wir diese Entwicklungsnotwendigkeit verwirklicht haben und auf dieser seelisch-geistigen Grundlage Krisen, Belastungen und Einschränkungen bewältigt, verarbeitet haben: dann gehen wir möglicherweise aus diesen Situationen psychisch gestärkt hervor bzw. mit höherer Kompetenz, mit größerem Lebenswissen. Die Widerstandsfähigkeit älterer Menschen – und die möchte ich jetzt paaren mit dem Lebenswissen – sollten wir nicht unterschätzen. Und in der Auseinandersetzung mit solchen Belastungen, Krisen und Einschränkungen kann sich zum Teil ein bemerkenswertes Lebenswissen realisieren, das ältere Menschen zudem in einer sehr sinnvollen, befruchtenden Art und Weise weitergeben können.

Der dritte empirische Befund ist eben angedeutet worden mit dem Begriff der Generativität. Soziale Beziehungen, soziale Aktivität, die Erfahrung, in sozialen Beziehungen angenommen zu sein und – vor allen Dingen – soziale Beziehungen befruchten zu können, bildet für ältere Menschen eine Grund-

„*Unter der Voraussetzung freilich, dass die Gemeinschaft oder Gesellschaft den Menschen nicht nur von seiner Verletzlichkeit her begreift, sondern versteht, dass sich auch in der Verletzlichkeit ein hohes Maß an emotionaler, intellektueller, sozialer und alltagspraktischer Kompetenz verwirklichen kann.*“

lage dafür, dass sie Wohlbefinden bzw. Lebensqualität erhalten können. Wobei uns die Befundlage zeigt, dass sich mit zunehmendem Lebensalter – dies ist, so meine ich, für das bürgerschaftliche Engagement ebenfalls sehr wichtig – die Beziehungen immer weiter auf jene konzentrieren, die emotional als besonders reichhaltig und befruchtend erlebt werden. Herr Lang aus Erlangen/Nürnberg hat mit einigen seiner Kolleginnen und Kollegen aus den Vereinigten Staaten, beispielsweise mit Laura Carstensen, schöne Arbeiten veröffentlicht, in denen dargelegt wird: Die abnehmenden sozialen Netzwerke älterer Menschen sind keinesfalls nur das Resultat eines zunehmenden Disengagements der Älteren von der Gesellschaft und der Gesellschaft vom Alter, sondern dahinter liegt vielfach auch eine gewisse Selektion. Nämlich, es werden Kontakte zu bestimmten Personen selektiert, und zwar vor allen Dingen zu jenen Personen, zu denen eine hohe emotionale Nähe besteht. Auf der einen Seite, weil diese emotionale Nähe dazu beiträgt, das Wohlbefinden immer wieder zu befördern, auf der anderen Seite, weil ältere Menschen – für bürgerschaftliches Engagement sehr wichtig – gerade auf der Ebene der Emotion viele Möglichkeiten sehen, etwas für andere Menschen zu tun. Eine interessante Interpretation der abnehmenden sozialen Netzwerke älterer Menschen. Hier wird ausdrücklich gesagt: Es ist nicht einfach nur so, dass Ältere sich gesellschaftlich zurückziehen, nein, da ist zum Teil auch ein bemerkenswerter Selektionsprozess am Werke.

Und schließlich der vierte Befund. Vor allem bei hochbetagten Frauen beobachten wir erstens eine hohe Kompetenz in den sozialen Rollen und zweitens eine hohe alltagspraktische Kompetenz – selbst bei deutlichen gesundheitlichen Einbußen. Das ist bemerkenswert. Für das Bundesgesundheitsministerium haben wir eine umfassende Expertise zur Gesundheit von Frauen im hohen Lebensalter erstellt. Es ist eindrucksvoll, dass wir in den Studien immer wieder auf den Befund gestoßen sind, dass bei Frauen – sogar bei jenen, die über geringe finanzielle Ressourcen verfügen und bei denen Multimorbidität vorliegt – vielfach eine hohe alltagspraktische Kompetenz sowie eine hohe Kompetenz in der Gestaltung sozialer Beziehungen erkennbar sind. Wir haben diesen Befund vor allen Dingen in Bezug auf Frauen gefunden, etwas seltener in Bezug auf Männer. Wir glauben allerdings, dass sich dies in den nachfolgenden Generationen verändern könnte.

Ich würde folgendes Fazit daraus ziehen: Die empirische Befundlage – so hat es einmal Paul Baltes ausgedrückt – weist das Alter einerseits als eine Phase des Gewinns, andererseits als eine Phase des Verlusts aus. Die Verluste finden sich primär in den organischen Bereichen und Funktionen. Der Gewinn liegt vor allem dort, wo es darum geht, dass wir unseren Alltag gestalten, dass wir Wissen aufbauen und immer weiter differenzieren, dass wir dieses Wissen abrufen, dass wir Handlungsstrategien ausbilden und einsetzen. Diese Gewinn-und-Verlust-Perspektive immer im Auge zu haben, das Alter nicht nur von den Gewinnen, aber auch nicht nur von den Verlusten aus zu betrachten, erscheint mir als wesentlich. Ergänzen möchte ich das Ganze mit der zentralen empirischen Aussage: Die heutigen Generationen älterer Menschen weisen deutlich bessere körperliche, kognitive, heute kann man auch sagen, finanzielle Ressourcen auf, als frühere Generationen. Wir haben eine Regel, die da lautet: Die 70-Jährigen von heute weisen, wenn wir alle epidemiologischen Befunde zusammennehmen, einen Gesundheitszustand auf, der dem Gesundheitszustand der 65-Jährigen von vor drei Jahrzehnten entspricht. Das heißt, in den letzten drei Jahrzehnten sind fünf gesunde Altersjahre hinzugekommen. Und diese wachsende Kompetenz älterer Menschen sollte man in die Waagschale werfen, wenn es um die Frage des bürgerschaftlichen Engagements geht.

Der dritte Teil des Vortrags beschäftigt sich mit dem öffentlichen Raum. Ich will einige Aspekte aufrufen, die ich schon in der einleitenden Zusammenfassung kurz benannt habe. Der erste Aspekt, meine Damen und Herren: Ich finde die Betrachtung einer Gesellschaft des bürgerschaftlichen Engagements auch in der Hinsicht aufregend, innovativ, als wir nun einmal nicht nur vom Individuum aus argumentieren, sondern vom sozialen, vom kulturellen, vom gesellschaftlichen Kontext, in dem das Individuum steht.

Hier gibt es eine schöne Elegie von dem großen Lyriker und Staatsphilosophen Solon, der von 640 bis 560 vor Christi Geburt gelebt hat. Man sagt, er ist wahrscheinlich einer der ersten großen Staatspolitiker im alten Griechenland gewesen. Eunomie kommt von eu (= gut) und nomos (= das Gesetz); Solon stellt der Eunomie die Dynomie gegenüber. Dynomie kommt von dys (= gestört, schlecht) und nomos (= Gesetz).

Nun möchte ich Ihnen diese Elegie kurz vortragen, in der Hoffnung, sie auch auswendig korrekt wiederzugeben: „Dies die

„Die heutigen Generationen älterer Menschen weisen deutlich bessere körperliche, kognitive, heute kann man auch sagen, finanzielle Ressourcen auf, als frühere Generationen.“

„Ich finde die Betrachtung einer Gesellschaft des bürgerschaftlichen Engagements auch in der Hinsicht aufregend, innovativ, als wir nun einmal nicht nur vom Individuum aus argumentieren, sondern vom sozialen, vom kulturellen, vom gesellschaftlichen Kontext, in dem das Individuum steht.“

Athener zu lehren, befiehlt mir mein Herz, dass Dysnomie der Stadt sehr viel Unglück bereitet, Eunomie aber alles wohlgeordnet, und, wie es sein soll, hervorbringt und beständig den Ungerechten Fesseln umlegt. Raues glättet sie, beendet Übermut, erniedrigt die Hybris und lässt vertrocknen der Verblendung wachsende Blüte, richtet gerade die krummen Rechtssprüche und mildert hochmütiges Tun, beendet die Taten der Zwietracht, beendet den Zorn schlimmen Streitens; und es ist unter ihr alles im menschlichen Bereich, wie es sein soll, und vernünftig.“

Mit anderen Worten: In einer „guten“, einer „geordneten“ Gesellschaft wird das, was Würde verdient, als würdevoll betrachtet. In einer guten Gesellschaft wird das, was gerecht ist, auch als gerecht geachtet. In einer guten Gesellschaft können sich die einzelnen Talente entfalten. Und in einer guten Gesellschaft wird der Einzelne nicht aufgrund irgendwelcher Merkmale vom öffentlichen Raum ausgeschlossen. Von dieser Eunomie ist die Dysnomie abzuheben, also die Gesellschaft, die nicht gut ist, in der beispielsweise das, was eigentlich Würde verdient, nicht mehr Würde erfährt, in der das, was eigentlich gut ist, nicht mehr als gut angesehen wird. Eine Gesellschaft, in der sich die einzelnen Talente nicht mehr entfalten können, weil sie mit Skepsis betrachtet, abgelehnt werden.

Was an dieser Eunomie-Elegie auffällt: Hier wird nicht als Ausgangspunkt die einzelne Person gewählt, sondern der gemeinschaftliche, der gesellschaftliche Kontext, in dem diese lebt. Es wird gefragt: Wie ist dieser Kontext politisch und ethisch beschaffen? Meines Erachtens ist es für das bürgerschaftliche Engagement wichtig, dass wir die Fragen stellen:

1. Inwieweit können Initiativen zum bürgerschaftlichen Engagement dazu beitragen, dass sich unser Verständnis von Gesellschaft weiter entwickelt, und zwar in Richtung auf eine gerechte, eine solidarische, eine mitverantwortliche Gesellschaft?
2. Inwieweit können derartige Initiativen dazu beitragen, dass sich individuelle Talente bis in das hohe und höchste Lebensalter entfalten können?
3. Inwiefern kommunizieren wir mit einem derartigen Ansatz, dass wir ältere Menschen eben nicht aus dem öffentlichen Raum ausschließen wollen, sondern sie als einen unverzichtbaren Teil des öffentlichen Raums verstehen und ansprechen?

Wir neigen in der Forschung dazu, zunächst einmal von der Person auszugehen, nach ihren Eigenschaften zu fragen, nach ih-

ren Talenten, nach ihren Einschränkungen – und fügen dann den sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen Kontext, in dem sie handelt, hinzu. Hier nun wird der Versuch unternommen, zunächst nach dem Wesen der Gesellschaft zu fragen, und danach, inwiefern diese die Talente der Einzelnen fördert bzw. behindert. Dies ist nun nicht eine rein intellektuelle Auseinandersetzung, sondern auch eine politische, gesellschaftliche, ethische. Initiativen zum bürgerschaftlichen Engagement sind in besonderer Weise dazu geeignet, die Gesellschaft auf ihr Selbstverständnis hin zu befragen, aber auf ihr Verständnis von Altern und Alter: Inwieweit hat sie Interesse daran, dass ältere Menschen den öffentlichen Raum mitgestalten? Inwieweit spricht sie ältere Menschen als mitverantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger an?

Das führt mich zu dem zweiten großen Griechen, zu Aristoteles. Dieser Philosoph legt in seiner *Politeia* dar: Menschen sind *zoa politica*. Dies bedeutet: Wir sind politische Menschen, wir streben in den öffentlichen Raum, wir haben das Bedürfnis, den öffentlichen Raum verantwortlich mitzugestalten. Aristoteles stellt fest: Die Qualität des *zoon politicon*, des in den öffentlichen Raum strebenden und den öffentlichen Raum mitgestaltenden Menschen, ist nicht eines unter vielen Merkmalen, die die Menschen auszeichnen, sondern ist ein zentrales Merkmal. Es ist also nicht gemeint: Ich stelle mir das Individuum als einen Mikrokosmos vor und füge den öffentlichen Raum hinzu. Nein: Vielmehr stellen wir uns grundsätzlich das Individuum im öffentlichen Raum vor – wir trennen nicht zwischen diesem und dem öffentlichen Raum. Dies ist, glaube ich, für Ihre Initiative wichtig: Den Menschen immer auch als einen politischen Menschen zu betrachten, der in den öffentlichen Raum strebt und diesen mitgestalten will. Für uns ist nicht nur der Begriff der Integration zentral, sondern auch, wie wir das zum Beispiel im SGB IX treffend dargestellt finden, der Begriff der Teilhabe als Grundrecht. Für uns sind alle Klassifikationssysteme von Gesundheit/Krankheit bzw. von Selbstständigkeit/Hilfsbedürftigkeit innovativ, die sich nicht allein auf Krankheiten und Aktivitäten des täglichen Lebens konzentrieren, sondern die abbilden, inwiefern das Individuum in der Lage ist, teilzuhaben. Und Teilhabe heißt übersetzt: mitzugestalten.

Wenn Sie das bürgerschaftliche Engagement starkmachen wollen, dann ist es wichtig, den Menschen als *zoon politicon* anzusprechen. Wir müssen deutlich machen, dass wir uns eigentlich einen Menschen, der nicht

*„Die Qualität des *zoon politicon*, des in den öffentlichen Raum strebenden und den öffentlichen Raum mitgestaltenden Menschen, ist nicht eines unter vielen Merkmalen, die die Menschen auszeichnen, sondern ist ein zentrales Merkmal.“*

*„Wenn Sie das bürgerschaftliche Engagement starkmachen wollen, dann ist es wichtig, den Menschen als *zoon politicon* anzusprechen.“*

im öffentlichen Raum steht und diesen nicht mitgestaltet, kaum vorstellen können. (Wir beobachten zum Beispiel bei demenzkranken Menschen, wenn diese die Möglichkeit haben, den öffentlichen Raum mitzugestalten, indem sie gemeinsam etwas mit anderen Menschen tun, eine deutliche Verbesserung ihrer emotionalen Befindlichkeit. Zum Teil lindern sich sogar langfristig die psychopathologischen Werte.) Die Bezogenheit auf andere, die Mitverantwortung für andere ist mir ein zentrales Anliegen.

Hannah Arendt legt in ihrer bemerkenswerten Schrift „Vita Activa oder vom tätigen Leben“ – wir dürfen den Sprung von Solon und Aristoteles zu Hannah Arendt machen, weil diese ja die altgriechische Philosophie in ihre politikwissenschaftliche Theorie hineinholte – dar: „Erst im öffentlichen Raum ergreife ich Initiative. Erst im öffentlichen Raum verwirklicht sich Gebürtlichkeit, Natalität.“ Sie hat das sehr schön ausgedrückt, ich darf zitieren: „Handelnd und sprechend zeigen wir uns in der Einzigartigkeit unseres Seins, treten wir gleichsam auf die Bühne der Welt, geben uns aus der Hand.“ Da steckt alles drin. Erst in der Auseinandersetzung mit anderen Menschen, hier ist sie von Martin Buber beeinflusst, erst in der Auseinandersetzung mit anderen Menschen zeige ich mich in der Einzigartigkeit meines Seins. Als homo clausus, der sich ganz in sich zurückzieht und nicht aus seinem oikos, seiner Privatwohnung, herauskommt, zeige ich mich nicht in der Einzigartigkeit meines Seins. Nein, erst im Handeln oder im Sprechen, das heißt, im Austausch mit anderen, trete ich auf die Bühne der Welt, damit ist der öffentliche Raum gemeint, und jetzt kommt's: gebe ich mich gleichsam aus der Hand.

Sie sagt aber auch: Dies muss ich im Vertrauen tun, dass der andere mich nicht auslacht, dass er mich nicht verstößt, dass er nicht sagt: Was will denn der 80-, 90-Jährige hier? Will der auch noch mitmachen? Keiner darf ausgeschlossen werden. Hannah Arendt sagt, die Demokratie würde Schaden nehmen, wenn wir einen Menschen aus dem öffentlichen Raum ausschließen. Jeder strebt in den öffentlichen Raum und zeigt das Motiv, diesen mitzugestalten. Wenn er dies nicht tut, dann müssen wir fragen, was vorliegt. Ist er von Schmerzen, von Gebrechen beeinflusst oder hat er Angst, sich im öffentlichen Raum zu äußern und zu kommunizieren? Und haben wir immer im Auge: Nur im öffentlichen Raum ergreifen wir Initiative oder, wie es Hannah Arendt sagt, verwirklicht sich das Moment der Natalität, der Gebürtlich-

keit unseres Lebens. Es ist herrlich, dass diese Frau feststellt: „Wir können in jedem Augenblick anders, wir können in jedem Augenblick gebürtlich handeln, aber nur dann, wenn wir im öffentlichen Raum stehen und uns im öffentlichen Raum auch zum Handeln motiviert fühlen.“

Richard Sennett führt in seine Kultursoziologie – das passt ideengeschichtlich insofern, als Richard Sennett bei Hannah Arendt studiert hat – den Begriff des Respekts ein und stellt in einer Schrift über den Respekt fest: „Wir tun so, als sei Respekt ein knappes Gut und verweigern vielen Menschen unseren Respekt, da wir von einseitigen Menschenbildern bestimmt sind.“ Und übrigens auch von einseitigen Bildern sozialer Ungleichheit, wenn wir sagen, jener Mensch, der wenig hat, der muss unsere Barmherzigkeit finden. Wir sprechen ihn aber viel zu wenig in seinen Kompetenzen an. Für Richard Sennett ist es bedeutsam, dass wir Menschen Respekt zeigen. Und vor allen Dingen zeigen wir ihnen Respekt, so arbeitet er heraus, wenn wir verstehen, dass sie Kompetenzen haben, und wenn wir sie ausdrücklich in diesen Kompetenzen ansprechen. Kompetenzen in Bezug auf Autonomie, Kompetenzen in Bezug auf die Mitgestaltung von Gesellschaft oder Gemeinschaft. Hier fühlen wir uns wieder an die coram-Struktur erinnert – nämlich an die Dimensionen Selbstverantwortung und Mitverantwortung.

Wir sind als Sechste Altenberichtscommission der Bundesregierung übrigens stark beeinflusst vom vorzüglichen Bericht der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zum bürgerschaftlichen Engagement. Ein hoch informativer, tief gehender Bericht! Wir sind als Sechste Altenberichtscommission davon ausgegangen, dass wir den Mut haben müssen, unsere Gesellschaft vermehrt als eine sorgende, als eine fürsorgliche Gesellschaft zu begreifen. Klaus Dörner spricht hier treffend vom „dritten Sozialraum“. Er arbeitet schön heraus, dass dieses Engagement, das ja kein ehrenamtliches, sondern ein bürgerschaftliches ist, den Kitt unserer Gesellschaft bildet. Diese Caring Community, diese sorgende, fürsorgende Gesellschaft – in der Altenberichtscommission hat Thomas Klie dankenswerterweise das entsprechende Kapitel federführend verfasst (es ist sehr gelungen!) – setzt sich grundlegend mit der Frage auseinander: Was kann der eine für den anderen tun? Inwiefern kann der eine für den anderen Mitverantwortung übernehmen und damit den Gedanken der Sorge verwirklichen? Ich würde es ergänzend so wen-



„Was will denn der 80-, 90-Jährige hier? Will der auch noch mitmachen? Keiner darf ausgeschlossen werden.“

„Jeder strebt in den öffentlichen Raum und zeigt das Motiv, diesen mitzugestalten.“

den, dass wir die Kernfamilie ergänzen um die erweiterte Familie, in der ausdrücklich auch Nachbarn und Freunde vertreten sind. In der sorgenden, fürsorgenden Gesellschaft, in der Caring Community, mischen sich Kernfamilie und erweiterte Familie. Das heißt, die nachbarschaftlichen Netzwerke müssen wir stärker in den Vordergrund rücken.

Vor allem angesichts des demografischen Wandels werden wir uns mit der Frage auseinanderzusetzen haben: Können Familien noch die Hilfe-, Unterstützungs- und Pflegeleistungen erbringen, die sie heute erbringen? Wir sagen: keinesfalls mehr auf diesem hohen Niveau. Können wir aber die Forderung aufstellen, dass dann alle Leistungen von professionellen Diensten übernommen werden? Wir sagen: Nein, dies ist nicht finanzierbar; es muss auch nicht sein. Es gibt viele Bereiche in der Altenpflege, die nicht von einem Professionellen übernommen werden müssen. Fragen der Begleitung, der emotionalen und instrumentellen Unterstützung – hier kommt das bürgerschaftliche Engagement herein. Hier kommt unser Verständnis von einer sorgenden, fürsorgenden Gesellschaft ins Spiel. Und wir gehen in der Gerontologie so weit zu sagen, dass uns die Herausforderungen des Alters möglicherweise in besonderer Weise zu unserem Selbstverständnis von Gesellschaft und Kultur führen.

Abschließend meine Folgerungen:

Erstens: Wir müssen einen gesellschaftlichen Diskurs befördern, in dem der Gesichtspunkt der Caring Community starkgemacht wird. Wir werden deutlich machen müssen, dass der demografische Wandel und seine Folgen nur dann zu bewältigen sind, wenn es gelingt, uns selbst vermehrt als eine Caring Community zu begreifen, als eine sorgende und fürsorgende, als eine nachbarschaftliche Gesellschaft – was eigentlich jedem Menschen gelingen sollte.

Zweitens: Wir dürfen aus diesem Entwurf einer Caring Community das Alter keinesfalls herauslassen. Wir dürfen, wenn wir über Caring Community sprechen, das Alter nicht allein als Lebensphase begreifen, die auf Care angewiesen ist, sondern wir müssen auch die Frage stellen, inwiefern ältere Menschen über Ressourcen und Kräfte verfügen, aktiv, mitverantwortlich zur Caring Community beizutragen.

Drittens: Wir stellen die These auf, dass die Folgen des demografischen Wandels und hier vor allem der deutlich zunehmenden durchschnittlichen Lebenserwartung auch von älteren Menschen getragen, bewältigt

werden müssen. Wir können diese Folgen nicht einfach nachfolgenden Generationen übertragen. Damit nämlich wäre das Prinzip der Nachhaltigkeit oder Generationengerechtigkeit infrage gestellt.

Viertens: Das erhöhte Engagement älterer Menschen meint nicht nur, dass wir länger im Berufsleben stehen. Wenn wir länger im Berufsleben verbleiben, was wir von unseren Kompetenzen ja vielfach leisten könnten, dann muss natürlich die Wahlfreiheit in Bezug auf das Arbeitsvolumen, das der Einzelne im Jahr umsetzen will, gegeben sein. Aber ich meine nicht nur das Berufs- und Arbeitsleben. Mit erhöhtem Engagement weise ich auch darauf hin, dass wir das zivilgesellschaftliche Element stärken müssen. Ich habe die Vision, dass Unternehmen bzw. Betriebe bereit sind, Menschen nicht nur so zu qualifizieren, dass diese in der Lage sind, Arbeitsprozesse effektiv auszuüben, sondern dass sie diese auch mit dem Ziel qualifizieren, sich auf das zivilgesellschaftliche Engagement vorzubereiten bzw., wenn es schon ausgeübt wird, sie in diesem Engagement zu unterstützen.

Fünftens: Wenn wir über Alter sprechen, dürfen wir nicht den Fehler begehen, die Grenzsituationen des hohen und höchsten Lebensalters auszublenden. Aber, genauso wichtig: Wir dürfen auch nicht den Fehler begehen, anzunehmen, dass solche Grenzsituationen es einem Menschen nicht mehr möglich machen, sich für andere zu engagieren.

Sechstens: Reflektieren wir unsere Altersbilder. Wie wollen wir selber alt werden? Wie und wo wollen wir im Alter leben und wohnen? Welche Verantwortung wollen wir übernehmen? Wie und wo möchten wir gepflegt werden? Reflektieren wir auch kritisch die Altersbilder in unserer Gesellschaft: Inwiefern halten sie ältere Menschen davon ab, Engagement zu übernehmen? Ein kleines Beispiel abschließend: Zusammen mit der Robert Bosch Stiftung hatten wir nach der Tsunami-Katastrophe 996 Adressen von hochbetagten Menschen, die (a) bereit waren zu bürgerschaftlichem Engagement, die (b) über hohe Qualifikationen und Qualitäten verfügten – medizinische, psychologische, bildungsbezogene, im Ingenieurwesen, auf dem Gebiet der Ökonomie –, die (c) in der Lage waren, zwei bis drei Weltsprachen zu sprechen, und (d), die gesagt haben: „Wir verlangen dafür nichts. Wir sind sogar bereit, den Versicherungsschutz selbst zu übernehmen.“ Wir haben bei vielen Verbänden, Organisationen und Institutionen vorgeschlagen und gesagt: Ist es nicht möglich, dass ihr diese Menschen

„Reflektieren wir unsere Altersbilder. Wie wollen wir selber alt werden? Wie und wo wollen wir im Alter leben und wohnen? Welche Verantwortung wollen wir übernehmen? Wie und wo möchten wir gepflegt werden?“

einbindet, sei es in den Katastrophenländern oder sei es in unserem Land? Von den 996 Interessenten haben wir nur sechs vermittelt. Die Antwort, die wir immer zu hören bekamen, lautete: Wir sind primär an finanziellen Zuwendungen interessiert, aber nicht an dem Humanvermögen der Älteren. Was uns gezeigt hat, die öffentlich kommunizierten Altersbilder weisen eine gewisse Skepsis, eine gewisse Reserviertheit gegenüber Alter auf. Und meine Hoffnung ist, dass Ihre Engagement-Initiative dazu beiträgt, diese Altersbilder tief greifend zu verändern.

Zu verändern auch in Richtung auf eine Stärkung des Selbstbewusstseins älterer Menschen, immer anders zu können,

etwas Neues beginnen zu können. Oder in den Worten des Andreas Gryphius: „Mein sind die Jahre nicht, die mir die Zeit genommen, mein sind die Jahre nicht, die etwa mögen kommen. Der Augenblick ist mein. Und hab ich den acht, so ist der mein, der Jahr und Ewigkeit gemacht.“

Mit anderen Worten: Wir können immer neu. Wir müssen den Mut aufbringen und wir benötigen einen sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Kontext, der uns den Mut nicht nimmt, sondern diesen stärkt.

Meinen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit!

„Die öffentlich kommunizierten Altersbilder weisen eine gewisse Skepsis, eine gewisse Reserviertheit gegenüber Alter auf. Und meine Hoffnung ist, dass Ihre Engagement-Initiative dazu beiträgt, diese Altersbilder tief greifend zu verändern.“

Forum 1

Möglichkeiten und Grenzen gemeinschaftlicher Wohnprojekte

Begrüßung

- Sabine Süß, Geschäftsführender Vorstand, Schader-Stiftung

Referenten

- Prof. Dr. Klaus Dörner, ehem. leitender Arzt der Westfälischen Klinik für Psychiatrie Gütersloh
- Egbert Haug-Zapp, Vorstandsvorsitzender, Wohnprojekt Ginkgo Langen

Moderation

- Dr. Renate Narten, Geschäftsführerin, Büro für sozialräumliche Forschung und Beratung

Zu Beginn seines Impulsvortrags stellte Professor Dörner hinsichtlich des Engagements älterer Menschen fest, dass niemand 100 Prozent seiner freien Zeit nur dazu nutzen könne, ausschließlich etwas Gutes für sich zu tun, sondern dass jeder auch seine „Tagesdosis an Bedeutung für andere“ benötige. Seit den 1980er-Jahren sei eine neue Bürgerhilfe- und Nachbarschaftsbewegung entstanden, die sich zum Beispiel in der Hospiz- und Selbsthilfegruppenbewegung sowie in der Zunahme von Bürgerstiftungen, Nachbarschaftsvereinen, ambulanten Wohnpflegegruppen und Gastfamilien ausdrücke.

Als Bestandsaufnahme zur großen Teilbewegung „gemeinschaftlicher Wohnprojekte“ beziehungsweise „generationsübergreifenden Siedelns“ sei festzustellen, dass es inzwischen fast 2.000 solcher Projekte in Deutschland gäbe. Sie umfassten jeweils zwischen 5 und 100 Haushalte und funktionierten in der Regel generationsübergreifend. Geprägt seien diese Wohnprojekte von einer Nachbarschaftsmentalität; die Mitglieder der Wohnprojekte wollten für sich, aber auch für andere da sein. Ursprung sei meist die Ein-

sicht, dass die bestehenden Familienbande aufgrund unterschiedlichster Faktoren nicht ausreichend tragfähig seien. Somit stelle sich „die alt-ehrwürdige Institution Familie“ offensichtlich auf neue Herausforderungen ein, indem sie sich vom „Prinzip der Blutsverwandtschaft auf das Prinzip der Wahlverwandtschaft erweitert“. Noch steckten diese gemeinschaftlichen Wohnformen in den Anfängen, so Dörner, und müssten weiterentwickelt werden. Eine Grenze sei beispielsweise die idealistische Annahme einer Wechselseitigkeit des Helfens, die bei einem Schlaganfall oder einer Demenzerkrankung rasch an ihr Ende komme. Insofern bedürfe es einer (auch architektonischen) Weiterentwicklung der Wohnformen, sodass Menschen mit hohem Pflegebedarf in solchen Wohnprojekten leben könnten. Um dies zu gewährleisten, müssten einerseits Elemente der „gemeinschaftlichen Wohnformen“ und andererseits der „ambulanten Wohnpflegegruppen“ zunehmend miteinander kombiniert werden.

Unter dem Motto „Nicht allein, nicht ins Heim, nicht zulasten der Kinder“ stellte Egbert Haug-Zapp das Wohnprojekt „Ginkgo-Haus“ in Langen vor. Getragen von der Einsicht, dass Lebensqualität gerade auch im Alter in besonderer Weise von der Wohnqualität abhängt, berichtete er von dem Wohnprojekt mit 30 mobilen „jungen Alten“ zwischen 62 und 87 Jahren, die selbstständig und gemeinschaftlich in ihren Wohnungen leben und von zehn demenziell Erkrankten, die in einer „ambulant betreuten Wohngruppe“ – auch die „Demenz-WG“ genannt – leben. Beide Bereiche seien durch ehrenamtliches Engagement eng miteinander verbunden. Diese Form der Integration Demenzerkrankter in ein gemeinschaftliches Wohnprojekt sei die erste ihrer Art in Deutschland. Anhand von Fotos veranschaulichte Haug-Zapp die Geschichte des Projekts: Sie verbildlichten den Grundstückskauf, die wöchentlich vier Stunden gemein-



Schader Stiftung

In Kooperation mit der Schader-Stiftung



schaftlichen Engagements jedes Bewohners sowie die notariell gesicherte Wohngruppenordnung, die die Zwecksetzung des Projekts auf Dauer gewährleiste.

Das Problem, die wachsende Zahl Hochaltriger angemessen zu versorgen, könne nur gelöst werden, wenn ein „ergänzender Generationenvertrag“ geschlossen würde, und zwar zwischen jungen Alten und Hochaltrigen. Ideal sei ein Hilfemix, so Haug-Zapp, an dem Profis, Angehörige und Ehrenamtliche in verbindlicher Weise beteiligt seien. Im Fall von Pflegebedürftigkeit könne die Pflegeleistung beispielsweise von einem frei gewählten externen Dienstleister erbracht werden. Die Gefahr zunehmender Vereinsamung werde durch die soziale Einbindung in eine Wohngruppe kompensiert. Auf diese Weise betrachteten die Mitglieder des Wohnprojekts sich selbst auch nicht als „Lückenbüßer in den größer werdenden Löchern des Sozialnetzes“, sondern sähen sich eher in einer Vorreiterrolle gegenüber der Verwaltung. Inzwischen hätten die Mitglieder des Wohnprojekts den Status anerkannter Fürsprecher für Demenzzranke, organisierten unterschiedlichste Veranstaltungen zum Thema und arbeiteten direkt mit dem Fachbereich Altenhilfe der Stadt Langen zusammen.

In der anschließenden Diskussion wurde zunächst die relativ lange Umsetzungsphase von Wohnprojekten problematisiert. Wissenschaftliche Arbeiten belegten, dass es durchschnittlich fünf bis acht Jahre dauere, um ein Wohnprojekt zu realisieren, ein Zeitraum in dem viele Mitbewohner häufig schon verstorben seien, bevor das Wohnprojekt etabliert sei. Prinzipiell wäre eine allmähliche Beschleunigung vielleicht möglich, dennoch müsse die entsprechende Infrastruktur erst wachsen und ein gedanklicher Wandel stattfinden. Wohnprojekte befänden sich noch immer in einer „Pionierphase“. Im Forum wurde auch zu bedenken gegeben, dass eine beschleunigte Umsetzung möglicherweise zum Scheitern des Projekts führen könne, da es Zeit bräuhete, sich in eine Wohngruppe zu integrieren. Die Gründung eines Wohnprojekts sei ein langjähriger Prozess, der eines durchhaltenen Kerns bedürfe. Letztendlich seien Nähe, Transparenz und Vertrauen sehr sensible und wichtige Grundsätze.

In Bezug auf die Attraktivität von Wohnprojekten für bestimmte Bevölkerungsschichten stellte das Forum fest, dass aufgrund des finanziellen Aufwandes eines Wohnprojekts mittlere und obere Schichten bevorzugen. Zukünftig wäre eine Demokratisierung denkbar – das Leben in Wohnprojekten sollte allen Bevölkerungsschichten möglich sein. Bei der Gründung eines Wohnprojekts sei es außerdem wichtig, den Gedanken der Pflegeförderung mitzudenken, auch wenn dieser nicht immer umsetzbar sei.

Mehrere Teilnehmer fragten danach, welche Rechtsform sich für Wohnprojekte eigne. Die Entscheidung über die Rechtsform wurde im Forum als sehr wichtig erachtet, die nicht unüberlegt angegangen werden sollte. Zur Auswahl stünden der Verein, die Genossenschaft, die Wohneigentümergeinschaft, die GmbH und auch die GbR.

Gefragt wurde ferner nach Beispielen bestehender Eigentümergeinschaften, die sich zu einem Wohnprojekt weiterentwickelt hätten. Eine Teilnehmerin schlug vor, dass nur Mietwohnprojekte gefördert werden sollten, da so die teilweise problematische Eigentumsnachfolge geklärt sei.

Auf die Frage, welche Chancen sich generell aus gemeinschaftlichen Wohnprojekten ergäben, war sich das Forum einig, dass die Bewegung Rückenwind und wachsendes Potenzial habe. Um jedoch ein Wohnprojekt erfolgreich umsetzen zu können, seien Fachwissen und Durchhaltevermögen unabdingbar.

Abschließend einigte sich das Forum auf folgende Empfehlungen:

1. Der Erfahrungsaustausch und die Beratung für gemeinschaftliche Wohnprojekte muss koordiniert werden (damit nicht alle wieder von vorn beginnen).
2. Es bedarf einer integrativen Zusammenarbeit von Bürgern, Stiftungen, der öffentlichen Hand und anderen, um Wohnprojekte für alle Einkommensgruppen finanzieren zu können. Andernfalls bestehe die Gefahr bestimmte Personengruppen zu benachteiligen.
3. Die Seriosität von generationenübergreifenden Wohnprojekten muss vermittelt werden, besonders die Chancen, die sich durch diese auch für Partnerschaften mit der Wohnungs- und Finanzwirtschaft ergeben.



Forum 2

Häusliche Pflege: Nachbarschaftsprojekte zur Verbesserung der Lebensqualität



Kuratorium
Deutsche Altershilfe

In Kooperation mit dem Kuratorium
Deutsche Altershilfe

Begrüßung und Moderation

- Susanne Tyll, Beratung – Fortbildung – Projektentwicklung

Referenten

- Annette Scholl, Projektleiterin, Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)
- Prälat i. R. Rudolf Schmidt, Vorstandsvorsitzender, Stiftung ProAlter

Den Auftakt des Forums zur häuslichen Pflege bildeten zwei Impulsreferate. Annette Scholl sprach zum Thema „Nachbarschaften gestalten“ und gab erste Antworten auf die Fragen „Nachbarschaftsarbeit – was ist das?“ und „Nachbarschaftsarbeit – was bewirkt sie?“ Seit den 1990er-Jahre gebe es einen verstärkten Aufbau „lebendiger Nachbarschaften“ in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit. Nachbarschaftsarbeit umfasse Aktivitäten und Angebote, die wohnortnah zwischen Menschen in der Nachbarschaft stattfänden. Das Potenzial von Nachbarschaften liege darin, dass neue soziale Netzwerke entstünden und wohnortnahe Unterstützung möglich sei. Sie ergänze die pflegerische Versorgung älterer Menschen bzw. sei der Pflege vorgelagert. Ziele der Nachbarschaftsarbeit seien, die Lebensqualität älterer Menschen zu fördern, ihre Selbstständigkeit und Selbstbestimmung zu erhalten und zu ermöglichen sowie ihre gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

Bei der Gestaltung von Nachbarschaftsprojekten sei es besonders wichtig, die vielfältigen Lebenssituationen und Lebensstile älterer Menschen zu berücksichtigen. Ältere würden dabei nicht nur als Nutzende von Angeboten und Dienstleistungen, sondern vor allem als Mitgestaltende und Mitwirkende verstanden. Annette Scholl betonte, dass Nachbarschaftsarbeit mehr als Nachbarschaftshilfe sei. Erstere fördere Kon-

takt und Begegnung, Vernetzung und soziale Netzwerke, bürgerschaftliches Engagement und Partizipation sowie Unterstützung und Hilfe. Die breite Ausrichtung erfordere vielfältige Formen, Ansätze und Konzepte in der Nachbarschaftsarbeit.

Prälat i. R. Rudolf Schmidt stellte das Entwicklungsprogramm „Neue Nachbarschaftshilfen im Landkreis Kassel ‚Alte helfen Alten‘“ der Stiftung ProAlter vor. Die Anzahl älterer Menschen und Hochaltriger mit Hilfebedarf nehme zu, gleichzeitig stünden immer weniger finanzielle und personelle Ressourcen zu deren Versorgung zur Verfügung. Herr Schmidt forderte daher, die Chancen, Erfahrungen und Erkenntnisse der wachsenden Zahl älterer Menschen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements stärker als bisher zu fördern und zu nutzen. Die Stiftung habe dazu als Erstes den Wettbewerb „Das hilfreiche Alter hilfreicher machen“ initiiert. Dieser zeichne beispielgebende Projekte aus, in denen ältere Menschen anderen Älteren helfen. Die Erfahrungen aus dem Wettbewerb seien in das Projekt „Neue Nachbarschaftshilfen im Landkreis Kassel“ eingeflossen. Dieses zielt darauf ab, systematisch zusätzliche Nachbarschaftshilfen im Landkreis Kassel zu implementieren. In diesem Sinne würden Kenntnisse und Erfahrungen älterer Menschen zugunsten eines bürgerschaftlichen Engagements für ältere Menschen erschlossen sowie Kooperationen mit Initiativen und Projekten in den Gemeinden des Landkreises angestoßen. Mithilfe verschiedener Maßnahmen wie Information, Beratung, Besuche, Begleitung, Hilfen, Fahrdienst oder der Vermittlung von Hilfsangeboten solle dazu beigetragen werden, die Selbstständigkeit und die Lebensqualität Älterer zu erhalten bzw. zu verbessern.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion wurden unter anderem die Unterschiede zwischen ländlicher und städtischer Nachbarschaftsarbeit besprochen. Annette Scholl



unterstrich, dass die Landflucht häufig eine Verschlechterung der Infrastruktur bedeute. In städtischen Regionen sei es hingegen besonders wichtig, das gesellschaftliche Engagement bereits in der ersten und zweiten Lebensphase zu aktivieren und nicht erst mit Eintritt ins Rentenalter.

Das Forum diskutierte ferner, dass bei in Deutschland lebenden Migranten ein hohes Potenzial für bürgerschaftliches Engagement bestehe. Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien habe beispielsweise ergeben, dass das derzeitige ehrenamtliche Engagement von in Deutschland lebenden Türken 10 Prozent betrage, 50 Prozent jedoch bereit seien, sich ehrenamtlich zu engagieren. Für die Einbindung von Bürgern mit Migrationshintergrund in die Nachbarschaftsarbeit empfahl das Forum, konkrete Abhol- und Ansprachestrategien für in Deutschland lebende Migranten zu entwickeln und umzusetzen.

Wichtig für die erfolgreiche Durchführung von Nachbarschaftsprojekten sei es, geeignete Partner zu finden. Neben den Wohlfahrtsverbänden seien unabhängige, überparteiliche und nicht an bestimmte Konfessionen gebundene Institutionen notwendig. Die Kommune könne ebenfalls eine neutrale Position einnehmen und sei vor allem zuständig für die Bereiche Information, Öffentlichkeitsarbeit und die direkte Ansprache der Beteiligten. Als neue wichtige Akteure wurden zudem die Pflegestützpunkte benannt.

Auf die Frage nach Möglichkeiten, Menschen für das Thema „Nachbarschaftsarbeit“ zu interessieren, berichtete eine Teilnehmerin von der Idee, Menschen verschiedener Altersgruppen eines Ortes danach zu befragen, wie sie alt werden wollen. Das motiviere zur Auseinandersetzung mit dem Thema und schaffe eine größere Identifikation mit den Projekten. Zudem würden dann Projekte umgesetzt, die von den Menschen selbst gewollt wären und gelebt würden. Aus dem Plenum kam der Hinweis, dass Nachbarschaftsprojekte auch nach dem Ansatz des Community Organizing organisiert werden könnten.

Wichtig sei in jedem Fall, dass die Menschen, um die es ginge, in den gesamten Verlauf des Projektes mit einbezogen würden. Ein wichtiger Schritt sei zunächst, die Nachbarschaft wieder aufzubauen und zu reanimieren.

Im Forum wurde auch die bestehende Konkurrenzsituation zwischen Niedriglohnsektor bzw. Arbeitsuchenden und Ehrenamtlichen problematisiert. Insgesamt spiele beim Thema bürgerschaftliches Engagement die Ökonomie eine große Rolle – so einer der Teilnehmenden. Kernfrage sei, was noch bezahlbar sei. Auch dürften die Augen nicht vor den Auswirkungen des demografischen Wandels verschlossen werden und der Tatsache, dass es immer mehr Menschen geben werde, die wenig Geld haben.

Als wesentliche Ergebnisse des Forums kristallisierten sich die folgenden Punkte heraus:

- Die alleinige Fokussierung auf „Alte für Alte“ ist kritisch, aber die Älteren bieten das größte Potenzial für diese Projekte, und Ältere engagieren sich gern für andere Generationen.
- Hilfe wird als schwieriger Begriff empfunden, hilfsbedürftig wird schnell mit hilflos assoziiert. Bei Nachbarschaftsprojekten darf nicht zwischen dem Geber einerseits und dem Nehmer andererseits unterschieden werden, sondern das Gegenseitige und das Miteinander/Füreinander muss herausgestellt werden. Hier fehlt es an einer entsprechenden Begrifflichkeit.
- Nachbarschaft muss gestaltet werden. Das geht nur involvierend-partizipativ. Menschen lassen sich vor Ort bewegen, wenn sie zunächst nach ihren Wünschen und Bedürfnissen gefragt werden. Die Gestaltung gelingt eher bei begleitenden und stützenden Strukturen, wobei am besten Vorhandenes genutzt werden sollte.
- Ein Problem, das es zu beachten gilt, ist die mögliche Konkurrenz zwischen dem Niedriglohnsektor und dem bürgerschaftlichen Engagement.



Forum 3

Partizipation von Senioren im Gemeinwesen am Beispiel des Community Organizing

Begrüßung und Moderation

- Agnes-Maria Streich, Deutsches Institut für Community Organizing

Referenten

- Mohammad Abdul Razzaque, Bürgerplattform Berlin-Wedding/Moabit „Wir sind da!“
- Ines Schilling, Bürgerplattform „Menschen verändern ihren Kiez – Organizing Schöneweide“

Über 70 Teilnehmer setzten sich im Forum 3 mit der Frage auseinander, wie Senioren ihren Stadtteil strukturell verändern und an politischen Entscheidungen mitwirken können.

Agnes-Maria Streich erörterte eingangs die Grundsätze des Community Organizing in Abgrenzung zu anderen Formen des bürgerschaftlichen Engagements. Community Organizing gehe auf die Arbeit Saul Alinskys in Problemvierteln der USA seit den 1930er-Jahren zurück. Mitte der 1990er-Jahre brachte Prof. Leo Penta die Idee des Community Organizing nach Deutschland. Seitdem sind drei Bürgerplattformen entstanden, weitere befänden sich im Aufbau. Unter Anleitung von Community Organizing würden die Bewohner eines Stadtteils befähigt und bestärkt, über sogenannte Bürgerplattformen ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Diese Bürgerplattformen zeichneten sich durch folgendes aus:

- Sie beruhen auf einer breiten Basis intermediärer Gruppen, Institutionen und Organisationen, über sozioökonomische und ethnische Trennlinien hinweg.
- Sie legen Wert auf finanzielle, parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.
- Sie zielen auf Nachhaltigkeit.
- Sie arbeiten mit wenigen Hauptamtlichen und einer minimalen Infrastruktur.

- Sie legen ihre Themen selbst fest und streben konkrete, praktikable Lösungen für strukturelle Probleme im Stadtteil an.
- Sie entwickeln eine beharrliche und erfolgsorientierte Handlungsfähigkeit, die sowohl auseinandersetzungsfähig als auch kompromissbereit ist.

Praktische Erfahrungen aus der Arbeit in einer Bürgerplattform brachten Mohammad Abdul Razzaque und Ines Schilling in das Forum ein. Als Vorsitzender der Berliner Bilal Moschee, die sich seit über zwei Jahren aktiv in der Bürgerplattform Wedding/Moabit „Wir sind da!“ einbringt, bemüht sich Mohammad Abdul Razzaque, die Mitglieder der Moschee für die Gestaltung ihres Umfelds zu motivieren. Etwa ein Drittel der Mitglieder seien Senioren, die in der Bürgerplattform allerdings unterrepräsentiert sind, da viele der Senioren noch immer darauf hofften, eines Tages in ihr Heimatland zurückkehren zu können. Razzaque verwies in seinen Ausführungen und Beispielen insbesondere auf den kulturellen Unterschied in der Bereitschaft hin, sich ehrenamtlich nach dem Berufsleben für die Gemeinschaft, auch außerhalb der familiären Strukturen, einzubringen. Die älteren Muslime in seiner Moschee seien weniger aktiv als vergleichbare deutsche Nichtmuslime. Hier könnten ältere Muslime von engagierten deutschen nichtmuslimischen Senioren etwas lernen.

Mit seiner Mitarbeit in der Bürgerplattform verbindet Razzaque zwei konkrete Ziele: Einerseits sieht er die Möglichkeit, in Anlehnung an die Lehre des Islams, das direkte Umfeld der Gemeinde mitzugestalten und für seine Kinder und Kindeskinde attraktiver und lebenswert zu machen. Andererseits möchte er auch Vorbild für die Senioren in der Moschee sein, die Berliner Stadtteile Wedding und Moabit als neue Heimat zu akzeptieren, und ihnen zeigen, dass es auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft möglich ist, am öffentlichen Leben teilzuhaben.



DICO · Deutsches Institut für Community Organizing

In Kooperation mit dem Deutschen Institut für Community Organizing (DICO)



Die Referentin Ines Schilling von der Bürgerplattform „Menschen verändern ihren Kiez – Organizing Schöneweide“ berichtete, dass es den kommunalpolitischen Seniorenvertretungen im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick zwar gelinge, bei senioren-spezifischen Themen an den Tisch der relevanten Entscheidungen zu kommen, sie allerdings bei vielen anderen Themen kein Gehör fänden. Alle Teilnehmer stimmten dabei überein, dass jung gebliebene Senioren sich zwar mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen in unterschiedliche zivilgesellschaftliche Bereiche einbringen, jedoch oftmals, wenn es um Entscheidungen im kommunalpolitischen Bereich gehe, nicht ernsthaft beteiligt werden würden. Gerade eigene Initiativen Älterer würden oft nicht beachtet. Über die Bürgerplattform könnten Senioren auch nicht senioren-spezifische Themen wie Arbeitsplatzmangel und fehlender öffentlicher Personennahverkehr mit den politischen Entscheidungsträgern verhandeln, so Ines Schilling. Dabei sei es wichtig, dass über die Interessen jedes Einzelnen hinaus in einer Mitgliedsgruppe und zwischen den Gruppen gemeinsame Themen herausgearbeitet werden und dann eine Handlungsweise besprochen wird, die solidarisch von allen mitgetragen wird. In der Bürgerplattform „Menschen verändern ihren Kiez – Organizing Schöneweide“ engagierten sich Senioren – neben Studenten, Kleingärtnern, christlichen Vertretern verschiedener landes- und freikirchlicher Gemeinden – in zweifacher Weise: zum einen als Schlüsselperson/Multiplikator der jeweiligen Gruppe, wie beispielsweise eines Vereins oder als Kirchenmitglied, zum anderen spontan bei Akti-

onen und größeren Versammlungen der Mitgliedergruppen selbst.

In der anschließenden Diskussion standen die folgenden Fragen im Mittelpunkt: Wie entsteht eine Bürgerplattform genau? Wer ist zuerst da – die Bürgerplattform oder der Community Organizer? Können Bürgerplattformen auch ohne Organizer arbeiten? Wie sieht die Finanzierung ohne staatliche Hilfen konkret aus? Wie wird der Einzelne in einer Bürgerplattform aktiv? Wie sieht die Praxis aus, wenn Senioren sich in die Bürgerplattform einbringen?

Wichtig sei, so waren sich die meisten zum Ende des Forums einig, die kontinuierliche Beziehungsarbeit zwischen allen Beteiligten in einer Bürgerplattform, die eine Kommunikation auf Augenhöhe mit politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern ermöglicht. Gerade in Zeiten des demografischen Wandels steige die Bedeutung von Modellen, wie dem Community Organizing, die professionalisierte Selbstorganisation auf kommunaler Ebene mithilfe eines generations- und milieuübergreifenden Ansatzes zu gestalten. Darüber hinaus sei Community Organizing eine zeitgemäße Form bürgerschaftlichen Engagements, da der altruistische Ansatz, etwas für andere zu tun, heute für bürgerschaftliches Engagement nicht mehr vorrangig sei. Community Organizing sei ein politischer Ansatz: Durch den Zusammenschluss in Bürgerplattformen erhalten Einzelne (auch Senioren) die Möglichkeit, mehr politischen Einfluss zu gewinnen und sichtbare strukturelle Veränderungen im Gemeinwesen zu erreichen.



Forum 4

Senioren-Kompetenzen für mehr Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Begrüßung

- Ursula Woltering, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. (BaS)

Referenten

- Stefan Bischoff, Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB)
- Jutta Stratmann, Fachberatung für Sozialplanung und Bürgerengagement (fastra)

Moderation

- Petra Schwarz, freie Journalistin, Berlin

In Forum 4 setzten sich rund 30 Teilnehmer mit der Frage auseinander, inwieweit Senioren-Kompetenzen einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität und der gesellschaftlichen Teilhabe leisten können. Das Forum wurde gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. (BaS) gestaltet, dem bundesweiten Netzwerk der mehr als 270 Seniorenbüros.

Jutta Stratmann griff in ihrem Beitrag zunächst die Frage nach der Definition von Senioren-Kompetenzen auf. Die Annahme, dass Alter mit Weisheit automatisch gleichzusetzen ist, sei zwischenzeitlich überholt, da dies keine Frage des Alters sei, sondern Ausdruck der Reflexionsfähigkeit, das heißt des Überprüfens gesammelter Erfahrungen. Ältere Menschen hätten aufgrund des langen Lebens diese Möglichkeit häufiger als jüngere. Dieses Erfahrungswissen sollte für die Gesellschaft in neuen Verantwortungsrollen erfahrbar werden.

Notwendig sei laut Jutta Stratmann eine neue Alterskultur. Die gesellschaftlichen Altersbilder, denen ältere Menschen begegnen, seien sehr vielschichtig und verstellten oft eine differenzierte Wahrnehmung unterschiedlicher Lebenslagen und -formen. So sei das Bild des fitten älteren Menschen, der sich vielfältig

vernetze, ebenso wenig für alle älteren Menschen stimmig, wie die Gleichsetzung mit Hilfe und Pflege. Die Interessen der Akteure, wie Kommunalpolitik oder Träger von Einrichtungen, seien dabei ebenso zu berücksichtigen, wie das Selbstbild älterer Menschen. Da also die altersbunte Gesellschaft sehr vielschichtig sei, zum Beispiel ältere Menschen mit solidarischer Grundhaltung, Menschen mit geringen Renten, ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, bildungsungewohnte ältere Menschen etc., werde ein differenzierter Blick auch bei der Gewinnung von Menschen für ein Engagement benötigt. Ein Beispiel für einen „neuen“ Blick auf das Alter stelle beispielsweise die Kampagne des Caritas-Verbandes „Experten fürs Leben“ zur Verbesserung der gesellschaftlichen Altersbilder dar.

Am Beispiel der Senior-Trainer lassen sich die Kompetenzen der Älteren, die für dieses besondere Engagement gewonnen werden, gut skizzieren:

- Erfahrungswissen (berufliches Wissen, allgemeine Lebenserfahrung, Erfahrung im Engagement)
- Organisationskompetenzen
- Sozialkompetenzen
- „Lust auf Neues“
- Bereitschaft zum längerfristigen Engagement
- Bereitschaft zur Selbstorganisation und Teamarbeit

Als bedeutende Voraussetzungen für eine neue Engagementkultur wurden abschließend genannt:

- Dialogfähigkeit der Akteure
- Wertschätzung bei gleichzeitiger Anerkennung von Unterschieden
- „Kümmerer“, „Dolmetscher“, „Keyworker“
- Qualifizierung und Coaching



In Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS)



Bei der Frage nach Teilhabe müsse laut Jutta Stratmann berücksichtigt werden, wo diese erlernt wird (zum Beispiel in der Schule, am Arbeitsplatz, im Quartier, in der Gemeinde etc.) und diese Erkenntnis in die Strategien und Strukturen zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe eingebunden werden.

Im zweiten Beitrag beschäftigte sich Stefan Bischoff – basierend auf den Ergebnissen der Freiwilligensurveys – mit der Frage nach den Engagementpotenzialen älterer Menschen und deren hemmenden und begünstigenden Faktoren. Die Steigerung der Engagementbereitschaft älterer Menschen (siehe Ergebnisse Freiwilligensurvey 2004 und 2009) sei auch Folge eines Paradigmenwechsels in der Seniorenpolitik. Die in den vergangenen mehr als 15 Jahren initiierten Programme und Initiativen auf Bundes- und Länderebene wie die Modellprogramme „Seniorenbüros“, „Erfahrungswissen für Initiativen“, „Aktiv im Alter“ etc. hätten einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Engagementquote der über 50-Jährigen geleistet.

Laut Aussage von Stefan Bischoff sei die Ausschöpfung des Engagementpotenzials aber noch nicht ausreichend erfolgt. Als Gründe hierfür nannte er erstens mangelnde Teilhabe und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger auf kommunaler Ebene (Engagementförderung müsse als kommunale Pflichtaufgabe verstanden werden). Zweitens müsse Engagementförderung auch in Zeiten knapper finanzieller Mittel als Investition in die Demokratie gesehen werden. Und drittens müssten sich zivilgesellschaftliche Organisationen und die Wirtschaft im Sinne des Welfare-Mixes an diesen Investitionskosten beteiligen.

Als notwendige Grundlagen zur Förderung des freiwilligen Engagements wurden genannt:

- Engagementförderung als zentrales politisches Handlungsfeld der Kommune benennen und aktivierende Führung durch die politische Spitze der Kommune
- Öffnung von Institutionen für bürgerschaftliches Engagement
- Zielgenaue und bedarfsgerechte Information über freiwilliges Engagement sowie zielgenaue Ansprache unter Berücksichtigung differenzierter alters- und lebenslagenbezogener Passungen
- Teilhabe und Mitgestaltung der Bürger ausbauen, unter anderem durch die Entwicklung konkreter, an den Interessen orientierter Verantwortungsrollen und Projektengagements

- Selbstentfaltung und Selbstorganisation der engagementbereiten Menschen ermöglichen und durch Bildungsangebote unterstützen
- Flexibilität des Zeitrahmens für bürgerschaftliches Engagement sichern
- Engagierte ältere Menschen schon im Vorfeld an der Festlegung von Zielen und Strategien beteiligen
- Chancen zum jederzeitigen Wiederausstieg geben und Mobilitätsbedürfnis im Engagement berücksichtigen
- Keine Rollen als Lückenbüßer schaffen, sondern verantwortliche Mitwirkung sichern
- Gruppen und Teams als Handlungsebenen im bürgerschaftlichen Engagement stärken und stützen
- Offene Netzwerke als Aktivierungsbedingungen schaffen und strukturieren. Räume und Treffpunkte sowie deren technische Ausstattung für ein eigenständiges Handeln bereitstellen

Bei der von Petra Schwarz moderierten Diskussionsrunde wurde zunächst kontrovers – ausgehend von dem Beitrag von Stefan Bischoff – die Frage nach der Bewertung der Engagementquote (37 Prozent bei älteren Menschen) diskutiert. Angemerkt wurde, dass die empirischen Ergebnisse stärker differenziert betrachtet werden und die Entwicklungspotenziale – insbesondere im klassischen Ehrenamt – größere Berücksichtigung finden müssten. Dass besondere Formen des Engagements, zum Beispiel im nachbarschaftlichen Kontext bei den Erhebungen nicht berücksichtigt wurden, hinterfragten die Teilnehmer kritisch. Ferner müssten neben quantitativen Faktoren qualitative Aspekte der Engagementförderung stärker einfließen, wie die Sicherstellung der Qualität der Angebote, Qualifizierungsangebote, die Gewinnung von Freiwilligen oder eine neue Kultur des Helfens.

Als Probleme wurden die mangelnde Bereitschaft zur längerfristigen Bindung und fehlende Begleitstrukturen für Engagierte auf kommunaler Ebene identifiziert. Im Hinblick auf die Situation kommunaler Haushalte wurde dafür plädiert, den Dialog mit Verbänden und Netzwerken zu intensivieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Darüber hinaus sollten sich Träger verstärkt kritisch mit der Frage nach den Zugängen zu bürgerschaftlichem Engagement auseinandersetzen. Um insbesondere engagementfernen Gruppen und bildungsungewohnten Menschen Teilhabe zu ermöglichen, müssten auf kommunaler Ebene verstärkt Geh-Strukturen und neue Formen der Engagementförderung entwickelt werden. Als positives Beispiel wurde das Projekt „Ehrenamt im benachteiligten Veedel“ des Kölner Netzwerkes Bürgerengagement hervorgehoben.



Forum 5

Bürgerengagement im Übergang in die nachberufliche Lebensphase

Begrüßung und Moderation

- Dieter Rehwinkel, Leiter Fortbildung/Projektentwicklung, Centrum für Corporate Citizenship Deutschland

Referenten

- Celina Pagani-Tousignant, Präsidentin und Gründerin von Normisur International
- Peter Kusterer, Leiter Corporate Citizenship & Corporate Affairs, IBM Deutschland

Beim Übergang vom Arbeitsleben in die nachberufliche Lebensphase wird die individuelle Lebensgestaltung neu bestimmt. Unternehmen können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, ihre Mitarbeiter bei der Vorbereitung auf eine engagierte dritte Lebensphase zu unterstützen. Wie dies gelingen kann, wurde im Forum 5 mit etwa 40 Teilnehmern diskutiert. Einleitend ging Celina Pagani-Tousignant in ihrem Vortrag der Frage nach, ob Unternehmen auf eine alternde Beschäftigtenstruktur eingestellt sind, und kam, insbesondere unter Bezugnahme auf Untersuchungen in den USA, zu der These, dass dies bisher nicht der Fall sei. In den nächsten fünf Jahren würden Unternehmen jedoch auf diese Entwicklung reagieren müssen.

Laut einer Studie des Sloan Center on Aging & Work aus dem Jahr 2009 habe sich die Arbeitnehmerstruktur seit der Jahrhundertwende bis heute erheblich geändert: Im Jahr 1900 waren dreizehn Prozent der US-Bevölkerung 50 Jahre alt und älter, 100 Jahre später bereits 27 Prozent und für das Jahr 2020 werde der Anteil der Beschäftigten über 50 Jahren mehr als 35 Prozent betragen. Dieser Trend setze sich fort, die Hälfte der berufstätigen Arbeitnehmer werde vermutlich ihren Renteneintritt verschieben, 16 Prozent werden eventuell bis an ihr Lebensende arbeiten – so die Ergebnisse der Studie. Die

se deutliche Verschiebung im Arbeitsmarkt würde darauf hinauslaufen, dass zukünftig bis zu vier Generationen an Beschäftigten zusammenarbeiten, so Pagani-Tousignant. Dies bedeute ein hohes Maß an Vielfalt und Erfahrung, aber auch einen Bedarf an neuen Formen des Arbeitens. Hinzu komme, dass sich die Wahrnehmung des Älterwerdens verändert habe. War das Älterwerden in der Vergangenheit eher negativ belegt, so wandele sich das Bild des Älteren zum vitalen Menschen und Arbeitnehmer, der, sofern körperlich fit, nicht aufhören möchte zu lernen und Neues zu erfahren. Gleichzeitig zeige eine weitere Untersuchung, dass ältere Arbeitnehmer bessere Leistungen brächten, belastbarer seien, sehr zuverlässig arbeiteten, als Mentoren eingesetzt werden könnten und dem Unternehmen meist zu guter Reputation verhelfen. Vor allem im Bereich des Corporate Volunteering lägen große unausgeschöpfte Potenziale.

Früher wurde der Beginn des Ruhestandes als deutlicher Schnitt zwischen Arbeitsleben und Ruhestand vollzogen und erlebt. Heute sei dies meist ein fließender Prozess. Der Übergang in den Ruhestand werde durch Reduzierung von Arbeitszeit, Veränderung der Tätigkeitsfelder, Aufnahme eines Studiums und freiwilliges Engagement eingeleitet. Abschließend kam die Referentin zu ihrer Ausgangsfrage zurück und legte Arbeitgebern nahe, dass sie sich besser auf den demografischen Wandel vorbereiten und auf eine alternde Beschäftigtenstruktur einstellen sollten.

Peter Kusterer stellte in seinem Impulsvortrag die Möglichkeiten vor, in deren Rahmen IBM seinen Mitarbeitern den Übergang in die nachberufliche Lebensphase mithilfe von bürgerschaftlichem Engagement erleichtert. Dem Unternehmen sei es insgesamt wichtig, dass sich seine Mitarbeiter wohlfühlten, bürgerschaftliches Engagement gehöre als ein Element zur Work-Life-Balance. Unter der



In Kooperation mit dem Centrum für Corporate Citizenship Deutschland (CCCD)



Prämisse „Es fängt nicht erst mit bzw. kurz vor der Pensionierung an“ gestalte IBM den Prozess schon frühzeitig. Das Unternehmen lege Wert darauf, eine Gemeinschaft unter den Pensionären zu erzeugen. Dies werde beispielsweise durch regelmäßige Treffen unterstützt und indem den Pensionären entsprechende „Werkzeuge“ für ihr bürgerschaftliches Engagement an die Hand gegeben werden. Darüber hinaus werde der Kontakt zwischen aktiven IBMern und Pensionären gepflegt. Zudem nutze das Unternehmen verschiedene Instrumente, um Engagement zu ermöglichen, wie Mentoring- und Buddyprogramme oder flexible Arbeitsgestaltung durch Altersteilzeit und Übergangsprogramme, mobiles Arbeiten oder Sabbaticals. Angedacht sei außerdem ein lokales Corporate Service Corps und die Aktivierung des „secondment“-Modells, bei dem Mitarbeiter bei voller Bezahlung für einen bestimmten Zeitraum freigestellt werden würden, um für gemeinnützige Organisationen zu arbeiten.

In der Diskussion wurde gemeinsam überlegt, wie zukünftige Pensionäre für bürgerschaftliches Engagement angesprochen werden können. Die Ehrenamtsagentur Essen berichtete, dass sie gezielt in Unternehmen gehe bzw. eine Roadshow in sozialen Einrichtungen durchführe, um Menschen im Alter 55plus für ein Ehrenamt zu begeistern. Für Institutionen, die Unternehmen ansprechen möchten, biete sich an, zuerst eine unverbindliche Informationsveranstaltung zu organisieren und anschließend individuelle Gespräche zu führen, um das richtige Engagement zu finden. Die Ehrenamtsagentur Essen erklärte, dass es oft an Verbindungen zu Entscheidern fehle, um zukünftige Pensionäre gezielter ansprechen zu können.

Diese müssten in den Unternehmen persönlich angesprochen werden, um sich zu engagieren. Außerdem müssten Engagierte besser angeleitet werden. Frau Pagani-Tousignant berichtete, dass Unternehmen in den

USA ihre älteren Mitarbeiter mit Nachdruck für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen versuchen. Eine „weiche“ Ansprache habe sich nicht bewährt. In den USA schaffen Unternehmen Anreizsysteme, denn bürgerschaftliches Engagement sei nicht nur ein rein persönliches Anliegen des Engagierten, sondern auch des Unternehmens. Ein Teilnehmer verwies darauf, dass Unternehmen stärker dazu motiviert werden sollten, Anreize für ihre Mitarbeiter zu setzen und Engagement als Teil der Personalentwicklungsstrategie zu definieren. Darüber hinaus sollten Unternehmen zum Thema Corporate Volunteering besser zusammenarbeiten und sich professionell beraten lassen. Zur Vorbereitung der Mitarbeiter auf den Ruhestand bzw. für den Übergang in ein Ehrenamt sei ein professionelles Übergangmanagement sinnvoll.

Das Forum verständigte sich darüber, dass jedes Engagement ein gewisses Maß an finanzieller Unterstützung benötige.

Als weiterer Punkt wurde der Nutzen von Social Days in Unternehmen im Forum diskutiert. Eine Teilnehmerin gab zu bedenken, dass Engagement nachhaltig sein sollte. Dies sei bei einem Social Day nicht unbedingt gegeben. Entgegnet wurde, dass Social Days auch sinnvoll sein können, wenn sie der Zielsetzung beider Seiten entsprechen. Interessant könnte in diesem Zusammenhang eine thematische Bündelung zum Unternehmen sein, beispielsweise für die Entwicklung von Patenprogrammen.

Abschließend gab Peter Kusterer zu bedenken, dass Unternehmen kaum Veranstaltungen zum Themenfeld bürgerschaftliches Engagement wahrnahmen. Dies sei auch ein Problem der Zivilgesellschaft, denn entsprechende Angebote müssten auch für Unternehmen attraktiv sein. Der Name „Ehrenamt“ habe dabei – seiner Meinung nach – ein Brandingproblem. Erfahrungen eines Social Days seien jedoch eine gute Möglichkeit, sich kennenzulernen.



Forum 6

Erfahrung nutzen – Engagementprojekte in die Fläche bringen

Begrüßung und Moderation

- Annabel von Klenck, Programmdirektorin, Common Purpose

Referenten

- Julia Meuter, Projektleiterin Effekt[®], Bundesverband Deutscher Stiftungen
- Dr. Susanne Nonnen, Geschäftsführerin, Senior Experten Service Stiftung

Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden. Trotzdem werden noch immer knappe zeitliche, finanzielle und personelle Ressourcen darauf verwendet, vermeintlich innovative Projekte zu entwickeln, die sich so oder in leicht modifizierter Form in der Praxis bereits als Erfolg oder Fehlschlag erwiesen haben. Im Guten wie im Schlechten werden so teure Fehler wiederholt anstatt aus den Erfahrungen anderer Pilotprojekte zu lernen. Gut gemeint heißt daher nicht immer auch gleich gut gemacht. Aus diesem Grund zielt das Forum 6 darauf ab, Wissen zum Transfer erfolgreicher Engagementprojekte zum Thema älterer Menschen zu vermitteln und Praktiker in diesem Feld zu vernetzen.

Zu Beginn stellte Julia Meuter grundlegende Ansätze des Projekttransfers vor. Grundsätzlich könnten hier drei Methoden unterschieden werden, um Projekte bzw. Konzepte an andere Organisationen weiterzugeben:

1. Die offene Verbreitung ist die informellste Form der Weitergabe eines Projekts. Entsprechend liegt der Schwerpunkt dieser Transfermethode auf der Weitergabe von Informationen über das Projekt, auf deren Basis eine lokale Einrichtung das Projekt dann weitestgehend eigenständig und unabhängig vom persönlichen Engagement des Projektgebers umsetzen kann.
2. Bei der Eröffnung von Filialen kümmert sich die zentrale Organisation um die Ver-

waltungsaufgaben und die strategische Führung und Organisation des Projektes, während sich die lokalen Standorte auf die operative Umsetzung konzentrieren.

3. Der Begriff Social Franchising bezeichnet die Weitergabe eines weitgehend standardisierten Projektrahmens, also eines Organisations- und Betriebskonzeptes, das von den Projektnehmern unter Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten umgesetzt und betrieben wird.

Je komplexer ein Projekt oder Konzept sei, desto wichtiger werde eine enge Kooperation, um das Projekt erfolgreich umzusetzen.

Um ein Praxisbeispiel für einen erfolgreichen Projekttransfer in der Seniorenarbeit zu geben, berichtete Frau Dr. Susanne Nonnen von den Erfahrungen der Senior Experten Service Stiftung bei der Umsetzung ihrer Projekte in verschiedenen Städten und Ländern. Grundlegend, so Frau Dr. Nonnen, sei der Ansatz, stets eine Win-win-Situation für alle Beteiligten bewirken zu wollen. Voraussetzung und wichtiges Erfolgskriterium dafür sei es, die Bedarfe der jeweiligen Stakeholder (Anspruchsgruppen) zu identifizieren und – ausgehend von einer methodisch sauberen Analyse der Situation – auch die Interessen und Ziele (unter Umständen auch eine „hidden agenda“) zu klären und möglichst zu synchronisieren. Besonders zu Beginn der Zusammenarbeit bedürfe es einer intensiven Kommunikation, um eine gemeinsame Sprache zu finden und eine gemeinsame Vision sicherzustellen. Ziel der Stiftung sei vor allem eine nachhaltige Zusammenarbeit. Auch hierfür sei eine intensive Kommunikation unabdingbar, die nicht nur sachliche Informationen, Wissen, Kompetenzen vermittele, sondern auch einen persönlichen Bezug herstelle. Damit versteht die Referentin unter Nachhaltigkeit auch ein Vertrauensverhältnis zwischen den Partnern. Als weiteren wichtigen Erfolgsfaktor beschrieb Frau Dr. Nonnen solche ehrenamtlichen Mitarbeiter, die sich besonders

| Bertelsmann Stiftung

In Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung



mit dem Projekt identifizieren und es merkbar prägen. Wichtige Herausforderung für den Projekttransfer sei die Balance zwischen inhaltlicher Verbindlichkeit einerseits und der notwendigen Flexibilität bei der Umsetzung auf lokaler Ebene andererseits.

Der Senior Experten Service generiere entsprechende finanzielle Ressourcen vor allem über eine Strukturfinanzierung (für den Einsatz eines ehrenamtlichen Senior Experten wird eine Pauschale erhoben). Damit sei der Senior Experten Service eher eine Ausnahme im Sektor, der Gemeinkosten zumeist nicht über Zuwendungen finanzieren könne. Die Partner vor Ort trügen hingegen die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und eventuell ein Taschengeld für den Senior im Einsatz. Für einzelne spezifische Projekte gelinge dem Senior Experten Service auch die Einwerbung von Landesmitteln oder Spenden aus der Wirtschaft.

Angeregt von den Impulsvorträgen diskutierten die Teilnehmer des Forums in Kleingruppen die Themen Finanzierung, Qualitätsmanagement und Rahmenbedingungen beim Projekttransfer. Im Anschluss wurden die wichtigsten Ergebnisse präsentiert:

a) Finanzierung von Projekttransfer

Um weitere, potenzielle Förderpartner für den Projekttransfer zu gewinnen, sei es wichtig, deren Interessen zu berücksichtigen und konzeptionell aufzugreifen. Darüber hinaus sollten Projektgeber und -nehmer eine Kommunikationsstrategie aufsetzen, die darauf abzielt, den Mehrwert aus einem finanziellen Engagement für potenzielle Partner klar und deutlich herauszustellen. Manchmal – so wird kritisiert – fehle Sicherheit bei der Formulierung entsprechender Nutzen- und Wirkungsbotschaften. Die Kernbotschaft sollte deutlich machen, dass ein Problem bislang ungelöst geblieben ist, obwohl ein erprobtes Lösungskonzept bereits vorhanden ist, anstatt eine bloße Problemdiagnose zu liefern. Das Plenum formulierte ferner die Forderung, Kommunen müssten die Infrastrukturförderung entsprechender Projekte und Einrichtungen als Pflichtaufgabe ansehen. Insbesondere Gemeinkosten seien am schwierigsten zu finanzieren, aber gerade diese seien Voraussetzung für einen erfolgreichen Projekttransfer. In Bezug auf neue Ansatzpunkte für das Fundraising von Projekttransfer verwies das Plenum an kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die in diesem Zusammenhang bisher eher selten angesprochen würden, obwohl sie aufgrund ihrer historisch gewachsenen und stark lokal ausgeprägten sozialen Verantwortung eine wichtige Gruppe potenzieller Förderpartner darstellten.

b) Qualitätssicherung und -management beim Projekttransfer

Um zu gewährleisten, dass ein Projekt in anderen Städten in gleicher Qualität umgesetzt wird, sei es in erster Linie notwendig, den Projekttransfer zu evaluieren. Bevor ein Projekt flächendeckend verbreitet werde, müsse ein Pilot-Projekttransfer durchgeführt werden. So ließen sich Fehler bei der Transferplanung, der Partneridentifikation und -selektion sowie der Projektumsetzung reduzieren. Eine 1:1-Kopie des Projekts an einem neuen Standort sei in der Regel weder wünschenswert noch Erfolg versprechend, da die örtlichen Standortbedingungen sowie die Bedürfnisse (zum Beispiel Größe) und Möglichkeiten der Projektnehmer vor Ort (zum Beispiel Personal) meist zu stark variierten. Dennoch sollte es klare Vereinbarungen zwischen Projektgeber und -nehmer geben, beispielsweise zu den Schwerpunkten der Öffentlichkeitsarbeit, da beide Seiten andernfalls ein Problem mit der Messung der erbrachten Qualität haben. In diesem Zusammenhang spiele auch die Schulung von Personal eine wichtige Rolle, wobei diese einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen Projektgeber und -nehmer voraussetzt, um voneinander zu lernen.

c) Rahmenbedingungen zur Förderung von Projekttransfer

Es wurde festgestellt, dass der Bedarf und die Bereitschaft, Projekte zu verbreiten, durchaus vorhanden seien. Auch an der lokalen Finanzierung der Umsetzung vor Ort fehle es nicht. Jedoch verfügten potenzielle Projektgeber und -nehmer oftmals nicht über das notwendige Personal oder die Zeit, einen Projekttransfer zu initiieren. Um Projekttransfer zu fördern, bedürfe es einer qualifizierten Beratung, die vor allem bei technischen Voraussetzungen, wie der Erstellung eines Businessplans, helfe. Die Gruppe schlug vor, ein Konzept zur Ausbildung von „Transfermanagern“ zu erarbeiten. Außerdem müsse es stets Personen geben, die sich für den Erfolg des Projekttransfers einsetzen. Hier könne die Förderung von „Vorantreibern“ helfen, die von Ort zu Ort reisen und das Projekt implementieren. Wichtige Rahmenbedingung sei darüber hinaus, dass sowohl Unternehmen als auch Kommunen in das Transfervorhaben einbezogen werden. Eine Grundvoraussetzung, damit ein wechselseitiger Lern- und Austauschprozess zwischen Projektgebern- und -nehmern zustande kommt, liege insbesondere in der benötigten Basisinfrastruktur wie zum Beispiel Plattformen zur Förderung der gegenseitigen Wissensvermittlung.



Ergebnisse der Foren

Die Ergebnisse aus den sechs Foren wurden am Nachmittag in Form von Thesen im Plenum vorgestellt:

Forum 1

Möglichkeiten und Grenzen gemeinschaftlicher Wohnprojekte

1. Der Erfahrungsaustausch und die Beratung für gemeinschaftliche Wohnprojekte muss koordiniert werden (damit nicht alle wieder von vorn anfangen müssen).
2. Es bedarf einer integrativen Zusammenarbeit von Bürgern, Stiftungen, der öffentlichen Hand und anderen, um Wohngruppen für alle Einkommensgruppen finanzieren zu können. Andernfalls bestehe die Gefahr, bestimmte Personengruppen wie Frauen oder sozial Schwache zu benachteiligen
3. Die Seriosität von Wohnprojekten sowie die Chancen, die sich durch diese auch für Partnerschaften mit der Wohnungs- und Finanzwirtschaft ergeben, müssen vermittelt werden.

Forum 2

Häusliche Pflege: Nachbarschaftsprojekte zur Verbesserung der Lebensqualität

1. Fokussierung auf „Alte für Alte“ ist gefährlich, aber die Älteren bieten das größte Potenzial für diese Projekte, und Ältere tun gern auch etwas für andere Generationen.
2. Es bedarf neuer Begrifflichkeiten: Hilfe wird als schwieriger Begriff empfunden, hilfsbedürftig wird mit hilflos assoziiert. Wichtig sei es, dass bei Nachbarschaftsprojekten nicht einerseits in Geber und andererseits in Nehmer unterschieden wird, sondern dass das Gegenseitige und das Miteinander/Füreinander herausgestellt werden.
3. Nachbarschaft muss gestaltet werden. Das geht nur involvierend-partizipativ. Menschen lassen sich vor Ort bewegen, wenn sie zunächst nach ihren Bedürfnis-

sen gefragt werden. Die Gestaltung gelingt eher bei begleitenden/stützenden Strukturen, wobei am besten Vorhandenes genutzt werden sollte.

4. Im Bereich der häuslichen Pflege besteht Konkurrenz zwischen den im Bereich Angestellten (Niedriglohnssektor) und den ehrenamtlich Tätigen. Geringverdienende Pfleger/Pflegedienste sehen sich durch Ehrenamtliche in ihrer Existenz bedroht. Es muss ausgelotet werden, wie sich Hauptamtliche und Ehrenamtliche zum Wohl der Pflegebedürftigen am besten in ihrer Arbeit ergänzen.
5. Ist eine aktive Nachbarschaft bei Menschen mit Migrationshintergrund, jedenfalls in großfamiliären Strukturen, oft ausgeprägter?

Forum 3

Partizipation von Senioren im Gemeinwesen am Beispiel des Community Organizing

1. Community Organizing richtet sich an alle Bürger und eignet sich als generationsübergreifender Ansatz für bürgerschaftliches Engagement. Senioren haben jedoch häufig spezifische Vorteile, die sie in Community Organizing einbringen können: oft mehr zeitliche Flexibilität, Erfahrungen, ...
2. Senioren mit Migrationshintergrund sind bisher eher selten in Community Organizing eingebunden – diese Gruppe müsste gezielter angesprochen werden.
3. Community Organizing entwickelt sich in Deutschland. Mittlerweile gibt es zehn Organizer.

Forum 4

Senioren-Kompetenzen für mehr Lebensqualität und gesellschaftlichen Zusammenhalt

1. Die Entwicklung einer neuen „Alterskultur“ muss sich auch in den örtlichen Engagementformen und -strukturen wiederfinden. Hierzu gehören Formen der Ansprache, passgenauere Zugänge und Anerken-

nung, Information, Medienpräsenz, ein ausreichender Versicherungsschutz, aber auch eine stärkere Offenheit der Institutionen und Einrichtungen. Teilhabe und Mitwirkung als Gestaltungsprinzipien müssen im Verwaltungsdenken, im Gemeinwesen und in den Organisationen erfahrbar werden.

2. Bürgerschaftliches Engagement gehört zur Daseinsvorsorge in den Kommunen.
3. Neben der Sicherung der Infrastruktur für die Ermöglichung von bürgerschaftlichem Engagement älterer Menschen müssen Lernprozesse und Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche und Hauptamtliche in Verwaltung, Einrichtungen, Verbänden und Initiativen verstärkt gefördert werden.
4. Investitionen in die Förderung des Engagements und der Partizipation der Bürger (in Infrastruktur, Begleitung, Bildung, Bürgerbeteiligungsverfahren etc.) sind aus sozialpolitischer Sicht Investitionen in die Demokratie.
5. Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Effizienz gewinnt die Engagementförderung als Aktivierung engagierter Bürgerinnen und Bürger und als Mobilisierung von Ressourcen eine besondere Bedeutung. Die zivilgesellschaftlichen Akteure und die Wirtschaft sollten sich im Sinne des Welfare-Mix angemessen an diesen Investitionskosten beteiligen.

Forum 5

Bürgerengagement im Übergang in die nachberufliche Lebensphase

1. Es fehlt an demografiebewusstem Personalmanagement.
2. Human Resource-Abteilungen machen viel für Beschäftigungsfähigkeit, koppeln dies jedoch selten mit bürgerschaftlichem Engagement. Bürgerschaftliches Engagement stellt hier eine unentdeckte Ressource dar.

3. Unternehmen haben wenig Praxiserfahrung in diesem Bereich. Es gibt nur wenige Beispiele mit Vorbildcharakter, die zum Nachahmen anregen.
4. Engagementgelegenheiten und -ressourcen müssen trisektoral besser abgestimmt werden.
5. Es fehlt an lokaler Koordinierung/Kommunikation mit und für das Unternehmen.
6. Engagementbiografien müssen langfristig und nicht kurz vor der Rente entwickelt werden.
7. Unternehmen müssen sich professionell beraten lassen und in Management der Chance investieren.

Forum 6

Erfahrung nutzen – Engagementprojekte in die Fläche bringen

1. Der Verbreitungsbedarf und das -potenzial von erfolgreichen Projekten sind riesig.
2. Projekttransfer benötigt einen zentralen Service, kompetente individuelle Beratung (consultants) und lokale vernetzte Strukturen. Es fehlt eine systematische Ausbildung entsprechender Berater.
3. Qualitätsmanagement und Investitionen in den Prozess erhöhen die Erfolgs-wahrscheinlichkeit – Projekttransfer ist kein Kinderspiel.
4. Eine Förderung für entsprechende Infrastruktur ist am schwierigsten zu bekommen, obwohl dies besonders chancenreich ist für den Projekttransfer. Kommunen/die öffentliche Hand eignen sich als Geldgeber oft nicht. Kleine und mittelständische Unternehmen vor Ort und Stiftungen bieten sich daher als Kooperationspartner an.
5. Es bräuchte eine verstärkte Initiative für die Popularisierung von Projekttransfer und für die Generierung dafür notwendiger Ressourcen.

Abschlussplenum

Teilnehmer

- Prof. Dr. Adalbert Evers, Justus-Liebig-Universität Gießen
- Markus Grübel, MdB, Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag
- Loring Sittler, Leiter, Generali Zukunftsfonds
- Roswitha Verhülsdonk, Mitglied des Vorstands, Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen

Moderation

- Elisabeth Niejahr, Journalistin, DIE ZEIT

Im Anschluss wurden im Rahmen einer Podiumsdiskussion die strategischen Empfehlungen zur Stärkung des Seniorenengagements diskutiert. Auf Elisabeth Niejachs einführende Frage nach der Zielsetzung der „Diedersdorfer Impulse“ erklärte Roswitha Verhülsdonk, dass diese darauf abzielten, mehr ehrenamtlich tätige Senioren zu gewinnen, daneben aber auch deren Lebensqualität durch das Engagement zu verbessern. Darüber hinaus richteten sich die Empfehlungen insbesondere an politische Entscheidungsträger Gerade die kommunalen Verwaltungen seien gefordert, älteren Engagierten mit mehr Ernsthaftigkeit entgegenzutreten. Viele Projekte von Senioren scheiterten daran, dass es dafür kein Geld gebe, da das Thema nicht ernst genug genommen würde, skizzierte Verhülsdonk die Problematik. Es sei allerdings ein „langsamer Prozess des Umdenkens“ zu beobachten. Die Bereitschaft steige, „ältere Menschen so zu nehmen, wie sie sind“.

Der Bundestagsabgeordnete Markus Grübel verwies darauf, dass es zwar einige interessante Wohnprojekte für Ältere gebe, diese jedoch eher überschaubaren Gruppen vorbehalten blieben. Die Kosten spielten da eine große Rolle. Zudem mangle es an der Bereitschaft,

frühzeitig den eigenen Wohnsitz zu verlassen und in eine Art „Alten-WG“ zu ziehen, sodass man selbst noch in der Lage sei, Hochbetagten zu helfen. Für Grübel stehe die Breitenwirkung im Vordergrund. Bedeutsam sei, den Übergang vom Beruf in den Ruhestand sensibel zu gestalten. Grübel verwies in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Volkswagen, wo diese Fragestellung offensiv angegangen werde. Ein Schlüssel, den Problemen der demografischen Entwicklung zu begegnen, seien ferner „barrierearme Strukturen“.

Loring Sittler widersprach der These, dass barrierearme Gebäude der praktikabelste Ansatz seien, die Wohnsituation den demografischen Gegebenheiten anzupassen. „Wer soll das bezahlen?“, brachte Sittler seine Frage auf den Punkt. Mit den bestehenden Mitteln komme man nicht weiter. Vielmehr müsse die Chance genutzt werden, alternative Ansätze zum konventionellen Wohnen für mehr Menschen zu erschließen. Letztendlich sei das eine Frage des politischen Willens. Der Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Wohnprojekten müsse koordiniert werden. Die Schader Stiftung sei dabei beispielsweise vorbildlich. Insgesamt müsse bürgerschaftliches Engagement noch viel stärker in der Gesellschaft verankert werden. Dabei bedürfe es der Unterstützung durch die Wirtschaft, sodass bürgerschaftliches Engagement zum Bestandteil jeder Karriere werde.

Professor Evers betonte, dass die Gesellschaft durchaus unterschiedliche Ansätze verfolgen könne: „Wir müssen lernen, mit Ungleichzeitigkeiten zu leben.“ Er plädiere für Versuche von Minderheiten, auch wenn die sich nicht auf die gesamte Gesellschaft übertragen ließen.

Im Hinblick auf das bürgerschaftliche Engagement sei zu berücksichtigen, dass der Anteil von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zunehme. Diese fragten sich in stärkerem Maße, was ihnen derartiges Engage-



ment bringe. Doch sei das Thema hochaktuell: „Wir müssen über Hilfe reden, denn wir sind alle hilfebedürftig.“ Momentan sei der Zeitpunkt günstig für den quantitativen und qualitativen Aufbau von bürgerschaftlichem Engagement, da es eine Generation gebe, die in hohem Maße finanzielle Ressourcen gebildet habe, intellektuell die Bedeutung des Themas erkenne und sich darüber hinaus gern für andere einsetze. Diese Chance gelte es zu nutzen, um die Weichen für Zeiten zu stellen, in denen die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement schwieriger sein werden.

Elisabeth Niejahr warf die Frage auf, ob mit dem bürgerschaftlichen Engagement eine Konkurrenz zum Niedriglohnbereich entstehe. Verhülsdonk antwortete, dass es Ehrenamtlichen in der Regel nicht um die Entlohnung ginge. Dass ihnen Unkosten ersetzt würden und sie sich im Zuge des Engagements in gewisser Weise auch weiterbildeten, seien wichtigere Aspekte und damit auch wichtige Gestaltungselemente für bürgerschaftliches Engagement. Viele Menschen stellten im Ruhestand fest, dass die Freiheit, die sie haben, allein nicht glücklich mache. Engagement empfänden sie als Bereicherung. Zwischen den Geschlechtern gebe es allerdings Unterschiede hinsichtlich der Motivation. Während es Frauen hauptsächlich um soziale Verantwortung ginge, suchten Männer im Engagement Ehre und Prestige. Das zeige sich auch an den ausgewählten Einsatzbereichen.

Angesichts der Engagementbereitschaft älterer Menschen verwies Elisabeth Niejahr auf den steigenden gesellschaftlichen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und verband die Beobachtung mit der Frage, wie man diese Gruppe stärker einbeziehen könne. Sittler konstatierte zunächst ein Defizit. Neue Ansätze seien notwendig, wie zum Beispiel das Tandem-Modell, bei dem eine deutsche Organisation mit einer ausländisch geprägten Organisation zusammenarbeite. Zentral sei, dass Engagement nicht von oben verordnet werde, sondern von unten wachse. Es ginge daher um ein „empowerment“ (Selbstermächtigung) dieser Gruppe älterer Migranten. Markus Grübel hielt das für ein Schlüsselthema. Man müsse Migranten mit besonderen Begabungen in bestimmte Gremien wie Kommunalräte wählen, die das bürgerschaftliche Engagement unter Migranten mittels Würdigung und Vorbilder befördern. Auch wenn es unter Umständen ein „demokratisches Geschmäckle“ gebe. Professor Evers gab zu bedenken, dass konkrete Projekte (zum Beispiel „Stadtteilmütter“) gut funktionierten, solche Ansätze daher sinnvoller seien, als das Engagement auf abstrakter Ebene voranzutreiben.

Viele Projekte würden durch Not bezie-

hungsweise einen Mangel an Alternativen beschlossen, stellte Elisabeth Niejahr fest und fragte, ob die Not einen Lernprozess bei staatlichen Akteuren auslöse, der dazu führe, stärker auf bürgerschaftliches Engagement zu setzen.

Markus Grübel bestätigte, dass die Haushaltsnot vieler Kommunen ein anderes Licht auf das bürgerschaftliche Engagement werfe. Der Staat dürfe sich bei hoheitlichen Aufgaben aber nicht aus der Verantwortung ziehen. Die Furcht vor dem „Notnagel-Argument“, also der Bürger, der staatliche Aufgaben übernehmen solle, müsse man sich abgewöhnen, wendete Loring Sittler ein. Die Menschen sollten ihr Leben selbst gestalten, und wollten das auch so, zumal die Lebenswirklichkeit einer komplexen Gesellschaft die Gestaltungsmöglichkeiten „von oben“ überfordere.

Roswitha Verhülsdonk antwortete mit dem Beispiel einer kleinen Kommune in Sachsen-Anhalt, in der aus Geldmangel die kommunale Bibliothek geschlossen werden sollte. Es fanden sich einige Bürger, die sich damit nicht abfinden wollten und ausreichend qualifiziert waren, um die Bibliothek ehrenamtlich weiterzuführen. Der Bürgermeister hätte jedoch sogar ablehnend reagiert und das Angebot aufgrund des Alters der Engagierten abgelehnt. Erst die Proteste der ansässigen Bevölkerung hätten die Politik dazu gebracht, die Bibliothek unter ehrenamtlicher Führung zu erhalten.

Professor Evers wollte definiert wissen, was zum Kern der staatlichen Aufgaben gehöre. Aus seiner Sicht gehe es nicht um die Formel „mehr oder weniger Staat“. Vielmehr ginge es darum, zu klären, wie sich die öffentliche Verantwortung anders organisiert. Aus dem Publikum kam der Kommentar, dass die Teilung zwischen Bürgergesellschaft und Wirtschaftsgesellschaft befremdlich sei. Sinnvoll sei es, Genossenschaften stärker in den Blick zu nehmen und deren Vorteile zu nutzen. Evers gab dem Recht, verwies aber darauf, dass die Niederlage der „Neuen Heimat“ noch nachwirke. Ein weiterer Teilnehmer kritisierte in der anschließenden Diskussion, dass es kein ausgeprägtes Bewusstsein für das Alter und das Altern gebe. In anderen Kulturen hätten Ältere eine bedeutsamere Stellung als in unserer. Eine Art Ältestenrat fehle. Roswitha Verhülsdonk stimmte zu, dass eine gewisse Verdrängung der Alten auch auf eine falsche Sichtweise zurückzuführen sei, nicht zuletzt, weil die Medien kein Interesse an dem Thema hätten. Vor allem brauche es realistische Alternativen. Die Journalistin Elisabeth Niejahr gab zu bedenken, dass die Gruppe der Älteren heterogener sei, als die der Jüngeren, die sich häufig noch stromlinienförmig verhalte. Die Älteren hätten ihren eigenen Stil entwickelt. Auch das gehöre ins Altersbild.



In der Schlussrunde forderte Roswitha Verhülsdonk zunächst, dass die jungen Alten nicht nur ihre Kinder unterstützen sollten, sondern auch die Hochbetagten. Die Alten dürften den Kontakt zur Jugend nicht verlieren. Dieser transgenerationale Austausch wirke wie „Kitt für die Gesellschaft“ und helfe, die Solidarität zwischen den Generationen aufrechtzuerhalten. Der Bundestagsabgeordnete Grübel sagte, der demografische Wandel sei zwar Chance und Herausforderung, Idealisierungen könne man sich aber sparen. Hingegen seien Lob und Anerkennung für den weiteren Ausbau bürgerschaftlichen Engagements essenziell. Denn es gelte: Bürgerschaftliches Engagement muss Spaß machen. Wer den nicht habe, solle und werde sich lieber einer anderen Tätigkeit zuwenden. Auf die Volkshochschule als eine von vielen bereits bestehenden Mög-

lichkeiten der generationenübergreifenden Bürgerbeteiligung verwies Professor Evers in seinem Schlussplädoyer. Freiwilligendienste müssten beispielsweise für alle Generationen attraktiv und zugänglich bleiben. In Kooperation mit Unternehmen müsse auch das Arbeitsleben offener für ältere Menschen gestaltet werden. Evers hält dabei den staatlichen Einfluss für unersetzlich. „Nullverantwortung der Kommunen“ sei nicht akzeptabel. Schließlich betonte auch Herr Sittler, dass man die Anerkennung für freiwilliges Engagement weiter stärken müsse. Dies geschehe etwa über die Kampagne „Geben gibt.“. Ein wichtiger Ansatz für die Zukunft sei zudem der Transfer von gemeinnützigen Projekten auf andere Träger und Regionen, so dass gute Ideen weiter gestärkt würden, anstatt nach Ablauf eines Förderzeitraumes beendet zu werden.



Anhang

Referentinnen und Referenten

Stefan Bischoff, ISAB-Institut

Der studierte Soziologe Stefan Bischoff ist seit 1996 Mitarbeiter des ISAB-Instituts mit den Schwerpunkten Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe, Engagement unterstützende Infrastruktur, Sozial- und Seniorenpolitik, Demografischer Wandel sowie Arbeitsmarktpolitik. Er hat zahlreiche Modellprogramme auf Bundesebene wissenschaftlich begleitet und koordiniert. Stefan Bischoff berät Kommunen, Verbände und Einrichtungen in Fragen der Engagementförderung und Seniorenpolitik und führt Organisationsuntersuchungen durch. Zudem ist er in verschiedenen Netzwerken der Engagementförderung auf Landes- und Bundesebene aktiv.

Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner

Der studierte Mediziner und Soziologe Klaus Dörner leitete von 1980 bis 1996 die Westfälische Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Neurologie in Gütersloh und prägte maßgeblich die deutsche Reformpsychiatrie. Darüber hinaus hatte er von 1986 bis 1996 den Lehrstuhl für Psychiatrie an der Universität Witten/Herdecke inne. Klaus Dörner ist Autor zahlreicher Publikationen, darunter „Tödliches Mitleid“ (1993), „Leben und Sterben, wo ich hingehöre“ (2007) und zuletzt „Helfende Berufe im Markt-Doping“ (2008). Er tritt seit Langem für die Abschaffung von Heimen ein und propagiert die Betreuung von Alten in Haus- und Pflegegemeinschaften. Von 2003 bis 2009 war er Mitglied des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

Prof. Dr. Adalbert Evers, Justus-Liebig-Universität Gießen

Der Politikwissenschaftler Adalbert Evers ist seit 1993 Professor für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Theorien des Sozialstaats und der Sozialpolitik, Dritter

Sektor und Zivilgesellschaft, persönliche soziale Dienstleistungen im internationalen Vergleich, Governance-Konzepte, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. Als Berater ist Adalbert Evers unter anderem für die Vereinten Nationen in Wien, die Bertelsmann Stiftung und den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge tätig. Darüber hinaus ist er Mitglied der International Society for Third-Sector Research (ISTR).

Prof. Dr. Hans Fleisch, Bundesverband Deutscher Stiftungen

Seit 2005 ist Hans Fleisch Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen. Der promovierte Jurist war nach Erfahrungen als Führungskraft in der Wirtschaft mehr als zehn Jahre lang in Leitungsfunktionen in Stiftungen tätig. Von 2000 bis 2006 war er ehrenamtlich Vorstandsvorsitzender der Stiftung Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung sowie weiterer Stiftungen; zudem ist er unter anderem Vorstandsmitglied der CinemaxX-Stiftung und Mitglied im Komitee von UNICEF Deutschland. Im Jahr 2007 wurde Hans Fleisch von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen für die Zeit bis Oktober 2009 zum ehrenamtlichen Beauftragten für Zivilengagement berufen. 2009 hat die Universität Hildesheim ihn zum Honorarprofessor bestellt.

Dr. Thomas Gensicke, TNS Infratest Sozialforschung GmbH

Thomas Gensicke ist Senior Consultant im Bereich Familie und Bürgergesellschaft bei TNS Infratest Sozialforschung, wo er nach einer zehnjährigen Tätigkeit und Promotion an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften seit 2001 arbeitet. Er ist Projektleiter des Freiwilligensurveys, der umfassendsten Befragung zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland, die im Auftrag der Bundesregierung (BMFSFJ) durchgeführt wird (1999, 2004, 2009). Zu seinen Arbeits-

schwerpunkten gehören die empirische Forschung zu Einstellungen und Werten, zur Jugend sowie zur politischen Beteiligung, zum freiwilligen Engagement und zu den Besonderheiten der neuen Bundesländer.

Markus Grübel, MdB

Seit 2010 leitet Markus Grübel als Vorsitzender den Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag. Der gelernte Notar ist seit 1986 Mitglied der CDU und seit 2002 Bundestagsabgeordneter. Markus Grübel ist seit 1989 Gemeinderatsmitglied der Stadt Esslingen am Neckar. Von 1999 bis 2002 war er Kreisrat des Landkreises Esslingen mit Schwerpunkt Soziales und von 1999 bis 2004 Mitglied der Regionalversammlung der Region Stuttgart. Neben politischen Ämtern engagiert er sich als Präsident des Blasmusikverbandes Esslingen e. V. und ist ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e. V.

Egbert Haug-Zapp, Wohnprojekt Ginkgo Langen

Egbert Haug-Zapp arbeitete als Pfarrer und Journalist überwiegend in der Fachpublizistik sowie Aus- und Fortbildung von Mitarbeitern in sozialen Berufen. Im Übergang in den Ruhestand wurde er 2001 Gründungsmitglied des Vereins Ginkgo Langen e. V., der sich um Möglichkeiten selbstständigen und gemeinschaftlichen Wohnens bemüht. Im Ginkgo-Haus in Langen wohnen seit 2007 30 selbstständige Bewohner im Alter zwischen 62 und 86 Jahren im Verbund mit zehn Bewohnern einer „Ambulant betreuten Wohngruppe für demenziell Erkrankte“.

Annabel von Klenck, Common Purpose e. V.

Annabel von Klenck ist seit 2008 als Rechtsanwältin im Stiftungsbereich, als Mediatorin, Berufsorientierungsberaterin und Programmdirektorin bei Common Purpose e. V. tätig. Neben weiteren beruflichen Stationen war sie im Personalbereich der Deutschen Bahn AG tätig, übernahm in einer Treuhandanstalt/Nachfolgeorganisation die treuhänderische Verwaltung von SED-Parteivermögen und arbeitete für eine überörtliche Rechtsanwaltssozietät in Düsseldorf. Von 2000 bis 2007 war sie Geschäftsführerin der Stiftung Mercator in Essen.

Prof. Dr. Andreas Kruse, Ruprechts-Karls Universität Heidelberg

Andreas Kruse ist seit 2007 Dekan der Fakultät für Verhaltens- und Empirische Kulturwissenschaften und seit 1997 Direktor des Instituts für Gerontologie der Universität Heidel-

berg. Seit 1998 ist er darüber hinaus Mitglied der Altenberichtscommission der Bundesregierung, Vorsitzender der Dritten, Fünften und Sechsten Altenberichtscommission, seit 2003 mitverantwortlich für die Ausrichtung des European Master in Gerontology und seit 2006 Vorsitzender der Kommission „Altern“ der Evangelischen Kirche Deutschland. Seine Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem in: Kompetenzen im Alter, Formen produktiven Alters, Politische Dimensionen des Alterns, Rehabilitation sowie Fragen der Ethik.

Peter Kusterer, IBM Deutschland

Peter Kusterer verantwortet seit 2008 den Bereich Corporate Citizenship & Corporate Affairs der IBM in Deutschland. Seit 1984 – mit einer Unterbrechung von 2005 bis 2007 – in der IBM, hatte er verschiedene nationale und internationale leitende Positionen in den Bereichen Vertrieb, Produktmarketing und bei IBM Business Partnern inne.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Ursula Lehr, Bundesministerin a. D.

Seit November 2009 ist Ursula Lehr Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen. Von 1986 bis 1998 war sie Inhaberin des Lehrstuhls für Gerontologie an der Universität Heidelberg und bekleidet seit 2000 den Marie Curie-Lehrstuhl der Europa-Universität in Yuste, Spanien. Von 1988 bis 1991 war Ursula Lehr Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und anschließend bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Als Wissenschaftliche Sachverständige ist sie aktiv in verschiedenen Kommissionen und Mitglied mehrerer internationaler Gesellschaften.

Brigitte Manke, Thüringer Ehrenamtsstiftung

Brigitte Manke ist seit der Gründung 2002 Geschäftsführerin der Thüringer Ehrenamtsstiftung. Darüber hinaus hat sie ein kommunales Jugendamt aufgebaut und geleitet und war danach sieben Jahre stellvertretende Leiterin des Landesjugendamtes in Thüringen. Von Hause aus ist sie Lehrerin und Diplom-Verwaltungswirtin.

Dietmar Meister, Generali Deutschland Holding AG

Seit 2002 ist Dietmar Meister im Vorstand der Generali Deutschland Holding AG (vormals AMB Generali Holding AG), seit 2007 als Sprecher des Vorstands. Zuvor war der studierte Mathematiker und Betriebswirt seit 2000 im Vorstand der CosmosDirekt-Versicherungsgesellschaften und ab 2001 Vorstandsvorsitzen-

der. Bis 2000 war Meister in der AMB Aachener- und Münchener Beteiligungs-AG tätig, ab 1999 als Generalbevollmächtigter.

Julia Meuter,

Bundesverband Deutscher Stiftungen

Julia Meuter ist Leiterin des Projekts „Effektⁿ – Methoden erfolgreichen Projekttransfers“, dessen Träger der Bundesverband Deutscher Stiftungen und die Bertelsmann Stiftung sind. Nach ihrem Studium der Europäischen Politik an der Cardiff University und University of Bath war sie zunächst am American Institut for Contemporary German Studies (AICGS) in Washington, D.C., und der Atlantischen Initiative in Berlin tätig. 2007 wechselte Julia Meuter zum Bundesverband, wo sie zunächst maßgeblich in das Social Franchise Projekt involviert war.

Dr. Peter Michell-Auli,

Kuratorium Deutsche Altershilfe

Peter Michell-Auli leitet als Diplom-Volkswirt, TQM-Auditor und ZOOP-Moderator seit April 2008 die Geschäfte des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA). Von 2004 bis 2007 leitete er das Referat für strategische Unternehmensentwicklung und -steuerung der Zieglerschen Anstalten e. V. in Wilhelmsdorf. Beim AOK Bundesverband war er Referent für stationäre Pflege und Hospize. Außerdem arbeitete er als Wirtschaftsprüfungsassistent für die Prüfungsgesellschaft für Kirche und Diakonie im Rheinland mbH und war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialpolitik der Universität Köln.

Dr. Renate Narten, Büro für sozialräumliche Forschung und Beratung

Renate Narten gründete 1996 das Büro für sozialräumliche Forschung und Beratung, das sich mit dem Zusammenhang von gebauter Umwelt und sozialem Verhalten beschäftigt. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in der Erforschung neuer Wohnformen im Alter und der Möglichkeiten eines langen, selbstständigen Wohnens in der eigenen Wohnung. Sie berät Wohnungsunternehmen, Wohlfahrtsverbände, Architekten und Kommunen beim Bau altersgerechter Wohnungen und bei der Entwicklung von Quartierskonzepten. Darüber hinaus ist sie ehrenamtlich im Forum für gemeinschaftliches Wohnen und in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsanpassung engagiert.

Elisabeth Niejahr, DIE ZEIT

Elisabeth Niejahr arbeitet seit 1999 im Hauptstadtbüro der Wochenzeitung DIE ZEIT, momentan als politische Reporterin,

zeitweise als stellvertretende Leiterin des Büros. Vorher war sie sieben Jahre beim „Spiegel“ in Bonn und Berlin als Korrespondentin beschäftigt. Sie beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Fragen des demografischen Wandels, hat in zahlreichen Ländern dazu recherchiert, in verschiedenen Demografie-Kommissionen mitgewirkt und 2005 das Buch „Alt sind nur die anderen. So werden wir leben, lieben und arbeiten“ geschrieben. Elisabeth Niejahr hat Volkswirtschaftslehre in Köln und Washington studiert, parallel dazu verlief ihre Ausbildung an der Kölner Schule für Wirtschaftsjournalisten.

Dr. Susanne Nonnen,

Senior Experten Service Stiftung (SES)

Susanne Nonnen ist seit 2000 alleinige Geschäftsführerin des SES. Nach dem Studium der Agrarwissenschaften und fast zehn Jahren Auslandsaufenthalt in Lateinamerika und Afrika kam sie 1990 zur SES. Dort war sie zunächst Projektreferentin für die SES-Tätigkeit in den neuen Bundesländern. 1995 übernahm sie die Leitung der Projektabteilung und wurde 1996 zur stellvertretenden Geschäftsführerin ernannt. Susanne Nonnen ist zudem Vorstandsmitglied im Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee (AKLHÜ), in dem sich Organisationen zusammengeschlossen haben, die Entwicklungshelfer oder Freiwillige in Entwicklungsländer entsenden.

Celina Pagani-Tousignant,

Normisur International

Celina Pagani-Tousignant ist Präsidentin und Gründerin von Normisur International, einem international tätigen Management-Beratungsunternehmen, das unter anderem auf Corporate Social Responsibility (CSR) und bürgerschaftliches Engagement spezialisiert ist. Sie ist Mitglied der Fakultät des Boston College Center for Corporate Citizenship und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Sloan Center for Aging & Work des Boston College.

Mohammad Abdul Razzaque,

Initiative Berliner Muslime

Mohammad Abdul Razzaque ist Vorsitzender der Initiative Berliner Muslime (IBMUS), die den friedlichen Dialog mit anderen Religionsgemeinschaften sucht. Zudem ist er Gründungsmitglied der Bilal Moschee im Berliner Stadtteil Wedding, die in der Bürgerplattform Wedding/Moabit „Wir sind da!“ Mitglied ist. Darüber hinaus setzt sich Mohammad Abdul Razzaque für Berliner Muslime in der Krankenhaus- und Gefängnisseelsorge ein. Er war als Erzieher in der Friedensburg Oberschule tätig und hat verschiedene generationenübergreifende Projekte durchgeführt.

Jürgen Chr. Regge, Fritz Thyssen Stiftung und Bundesverband Deutscher Stiftungen

Seit 2002 ist Jürgen Chr. Regge Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und seit 2008 dessen stellvertretender Vorsitzender. Seit 1998 ist er Vorstand der Fritz Thyssen Stiftung. Der studierte Jurist ist seit 1974 in der Fritz Thyssen Stiftung tätig.

Dieter Rehwinkel, Centrum für Corporate Citizenship Deutschland (CCCD)

Dieter Rehwinkel leitet im CCCD den Arbeitsbereich Fortbildung und nimmt Aufgaben der Projekt- und Organisationsentwicklung wahr. Daneben ist der studierte Germanist, Soziologe, Sport- und Politikwissenschaftler mit „Transkultur. Interkulturelle Projektagentur“ selbstständig tätig. Bis 2008 hat Dieter Rehwinkel als Gründungsgeschäftsführer zwölf Jahre lang die internationale Stiftung Genshagen aufgebaut und geleitet. Ab 1992 arbeitete er in Brandenburg, wo er bei der Landesagentur für Struktur und Arbeit die Fortbildungsakademie aufbaute und Abteilungsleiter für Öffentlichkeitsarbeit und Information war.

Ines Schilling, Förderverein des Kiezklub KES

Seit 2001 leitet die studierte Sozialpädagogin und Freiwilligenkoordinatorin Ines Schilling eine generationenübergreifende Freizeitstätte in Berlin Schöneweide. Ihr Schwerpunkt liegt in der Arbeit mit Senioren. Seit 2002 ist Ines Schilling aktives Mitglied in der Bürgerplattform „Menschen verändern ihren Kiez – Organizing Schöneweide“. Darüber hinaus ist sie als Mitglied beim Runden Tisch „Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe“ der Berliner Bezirke aktiv.

Rudolf Schmidt, Stiftung ProAlter für Selbstbestimmung und Lebensqualität

Rudolf Schmidt ist Vorsitzender der 2007 gegründeten Stiftung ProAlter und stellvertretender Vorsitzender des Kuratorium Deutsche Altershilfe, Köln. Von 1994 bis 2003 war er Prälat der Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck und von 1973 bis 1994 unter anderem als leitender Pfarrer der Evangelischen Altenhilfe Gesundbrunnen e. V., Hofgeismar, tätig.

Annette Scholl, Kuratorium Deutsche Altershilfe

Seit 1993 ist Annette Scholl Referentin im Kuratorium Deutsche Altershilfe. Als Projektmanagerin hat die Europa-Wissenschaftlerin und Diplom-Sozialarbeiterin langjährige Erfahrungen in der europäischen Seniorenpolitik und gemeinwesenorientierten Senioren-

arbeit, vor allem in den Arbeitsfeldern Wohnen und bürgerschaftliches Engagement von und mit älteren Menschen. Seit 2003 setzt sich Annette Scholl intensiv mit internetgestütztem Lernen und Arbeiten zu Themen der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit wie Aufbau „lebendiger“ Nachbarschaften, Motivation älterer Freiwilliger und Altersdiskriminierung auseinander.

Petra Schwarz

Die studierte Kulturwissenschaftlerin (Diplom) ist seit 1981 journalistisch unterwegs: bis 1991 bei Jugendradio DT64, bis 2005 beim Sender Freies Berlin/Rundfunk Berlin-Brandenburg (Hörfunk und Fernsehen), bis 2006 beim Mitteldeutschen Rundfunk und nun ausschließlich als „Freie“. Von 2007 bis 2009 hat sie Erfahrungen als Pressesprecherin des Berliner Senators für Wirtschaft, Technologie und Frauen gesammelt. Sie konzipiert und moderiert Tagungen, Konferenzen, Podiumsdiskussionen und Gala-Veranstaltungen und ist als Seminarleiterin/Dozentin für Medienkommunikation/Präsentation tätig.

Loring Sittler, Generali Zukunftsfonds

Neben seinem vielseitigen ehrenamtlichen Engagement ist Loring Sittler seit 2008 einer der beiden Leiter des Generali Zukunftsfonds. Zuvor war der studierte Anglist, Geschichts- und Politikwissenschaftler im Bereich der staatsbürgerlichen außerschulischen Bildung, im Finanzsektor und im PR-Bereich tätig sowie 13 Jahre Geschäftsführer beim Fortbildungswerk für Studenten und Schüler e. V. in Bonn.

Jutta Stratmann, Fachberatung für Sozialplanung und Bürgerengagement

Jutta Stratmann ist seit 1996 als selbstständige Fachberaterin in den Feldern der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit, kommunaler Seniorenpolitik sowie des Bürgerengagements tätig. In Kooperation mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe gibt sie regionale Workshops zu den Themenfeldern der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit, berät Kommunen, Verbände und Einrichtungen in der Seniorenarbeit und ist in verschiedenen Netzwerken auf Landes- und Bundesebene aktiv. Zudem führt sie die Prozessbegleitung der vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen geförderten Projekte zum bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen in Nordrhein-Westfalen durch. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung war sie als Expertin im Projekt „Neues Altern in der Stadt“ tätig.

Agnes-Maria Streich, Deutsches Institut für Community Organizing

Als Community Organizerin am Deutschen Institut für Community Organizing (DICO) koordiniert die gelernte Chemielaborantin und Diplom-Sozialpädagogin (FH) Agnes-Maria Streich seit 2008 die politische Lobbyarbeit in der Bürgerplattform „Menschen verändern ihren Kiez/Organizing Schöne-weide“. Darüber hinaus ist sie seit April 2010 Lehrbeauftragte an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) im Bereich Stadtteilorientierte soziale Arbeit und ehrenamtlich in katholischen Fördervereinen und Jugendprojekten tätig.

Sabine Süß M. A., Schader-Stiftung

Seit 2007 ist die studierte Germanistin geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Schader-Stiftung. Von 2004 bis 2006 war sie Gründungsdirektorin des Deutschen Auswandererhaus (DAH) in Bremerhaven. Zuvor leitete Sabine Süß von 2001 bis 2004 die Geschäfte des Internationalen Forums für Gestaltung (IFG) GmbH an der Stiftung Hochschule für Gestaltung in Ulm. In den Jahren 1999 bis 2001 war sie geschäftsführende Gesellschafterin bei Computerkultur – Gesellschaft für Projektmanagement mbH in Berlin.

Susanne Tyll, Beratung – Fortbildung – Projektentwicklung

Susanne Tyll ist Diplom-Pädagogin, Politologin, Mediatorin und DCM Basic Userin. Ihre Arbeitsbereiche sind Beratung, Fortbildung und Projektentwicklung zum Wohnen im Alter und zu allen Fragen der Altenarbeit und des demografischen Wandels. Susanne Tyll hat Diaserien, Dokumentationen und Bro-

schüren erstellt zu Wohnberatung, Demenz, Unfallvermeidung, Hilfsmittel und anderes mehr. Sie ist Mitglied und eine der Sprecherinnen der LAG Wohnberatung NRW sowie in der BAG Wohnungsanpassung und arbeitet für Kommunen, Kreise, Wohlfahrtsverbände, Wohnungswirtschaft, Handwerk, Studieninstitute und Vereine.

Roswitha Verhülsdonk, Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen

Roswitha Verhülsdonk ist Ehrenvorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), zuvor war sie von 1996 bis 2006 deren Vorsitzende. Seit 1960 war sie als Referentin in der kirchlichen und staatsbürgerlichen Jugend- und Erwachsenenbildung tätig. Von 1969 bis 1992 war Roswitha Verhülsdonk Mitglied im Stadtrat von Koblenz und von 1972 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages für die CDU, wo sie von 1990 bis 1994 Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie und Senioren war.

Ursula Woltering, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros

Als Sozialplanerin der Stadt Ahlen ist die Diplom-Pädagogin Ursula Woltering für die Themen Seniorenarbeit, Hilfe- und Pflegebedürftigkeit sowie bürgerschaftliches Engagement zuständig. Zudem leitet sie das Integrationsteam der Stadt Ahlen. Sie ist seit 1992 die Geschäftsführerin des Vereins Alter und Soziales e. V., der das Seniorenbüro in Ahlen unterhält. Seit 2009 arbeitet Ursula Woltering im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros mit.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Adams, Christian

Geschäftsführer/Projektkoordination
ZWAR Zentralstelle NRW

Adomat, Marc

Beigeordneter für Schulen, Kultur, Jugend
und Sport der Stadt Leverkusen

Amrhein, Uwe

Geschäftsführer
Stiftung Bürgermut

Bachenhöhler, Gerd

Geschäftsführer
Freiwilligenzentrum Wildeshausen

Beißel, Klaus

Generali Deutschland Holding AG

Berg, Bernhard

Geschäftsführung
Generali Deutschland Immobilien GmbH

Berger, Roland

Vorstand
Stiftung Partner für Schule NRW

Betzing, Claudia

Stv. Geschäftsführerin, Abt. IVIU
IHK Köln

Biewer, Thomas

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Bischof, Theo

Vorstand
Kölsch Hätz Nachbarschaftshilfe

Bischoff, Stefan

Projektleiter
ISAB-Institut

Blaum, Christian

Associate Consultant
Axxessio GmbH

Blessing-Kapelke, Ute

Stv. Ressortleiterin Ressort
Chancengleichheit und Diversity
Deutscher Olympischer Sportbund

Blömker, Franz-Ludwig

Vorstandsmitglied
Städte-Netzwerk NRW e. V.

Bomplitz, Helga

Vorsitzende
Landesring Mecklenburg-Vorpommern des
Deutschen Seniorenrings e. V.

Böttcher, Bo-Frederik

Referent der Geschäftsleitung
con/energy AG

Braun, Joachim

Institutsleiter
ISAB-Institut

Bremen, Klaus

Geschäftsbereichsleiter
Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW

Brinkmann-Herz, Dr. Doris

Krieler Netz: Mehrgenerationen-
Nachbarschaft im urbanen Raum

Bubolz-Lutz, Prof. Dr. Elisabeth

Direktorin
Forschungsinstitut Geragogik

Büchner, Cornelia

Generali Versicherungen Hamburg

Bühner, Sebastian

Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Cohrs, Sybille

Conzen, Helga

Leiterin
Katholisches Forum für Erwachsenen- und
Familienbildung

Dengler, Susanne

Referentin
SPD-PV, AG SPD 60plus

Dietrich, Dr. Hartmut

Kurator
Kuratorium Deutsche Altershilfe e. V.

Dietz-Wallot, Hildegard

Projektleitung
Caritas-Betriebsführungs- und
Trägersgesellschaft mbH

Dörner, Prof. Dr. Dr. Klaus

Ehem. Lt. Arzt der Westf. Klinik für
Psychiatrie Gütersloh

Dunkel, Karin

Regionalkoordinatorin, Projekte, Mobile
Wohnberatung
Seniorenbüro der Stadt Hanau

Eberhard, Ulla

Geschäftsführerin
Kölner Freiwilligen Agentur e. V.

Eichert, Dr. Christof

Abteilungsleiter
Ministerium für Generationen, Familie,
Frauen und Integration des Landes NRW

Eisenacher, Heinz

Leitung
IDB Institut für Demographie und
Betriebswirtschaft

Endres, Christine

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement Bayern

Erdle, Thomas

Geschäftsführer
Kölner Gymnasial- und Stiftungsfonds

Erlbeck, Anja

Generali Deutschland Holding AG

Esser, Michael

Ehrenamtsstelle Bad Dürkheim

Evers, Prof. Dr. Adalbert

Justus-Liebig-Universität Gießen

Faude-Großmann, Christiane

Projektleiterin
Bürgersinn, Freiwilligenzentrum e. V.
Wiesbaden

Faust, Kirsten

Generali Deutschland Holding AG

Feils, Irene

Projektkoordinatorin
DRK Kreisverband Köln e. V.

Fettweis, Peter

Referatsleiter „Seniorenpolitik,
Lebensformen im Alter“
Ministerium für Generationen, Familie,
Frauen und Integration des Landes NRW

Fiedler, Michael

Stellvertreter
EFI-KompetenzTeam e. V.

Fleisch, Prof. Dr. Hans

Generalsekretär
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Flieger, Dr. Burghard

Vorstand
innova eG

Frey, Heinz

Geschäftsführer
DORV-Zentrum GmbH

Gensicke, Dr. Thomas

Senior Consultant
TNS Infratest Sozialforschung

Gerth, Ingrid

Stiftungsrätin
Beginnstiftung Tübingen

Gilon, Stefanie

Generali Deutschland Holding AG

Grieser, Harald

Senior Consultant
Stiftung Partner für Schule

Griffig, Karl Michael

Kolping Werk Deutschland

Grübel, Markus, MdB

Vorsitzender
Unterausschuss Bürgerschaftliches
Engagement im Deutschen Bundestag

Hackler, Erhard

Geschäftsführender Vorstand
Deutsche Seniorenliga e. V.

Hackler, Dieter

Leiter der Abteilung Ältere Menschen/
Wohlfahrtspflege/Engagementpolitik
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Halbrock, Gudrun

Stifterin
Gudrun Halbrock Stiftung zum Wohle
der Kinder

Hallay, Margaret

Projektmanagement
Stiftung Partner für Schule

Hankeln, Andrea

1. Vorsitzende
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freiwilligenagenturen e. V. (bagfa)

Harrer, Cornelia

Fachberaterin Offene Seniorenarbeit
Der Paritätische NRW

Haug-Zapp, Egbert

Vorstandsvorsitzender
Ginkgo Langen e. V.

Heberlein, Jobst

Vorstandsmitglied
Landesseniorenvertretung NRW

Heddendorp, Barbara

Regionalkoordinatorin, Projekte,
Öffentlichkeitsarbeit
Seniorenbüro der Stadt Hanau

Heinrich, Cathrin

Referentin Kampagne „Geben gibt.“
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Heite, Lisa

Studentische Mitarbeiterin
FH Dortmund

Hennig, Dr. Wolfgang

Ford Community Involvement-Program/
Corporate Volunteering
Ford-Werke GmbH

Hensel, Stefanie

Stabsstelle NAiS & Steuerungs-
unterstützung
Stadt Altena (Westf.)/
Bundesarbeitsgemeinschaft
Seniorenbüros (BaS)

Hinn, Gabriella

Geschäftsführung
Bundesarbeitsgemeinschaft
Seniorenbüros (BaS)

Hofer, Markus

Abteilungsleiter
Generali Deutschland Holding AG

Hörnemann, Gloria

Koordinatorin Betreutes Wohnen zu Hause
Stadtteilarbeit e. V. –
Beratungsstelle Wohnen

Jarske, Andrea

Assistentin Medien & Kommunikation
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Jourdant, Ariane

Ehrenamtskoordinatorin im Rheinviertel
Bürgerstiftung Rheinviertel, Katholische Kir-
chengemeinde St. Andreas und St. Evergislus

Kehl, Konstantin

Projektleiter
CSI – Centrum für soziale Investitionen, Uni
Heidelberg

Kiderlin, Christine

Bürgerstiftung Rheinviertel, Katholische
Kirchengemeinde St. Andreas und
St. Evergislus

Kiesel, Daniel

Fach- und Organisationsreferent
Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG)

Kleff, Simon

Projektleiter „Ehrenamt 55plus“
Ehrenamt Agentur Essen

Koch, Harald, MdB

Krannich, Lutz

Generali Deutschland Investments

Kröster, Dr. Dietmar

Forschungsinstitut Geragogik „Fogera“

Krüger, Roland

Leiter Generali Zukunftsfonds
Generali Deutschland Holding AG

Kruse, Prof. Dr. Andreas

Institut für Gerontologie,
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Kunkat, Dr. Cornelia

Projektleiterin Kampagne „Geben gibt.“
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Küpper, Dr. Utz Ingo

Sprecher
Kölner Baugemeinschaft EBS

Kuschnerenko, Petra

Altenhilfeplanung
Stadtverwaltung Dorsten

Kusterer, Peter

Leiter Corporate Citizenship &
Corporate Affairs
IBM Deutschland

Lammert, Birgit

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
„Studium für Ältere“
Universität Paderborn

Lang, Adolf

Ehrenamtliche Seniorenarbeit
Verein „Leben im Alter e. V.“

Lang, Susanne

Centrum for Corporate Citizenship
Deutschland (CCCD)

Langner, Ronald

Praktikant Newsletter
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement (BBE)

Lehr, Prof. Dr. Ursula

Bundesministerin a. D., Vorstandsvorsitzende
Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-
Organisationen

Leseberg, Nina

Referentin Medien & Kommunikation
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Leyhausen, Frank

Geschäftsführer
MedCom international medical & social
communication GmbH

Leyhausen, Carmen

Liedtke, Andreas

Leitung
LandesEhrenamtsagentur Hessen

Lipinski, Heike

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
FamilienForschung Baden-Württemberg

Manke, Brigitte

Geschäftsführerin
Thüringer Ehrenamtsstiftung

Marzluff, Silke

Projektleitung „Aktiv im Alter“, „Quality
Ageing“
Zentrum für Zivilgesellschaftliche
Entwicklung

Mausberg, Dorothee

Referentin für gemeinwesenorientierte
Seniorenarbeit
Diözesan-Caritasverband Köln e. V.

May-Baldner, Ute

Ginkgo Langen e. V.

Meister, Dietmar

Sprecher des Vorstands
Generali Deutschland Holding AG

Mensch, Dr. Kirsten

Wissenschaftliche Referentin
Schader-Stiftung

Mertens, Dr. Heide

Abteilung Politik/Gesellschaft
Katholische Frauengemeinschaft
Deutschlands kfd-Bundesverband

Mettig, Gudrun

Vorstandsmitglied Kultur
VSKG – Verein für Sport, Kultur, Gesellschaft-
liches Engagement in der zweiten
Lebenshälfte

Metzner-Kläring, Juliane

Volontärin Medien & Kommunikation
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Meuter, Julia

Projektleiterin „Effektⁿ“
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Meyer, Eike

Wissenschaftlicher Referent
Rat für Nachhaltige Entwicklung

Michell-Auli, Dr. Peter

Geschäftsführer
Kuratorium Deutsche Altershilfe

Möllenbeck, Melanie

Projektleitung
Ceno & Die Paten e. V.

Mörchen, Annette

Projektleiterin
Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für
Erwachsenenbildung

Nagel, Barbara

seniorTrainerin, Vorstandsmitglied
(Orgateam)
EFI Hamburg

Nagel, Mira

Referentin Verlag
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Narten, Dr. Renate

Geschäftsführerin
Büro für sozialräumliche Forschung und
Beratung

Netkowski, Patrick

Referent der Geschäftsleitung für
Organisationsentwicklung
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Neumann-Hornig, Sonja

Mitarbeiterin Sachbearbeitung
Niedersächsisches Ministerium für Soziales,
Frauen, Familie, Gesundheit und Integration

Niejahr, Elisabeth

Journalistin
DIE ZEIT

Nonnen, Dr. Susanne

Geschäftsführerin
Senior Experten Service Stiftung

Opoku-Böhler, Margot

Mitarbeiterin
NEUES WOHNEN im Alter e. V.

Overkamp, Ulrike

Evangelisches Johanneswerk e. V.

Paehlke, Anja

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Körper-Stiftung

Pagani-Tousignant, Celina

Präsidentin und Gründerin
Normisur International

Pautzke, Andreas

Stv. Geschäftsführer
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement (BBE)

Pfeiffer-Bohnenkamp, Dr. Simone

Toni-Jansen-Stiftung

Picken, Dr. Wolfgang

Vorstand
Bürgerstiftung Rheinviertel

Pricibilla, Arnd

Geschäftsführer
Städte-Netzwerk NRW

Przybylski, Jonathan

Analyse und Forschung
PHINEO gemeinnützige AG – Plattform für
Soziale Investoren

Przybylsky, Ramona

Projektmitarbeiterin
Verein Alter und Soziales e. V.

Rademacher, Ariane

Projektleitung
Stiftung Partner für Schule NRW

Rafael, Simone

Chefredakteurin Netz gegen Nazis/
Amadeus Antonio Stiftung

Rankenhohn, Susanne

Ministerium für Generationen, Familie,
Frauen und Integration des Landes NRW

Razzaque, Mohammad Abdul

Vorsitzender

Initiative Berliner Muslime

Redel, Ingmar

Co-Founder
echo – the global agora

Regge, Jürgen Chr.

Vorstand
Fritz Thyssen Stiftung

Rehwinkel, Dieter

Leiter Fortbildung/Projektentwicklung
Centrum for Corporate Citizenship
Deutschland (CCCD)

Reindl, Bernhard

Einrichtungsleitung
Stadtteilarbeit e. V. – Beratungsstelle
Wohnen

Richter, Christiane

Vorsitzende
Bundesverband Seniorpartner in School e. V.

Rickert, Dr. Andreas

Vorstandsvorsitzender
PHINEO gemeinnützige AG

Rodarius, Danielle

Projektmitarbeiterin/Doktorandin
Landesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement Bayern

Röser, Sarna

Stiftungsmarketing
Social Angel Stiftung

Röser, Brigida

Engagement Akademie
Social Angel Stiftung

Röser, Jürgen

Vorstand
Social Angel Stiftung

Roßinski, Marie-Elisabeth

Referentin für Gesellschaftspolitik,
Schwerpunkt Bürgerengagement
Hessische Staatskanzlei

Rost, Gertrud

Vorsitzende
Verein für Sport, Kultur und gesellschaftl.
Engagement in der zweiten
Lebenshälfte e. V.

Rothlübbers, Silke

Referentin Internet
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Rüßler, Prof. Harald

Sozialgerontologe
FH Dortmund, FB für Angewandte
Sozialwissenschaften

Rüth, Stephanie

Leiterin Public Relations
Bank für Sozialwirtschaft

Rüttgers, Martin

Geschäftsführer
Politikberatung + Forschung

Sandbrink, Dr. Stefan

Landesgeschäftsführer
Arbeiter-Samariter-Bund NRW

Scheltwort, Sabine

Leitung Kommunikation
Big Brothers Big Sisters Deutschland

Scheper, Theresia

Studentin/Projektteilnehmerin
Fachhochschule Münster

Schilling, Ines

Förderverein des Kiezklub KES

Schmidt, Dr. Nicole D.

Geschäftsführung
mittenmang gGmbH

Schmidt, Prälat i. R. Rudolf

Vorstandsvorsitzender
Stiftung ProAlter – Für Selbstbestimmung
und Lebensqualität

Schmidt, Reingard

Toni-Jansen-Stiftung

Schmitz, Jörg J.

Geschäftsführer
Senioren Dienste Michaelshoven gGmbH

Schmoeckel, Annette

Referent Managemententwicklung
Generali Deutschland Holding AG

Schneider, Prof. em. Dr. Peter

Hochschulbeauftragter „Studium für Ältere“
Universität Paderborn

Schnell, Jürgen

Bundesbeauftragter
Arbeitsgemeinschaft Evangelische
Krankenhaus-Hilfe e. V.

Schöffmann, Dieter

Geschäftsführer
VIS a VIS Agentur für Kommunikation GmbH

Scholl, Annette

Projektleiterin
Kuratorium Deutsche Altershilfe

Schönberger, Christina

Vorstandsmitglied NWiA e. V.
Forum Gemeinschaftliches Wohnen e. V.
Hannover, Bundesverband

Schwartz, Daniel

Abteilungsleiter Business Development &
Services
Deutsche Post AG

Schwarz, Petra

Journalistin und Moderatorin

Schwierczinski, Rainer

Vizepräsident
BA THW

Senders, Christine

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
ZWAR Zentralstelle NRW

Sittler, Loring

Leiter Generali Zukunftsfonds
Generali Deutschland Holding AG

Spelthahn, Jürgen

Projektleiter
DORV-Zentrum GmbH

Spoehr, Ministerialrat Detlev

Referatsleiter „Seniorenpolitik,
Lebensformen im Alter“
Ministerium für Generationen, Familie,
Frauen und Integration des Landes NRW

Stegemeyer, Willi

FaiR – Initiative, (FORDler aktiv im
Ruhestand)
Ford-Werke GmbH

Stemann, Uli

Leiterin
Caritas Alten- und Service-Zentrum

Stephan, Yvonne

Ford Community Involvement-Program/
Corporate Volunteering
Ford-Werke GmbH

Sticherling, Stephan

SPD-Ortsverein Düsseldorf-Oberbolk

Stiel, Janina

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
FH Dortmund

Stratmann, Jutta

Geschäftsführerin
Fachberatung für Sozialplanung und
Bürgerengagement

Streich, Agnes-Maria

Organizerin
Deutsches Institut für Community
Organizing

Stücker-Brüning, Johannes

Geschäftsführung der Kommission XIII/
Referat für caritative Fragen
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bereich Kirche und Gesellschaft

Süß, Sabine, M. A.

Geschäftsführender Vorstand
Schader-Stiftung

Then, Dr. Volker

Geschäftsführender Direktor
Centrum für Soziale Innovationen und
Investitionen CSI – Universität Heidelberg

Tyll, Susanne

Beratung – Fortbildung – Projektentwicklung

Verhülsdonk, Roswitha

Vorsitzende des Expertenrates
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Senioren-Organisationen

Vogel, Reimut

Chefredakteur
Baden-Württemberg-Magazin

von Klénck, Annabel

Programmdirektorin
Common Purpose

von Vieregge, Dr. Henning

Wagner, Anna-Maria

Projektkoordinatorin & Kommunikation
i-gelb GmbH

Wegner, Barbara

Sprecherin
EFI – KompetenzTeam Köln

Wegner, Dr. Manfred

Sprecher
Seniorenvertretung der Stadt Köln

Weide, Doris

MBT Kompetenznetzwerk-Wohnen

Weingarten, Karl-Heinz

Vorstand
Ceno & Die Paten e. V.

Welke, Antje

Arbeitsfeldleiterin
Deutscher Verein für öffentliche und private
Fürsorge e. V.

Werkes, Marietta

Referentin, Koordinierungsstelle für BE
Staatskanzlei Brandenburg

Winkler, Eva

Freiwilligen-Koordinatorin, Projektleitung
CBE e. V.

Woltering, Ursula

Vorstandsmitglied
Bundesarbeitsgemeinschaft
Seniorenbüros (BaS)

Wrede, Dr. Friedrich

2. Vorsitzender
Seniorpartner in School e. V.

Zeckra, Christoph

Leiter Personal und Soziales der Generali
Deutschland Holding AG

Porträts der Veranstalter

Generali Zukunftsfonds



Ausrichtung an den Grundwerten des Unternehmensleitbildes

Die Generali Deutschland Holding AG hat den Generali Zukunftsfonds (GZF) Mitte 2008 als nachhaltiges Instrument der gesellschaftlichen Verantwortung des Unternehmens etabliert. Damit wird eine seit 1825 bestehende Tradition fortgesetzt und das gesellschaftliche Engagement des Unternehmens unter das Leitthema „Demografischer Wandel – Unsere gemeinsame Herausforderung“ gestellt.

Zielgruppe: Bürgerschaftliches Engagement der Älteren

Diesem gewaltigen Veränderungsprozess müssen sich Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam stellen. Alle wissen, dass die mit dem mittel- und langfristigen demografischen Wandel auf uns zukommenden gesellschaftlichen Herausforderungen mit den Mitteln des herkömmlichen Sozialstaats und der bisherigen Struktur seiner Wohlfahrtsverbände nicht gelöst werden können. Ein möglicher Lösungsansatz für die bevorstehenden Probleme kann das bürgerschaftliche Engagement und insbesondere das bürgerschaftliche Engagement der älteren Mitbürger (Generation 55plus) sein. Auf dieses Thema und auf diese Zielgruppe hat sich der GZF festgelegt. Damit trägt die Generali Deutschland Holding AG in einem über-

schaubaren Bereich zur Verwirklichung der Grundwerte ihres Leitbildes bei und verwirklicht so ihre gesellschaftliche Verantwortung als Unternehmen.

Ziel: Herstellung besserer Bedingungen und Vielfältigkeit der Handlungsebenen

Auf der politischen Ebene entwickelt der Generali Zukunftsfonds Lösungsansätze und Ideen für Entscheidungsträger, er kooperiert mit öffentlichen Institutionen und gesellschaftlichen Verbänden und hilft dabei, bessere Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen.

Auf der gesellschaftlichen Ebene fördert der GZF in vielfältigen direkten und indirekten Formen Kampagnen, Organisationen, Wettbewerbe, Initiativen und Projekte sowie wissenschaftliche Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Mit ausdrücklich vorgesehenen Mitteln für Public Relations wird die öffentliche Diskussion und Wahrnehmung des Themas gefördert und ein Beitrag geleistet zur allgemein als besonders notwendig erachteten Stärkung der öffentlichen Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements.

Generali Deutschland Holding AG,
Tunisstr. 19–23 | 50667 Köln
Leiter: Roland Krüger und Loring Sittler

Bundesverband Deutscher Stiftungen



Die Idee für eine Interessenvertretung der unterschiedlichen Erscheinungsformen deutscher Stiftungen wurde in einer der traditionsreichsten Stiftungen des Landes, der Fuggerei in Augsburg, geboren. Im Jahr 1948 als „Arbeitsgemeinschaft bayerischer Wohltätigkeits-, Erziehungs- und Kultusstiftungen“ gegründet, erhielt der Verband 1990 seinen heutigen Namen.

Aus einem kleinen Kreis ist mittlerweile eine Stiftungsfamilie mit über 3.350 Mitgliedern erwachsen. Dazu gehören Stiftungen, Freunde des Stiftungswesens und Stiftungsverwaltungen, die eine Vielzahl weiterer Stiftungen repräsentieren. Jede der Mitgliedsstiftungen ist einzigartig: im Typ, in der Struktur und Größe, in ihrem Anliegen und Zweck. Damit repräsentiert der Bundesverband Deutscher Stiftungen die bunte und vielfältige deutsche Stiftungslandschaft. Die Geschäftsstelle des Verbandes ist das Haus Deutscher Stiftungen, im Zentrum Berlins gelegen – ein Treffpunkt für Stifterinnen und Stifter, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Neben vielfältigen Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet organisiert der Ver-

band jedes Jahr den größten europäischen Stiftungskongress und stärkt damit die Aufmerksamkeit für Stiftungen in der Öffentlichkeit. Mit der Verleihung des Deutschen Stifterpreises und der Medaille für Verdienste um das Stiftungswesen ehrt der Verband herausragende Personen und würdigt deren Engagement. Beispiele vorbildlicher Stiftungskommunikation werden mit dem Kommunikationspreis KOMPASS ausgezeichnet.

Auf politischer Ebene macht sich der Bundesverband Deutscher Stiftungen für die Verbesserung der rechtlichen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen stark. Der Verband, der solidarisch wirkt, versteht sich als Partner der deutschen Stiftungen. Er spürt Trends auf und hilft, dass sich neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements entwickeln können. Der Förderung dieser neueren Erscheinungsform der Bürgerstiftung dient das vom Bundesverband unterstützte Projekt „Initiative Bürgerstiftungen“.

Mitglieder profitieren von einem breit gefächerten Informations-, Service- und Beratungsangebot, von Praxiserfahrungen und Kontakten.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesverband Deutscher Stiftungen
Mauerstraße 93 | 10117 Berlin
Telefon (030) 89 79 47-0 | Fax -11
www.stiftungen.org

In Kooperation mit dem

Zukunftsfonds der Generali Deutschland
Tunisstr. 19–23 | 50667 Köln

V. i. S. d. P.:

Prof. Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des
Bundesverbandes Deutscher Stiftungen

Redaktion

Juliane Metzner-Kläring, Nina Leseberg

Korrektorat

Nicole Woratz

Gestaltung

Christian Mathis, stickfish productions, Berlin

Fotos

celebrate your picture, Köln

Berlin, Oktober 2010